

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Politische Eiszeit?

Nicht wenige Menschen fragen sich besorgt: Geht Deutschland einer politischen Eiszeit entgegen? Ist das Damoklesschwert über der bürgerlichen Demokratie schon aufgehängt? Kann sein Herniedersausen verhindert werden?

Man muß sich darüber im klaren sein: Wenn der bisherige Präsident des Internationalen Währungsfonds, Horst Köhler, der Schnitter Nr. 1 dieses messerscharfen Instruments, das den in die Schuldenfalle geratenen Völkern der Dritten Welt gnadenlos die ökonomische Kehle durchtrennt, im Mai Präsident der BRD werden sollte, haben wir eine andere Republik. Den Weg dorthin – auch zum sich ankündigenden Erdrutschsieg der CDU bei den nächsten Bundestagswahlen im Jahre 2006 – hat Schröder mit seiner substanzvernichtenden „Reformpolitik“ freigeschossen. Deshalb halten ihn viele ehrliche Sozialdemokraten auch nicht für einen der Ihren, sondern betrachten ihn längst als Anführer der Mannschaft eines Trojanischen Pferdes.

Horst Köhler würde nicht der harmlos-unbedarfte „Staatschef zum Anfassen“ sein, den „Bruder Johannes“ in Bellevue gegeben hat. Man wird sich nach diesem Guten-Tag-sage-Präsidenten noch zurücksehen.

Köhler war immerhin der Topmanager des Washingtoner Welt-Wucherinstituts. Er wird seine Zeit nicht mit Artigkeiten gegenüber jedermann verplempern, sondern knallhart zur Sache kommen und eine starke Präsidentschaft nach französisch-amerikanisch-russischem Muster anstreben.

Wie man sieht, könnte die Strecke zur Präsidialdiktatur bald freigegeben werden. Köhler bedeutet in jedem Falle eine neue soziale und politische Qualität. Die BRD hatte zwar schon allerhand an ihrer Staatsspitze, nicht einmal die NSDAP-Mitgliedschaft war ein Hindernis. Doch einen Mr. Finanzkapital gab es noch nie.

Wenn sich die „Volksvertreter“, die das abwesende Volk „vertreten und zertreten“, wie Friedrich Engels sarkastisch formulierte, für Herrn Köhler entschei-

den sollten, müßten alle Alarmglocken läuten. (Übrigens die – kaum zu erwartende – Wahl der von Schröder ausgesuchten Dame Gesine Schwan, einer nicht minder engagierten Antikommunistin, ließe auch nichts Gutes schwanen!)

Sehr früh hat Horst Köhler seine Machtambitionen durch den personellen Vorschlag angedeutet, er wünsche sich nach einem CDU-Sieg Angela Merkel – das Blasseste vom Blassen – als Bundeskanzlerin. Dieser Wunsch erinnert an ein Wort von Franz-Joseph Strauß über Kohl: „Mir ist doch ganz egal, wer unter mir als Bundeskanzler dient.“ Obwohl der Kanzler nach dem Grundgesetz den entscheidenden und der Bundespräsident lediglich einen repräsentativen Part zu spielen hat, wäre die Kombination Merkel/Köhler vom bisherigen IWF-Boss mühelos zu beherrschen.

Das Damoklesschwert einer gefährlichen Rechtsverlagerung der politischen Achse ist also aufgehängt. Oder beschreiben wir die Situation mit einem anderen Bild: Die Sintflut einer die bürgerliche Demokratie mit sich fortreisenden innenpolitischen Faschisierung und einer entsprechenden außenpolitischen Agressivitätssteigerung droht. Nur wenn Millionen auf die Straße gingen und Sperrwälle des außerparlamentarischen Widerstandes errichteten, wenn neue massengestützte Gegenkräfte entstünden, ließe sich das Blatt wenden. Der Versuch einzelner Linker, anstelle der zu einer „ganz normalen“ bürgerlichen Partei mutierten SPD Schröders eine Sozialdemokratie im Geiste von Bad Godesberg wiederzubeleben, dürfte das Problem wohl kaum lösen.

Klaus Steiniger



Grafik: SHAHAR



### INHALT

|  |       |
|--|-------|
| RF-Exklusivinterview mit General Vasco Gonçalves             | S. 2  |
| Zörgiebels Blutmai 1929                                      | S. 4  |
| Mit Lenin im Gespräch (2)                                    | S. 5  |
| Ilse aus Lohsdorf  | S. 6  |
| Ökologischer Kollaps?  | S. 7  |
| Hexenjagd auf Professoren                                    | S. 8  |
| Wie ich Hermann Duncker erlebte                              | S. 8  |
| Fritz Vilmar zur Kolonialisierung                            | S. 9  |
| Erklärung des Kreisvorstandes der PDS Bad Doberan            | S. 10 |
| Ingo Wagner: Abstieg einer Partei                            | S. 11 |
| Von Stümpfern regiert?                                       | S. 12 |
| Durchblick unbezahlbar                                       | S. 12 |
| Wo die Wohnung eine Ware ist                                 | S. 13 |
| Im Wechsel der Zeiten  | S. 14 |
| „RotFuchs“ auch in Rostock                                   | S. 15 |
| Issa eja! wie ick schreim tu                                 | S. 15 |
| Das Beefsteak  | S. 15 |
| Bischof Hubers „Osterweiterung“                              | S. 16 |
| Georg Schumann – ein Leipziger Held des Widerstandes         | S. 17 |
| Zur Nahostpolitik der BRD                                    | S. 18 |
| Scharons Killer  | S. 18 |
| Weltweite Solidarität mit der irakischen Intifada            | S. 19 |
| Frankreichs Debakel in Dien Bien Phu                         | S. 19 |
| Polen: Lepper im Kommen                                      | S. 20 |
| Putin: Vom KGB-Oberst zum Kohl-Bewunderer                    | S. 21 |
| Roma in der Slowakei   | S. 22 |
| Berliner Afghanistan-Konferenz                               | S. 23 |
| Wie man in China die AGs sieht                               | S. 24 |
| KP Griechenlands: Warum NEIN zu den „Europäischen Parteien“? | S. 25 |
| Ein Gandhi-Mitstreiter als erster DDR-Botschafter in Indien  | S. 25 |
| Begegnung mit Leo Haas                                       | S. 26 |
| Armin Stolper: Sorbisches                                    | S. 27 |
| Erinnern an Joachim Knappe                                   | S. 27 |
| Archies großer Pflingstzirkus                                | S. 28 |
| Leserbriefe  | S. 29 |
| Anzeigen / Impressum   | S. 32 |

## Portugals April-Revolution – weitreichendster Vorstoß in Westeuropa

# RF-Exklusivinterview mit General Vasco Gonçalves

Als junge Offiziere im Bunde mit den Volksmassen am 25. April 1974 Portugals faschistisches Caetano-Regime stürzten, zählte der Pionier-Oberstleutnant und spätere General Vasco Gonçalves als ranghöchstes Mitglied zur Koordinierungskommission der Bewegung der Streitkräfte (MFA). Im Juli 1974 wurde er Ministerpräsident. Er leitete vier aufeinanderfolgende Provisorische Regierungen, denen auch Kommunisten angehörten. Im September 1975 wurde der Führer der Militärischen Linken durch die Konterrevolution ausgeschaltet. 30 Jahre nach der Nelkenrevolution, wie der Beginn tiefgreifender politischer und sozialökonomischer Umwälzungen in der iberischen Republik genannt wurde, gewährte der General dem langjährigen Lissabonner ND-Korrespondenten (1974 bis 1979) und heutigen RF-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger ein Exklusivinterview.



Nelkenrevolution

Foto: K. St.

**Genosse Gonçalves, was ist das historische Gewicht der Portugiesischen Revolution? Was betrachten Sie als deren zeitweilige und was als bleibende Errungenschaften?**

Die Revolution befreite das portugiesische Volk und die Völker der Kolonien von einer 48 Jahre währenden kolonialistisch-faschistischen Diktatur. Sie setzte einem Kolonialkrieg, der bereits 13 Jahre gedauert hatte, ein Ende. Sie brachte dem portugiesischen Volk, seinen am meisten benachteiligten Klassen die größten demokratischen und revolutionären Errungenschaften in ihrer ganzen acht Jahrhunderte zählenden Geschichte. Sie gab den entscheidenden Impuls für die Schaffung von Bedingungen für eine nicht neokolonialistische Unabhängigkeit Moçambiques, Cap Verdes, São Tomés und Príncipes, Angolas und Guinea-Bissaus (das bereits auf einem Teil seines Territoriums die Unabhängigkeit erklärt hatte). Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen hörte Portugal auf, ein isoliertes Land zu sein. In der Periode von 1974 bis 1975, als ich die Regierung leitete, unterwarf es sich nicht dem Imperialismus und verwirklichte eine Politik der nationalen Unabhängigkeit, was die Unterstützung der Entkolonialisierung und große innere Umwälzungen auf ökonomischem, sozialem, politischem und kulturellem Gebiet bezeugen.

In dieser schöpferischsten Periode der April-Revolution entstand – in seinen allgemeinen Umrissen – ein Modell des friedlichen und pluralistischen Übergangs zu Demokratie und Sozialismus, das auch in der Verfassung von 1976 verankert wurde. Der Sozialismus, auf den sich diese Konstitution bezog, war keine Form eines reformierten Kapitalismus. Er war die Überwindung des Kapitalismus. Großenteils waren die Errungenschaften dieses Modells sozialökonomischer Na-

tur wie die Nationalisierung sämtlicher inländischer Banken und Versicherungskonzerne, der grundlegenden Sektoren der Industrie sowie des Transport- und Nachrichtenwesens. Hinzu kam eine Bodenreform, die fast 1,2 Millionen ha Gutsbesitzerland betraf. Die Konterrevolution brauchte quasi 30 Jahre, um all das durch eine rechtsgerichtete und neoliberale Politik zu zerstören. Die Restauration wurde durch die seit 1976 aufeinanderfolgenden Regierungen vollzogen. Sie stellten die Herrschaft der ökonomischen Macht über die politische Macht wieder her. Zur dominierenden Kraft wurden in Portugal erneut die großen Wirtschaftsgruppen, die aufs engste mit dem transnationalen Kapital und den mächtigsten Konzernen der USA bzw. der EU-Staaten verflochten und von ihnen abhängig sind. Als am stabilsten erwiesen sich die wiederhergestellten staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten, die arbeitsrechtlichen, gewerkschaftlichen und kulturellen Errungenschaften der Revolution. Auf den Gebieten der Schul- und Hochschulwesens, bei der Sozialversicherung und auf dem Gesundheitssektor unternahm die gegenwärtige Regierung die bisher größte antidemokratische Offensive seit dem 25. April.

In politischer Hinsicht haben wir es heute mit einer bürgerlichen Demokratie zu tun, die durch die neoliberale Globalisierung charakterisiert wird. Der Kampf der Charakteren, der Werktätigen, der Arbeiterklasse – er erhält seine Dynamik vor allem durch die Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical und die Portugiesische Kommunistische Partei – erreichte während des gesamten konterrevolutionären Prozesses, daß die Verfassung der Republik trotz zahlreicher Veränderun-

gen noch immer eine der demokratischsten Konstitutionen Europas ist. Ihr sozialökonomischer Inhalt gestattet es, den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft zu öffnen – „im Respekt für den Willen des portugiesischen Volkes, wobei der Aufbau des freiesten, des gerechtesten und des brüderlichsten Landes in Betracht zu ziehen ist“, wie es in der Präambel heißt. Die dringendste und unmittelbarste Frage ist die Beendigung der Politik der Rechten, was einen Wandel im politischen und sozialen, im zivilen und militärischen Kräfteverhältnis erfordert.

**Können Sie etwas zu den treibenden Kräften der portugiesischen Konterrevolution sagen?**

Vom politischen Standpunkt aus müssen die der Sozialistische Internationale angehörende Sozialistische Partei (PS) und die rechtsgerichtete Sozialdemokratische Partei (PSD), deren Aufnahmeantrag von der SI zurückgewiesen wurde, als die Hauptkräfte der Konterrevolution bezeichnet werden. Diese beiden Parteien setzten die Politik der Rechten im Wechsel um. Sie wurde durch gesellschaftliche Bedingungen ermöglicht, die in unserem Land bestehen: die andauernde Vorherrschaft der bürgerlichen und kleinstädtischen Ideologie bei der Mehrheit der portugiesischen Werktätigen und der Bevölkerung im allgemeinen; den weitgehenden Einfluß der konservativsten und rückschrittlichsten Sektoren des Klerus; das beschränkte Bewußtsein unseres Volkes; die ideologische, politische und psychologische Offensive der Medien, die den großen ökonomischen Gruppen gehören; akzentuierte antikommunistische Vorurteile beim überwiegenden Teil der Portugiesen; eine immer stärkere Ausbreitung

der Konsum-Ideologie, die das soziale und politische Bewußtsein sowie das Verhalten der meisten Menschen prägt; die auswärtige Unterstützung der Konterrevolution durch die Sozialistische Internationale, die Christliche Internationale und den Imperialismus.

**Im Urteil vieler politischer Beobachter war die Portugiesische Revolution seit den Tagen der Pariser Commune der weitreichendste antikapitalistische Vorstoß in der ganzen Geschichte Westeuropas. Teilen Sie diese Sicht?**

Ja, ich teile diese Auffassung, und zwar wegen der tiefen strukturellen Umwälzungen in der Sphäre der Eigentumsverhältnisse, von denen die hauptsächlichsten Produktionsmittel und das Latifundium sowie der Finanzsektor betroffen wurden. Und auch wegen der Tatsache, daß diese Errungenschaften in der Verfassung festgeschrieben wurden. Die lange Dauer ihres Bestehens ist dabei ebenso zu berücksichtigen.

*Trouxe ao povo português, as suas classes  
mas desfavorecidas as maiores conquistas  
democráticas e revolucionárias toda  
a sua história de mais de oito séculos*

**Die Portugiesische Revolution wurde am Ende besiegt – war sie deshalb umsonst?**

Die April-Revolution war die tiefste und populärste unter den portugiesischen Revolutionen. Sie war nicht umsonst. Ungeachtet aller durch den Kurs der Rechtskräfte herbeigeführten Einschränkungen brachte sie den Portugiesen eine Verbesserung ihrer Lebensumstände, mehr Freiheiten, garantierte politische Rechte. Auf den Gebieten der Bildung und des Gesundheitswesens traten positive Veränderungen ein. Zum Beispiel ging die Kindersterblichkeit erheblich zurück, die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen nahm zu, das Sozialversicherungssystem wurde verbessert usw. Es entstanden demokratische örtliche Machtorgane in weiten Landstrichen. Das nationale Kulturerbe wurde aktiv verteidigt. Auch bei der Justiz gab es Verbesserungen.



Vasco und Aida Gonçalves mit dem Interviewer  
Foto: Bruni Steiniger

**Könnten Sie etwas über Ihre eigene Rolle in der Portugiesischen Revolution sagen?**

*Vasco Gonçalves*

Mein Handeln war Ausdruck des Willens der progressivsten Teile der Bewegung der Streitkräfte und unseres Volkes. Ich suchte innerhalb der konkreten Möglichkeiten und Gelegenheiten meiner Funktionen und in Zusammenarbeit mit meinen Kameraden nach Wegen, um die legitimsten Erwartungen und Rechte der Werktätigen in die Praxis umzusetzen – die Hoffnungen der am meisten Benachteiligten und der Mehrheit der Bevölkerung. Ich war und bin bis heute ein Mann, ein Militär der April-Revolution.

**Möchten Sie sich an die „RotFuchs“-Leser wenden und etwas über die DDR sagen, wie Sie sie kennengelernt haben?**

Ich habe die besten Erinnerungen an die DDR, daran, wie ich überall aufgenommen wurde. Es gab keine Armen, nicht jene Ungleichheit, wie sie in meinem Land an der Tagesordnung ist. Die Grundrechte des Menschen auf Arbeit, auf Bildung und Erziehung, auf Gesundheit, auf soziale Sicherheit, auf eine Wohnung, auf geistige und körperliche Kultur, auf eine vernünftige Existenz und Wohlergehen waren garantiert. Das war keine Konsumgesellschaft, nicht das Schaufenster einer solchen Gesellschaft. (Dieser Konsumismus, der heute die gesamte Mentalität des Menschen durchdringt, ist vielleicht der größte Erfolg des Kapitalismus.) Es gab unterschiedliche politische Parteien, die indes in den Zielen des Aufbaus des Sozialismus übereinstimmten.

Ich schätze, daß man noch vieles hinsichtlich der Ursachen ergründen muß, die zum Zusammenbruch der sozialistischen Regimes in Osteuropa und der UdSSR geführt haben. Ich glaube, daß noch Jahre vergehen werden, bis man zu einer objektiven und korrekten Erklärung dessen gelangt, was sich ereignet hat. Es geht dabei um ein Nachdenken über inhaltliche Fragen und die Lehren für die Zukunft. Darüber, wie sich – nach der Eroberung der Macht – der Übergang zum Sozialismus vollziehen müßte. Vielleicht könnte die Frage dieses Übergangs zu einem neuen System das größte Problem darstellen, zieht man den Menschen, den Klassenkampf sowie die äußeren Bedingungen im Weltmaßstab in Betracht.

## Zörgiebels Blutmai 1929

Viele deutsche Arbeiterfamilien blickten an der Jahreswende 1928/29 sorgenvoll in die Zukunft. Schlechte Zeiten kündigten sich an. Schon in den zurückliegenden Monaten war eine Verschlechterung ihrer sozialen Situation deutlich geworden. Der Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft, der nach der Inflation von 1923 eingesetzt hatte, ging zu Ende, und die Unternehmer wälzten die Lasten auf das werktätige Volk ab. In der nordwestdeutschen Eisenindustrie war es zu einem großen Streik gekommen, weil die Stahlbarone eine Lohnerhöhung von 6 Pfennig pro Arbeitsstunde ablehnten; als Antwort sperrten sie 23 000 Arbeiter für Wochen aus. Im Ruhrgebiet stieg die Zahl der Feierschichten auf 31 000 pro Tag. Die Reichsbahn erhöhte die Fahrpreise. Zum Jahresende fehlten in Deutschland 550 000 Wohnungen, weitere 300 000 erwiesen sich als abbruchreif.

Es sollte aber noch schlimmer kommen. Betrug die Staatsverschuldung der Weimarer Republik im Dezember 1928 „lediglich“ 1336,5 Millionen Mark, so wuchs sie innerhalb von nur drei Monaten auf 7994 Millionen Mark an. Ebenso verhielt es sich mit der Arbeitslosigkeit. Ende Januar 1929 mußten 2 220 000 Menschen stempeln gehen, nach nur vier Wochen betraf es 3 050 000. Die Regierung erhöhte zum wiederholten Male die Preise für Grundnahrungsmittel, besonders für Fleisch und Butter. Auch für Bier nahmen Gastwirte und Kaufleute etliche Pfennig mehr. Dies alles hatte Proteste und weitere Arbeitskämpfe zur Folge. Bergarbeiter an der Ruhr forderten mehr Lohn, Textilarbeiter in Sachsen und Thüringen traten in den Streik. In München und Köln gingen Tausende Menschen auf die Straße. In Hennigsdorf bei Berlin setzten sich 1700 Stahl- und Walzwerker aktiv zur Wehr, als ihre Löhne herabgesetzt werden sollten.

Zu verantworten hatte diese Entwicklung die seit dem 28. Juni 1928 im Amt befindliche Regierung einer großen Koalition von SPD und bürgerlichen Parteien. Sie erfüllte nicht nur alle Forderungen des Kapitals – so begann sie z. B. mit dem Bau von Panzerkreuzern und finanzierte mit 350 Millionen Mark illegale Rüstungsvorhaben der Reichswehr –, sondern unternahm so gut wie nichts gegen die immer dreister und brutaler auftretenden Faschisten. Im Gegenteil, ihre repressiven Maßnahmen richteten sich fast ausschließlich gegen die KPD und Arbeiterorganisationen. Das wurde ganz besonders in der Reichshauptstadt deutlich, denn hier hatte die Partei stark an Ansehen gewonnen. Ausdruck dessen waren 611 318 Stimmen, die die KPD bei der Reichstagswahl im Mai 1928 in Berlin erhielt. Im Frühjahr 1929 bestanden bereits 276 Betriebs- und 189 Straßenzellen.

15 264 Frauen, Männer und Jugendliche gehörten der Partei an; 1927 waren es erst 1153 gewesen. Die der KPD nahestehende Gewerkschaftsopposition errang bei den Betriebsrätewahlen in wichtigen Unternehmen die Mehrheit, so bei Siemens, der AEG und den Verkehrsbetrieben. Unter diesem Aspekt war das Verbot aller Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen unter freiem Himmel zu sehen, das der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, am 13. Dezember 1928 erlassen hatte. Er schloß darin auch den Kampf und Feiertag der Arbeiterklasse ein. Aber die Berliner waren nicht gewillt, sich ihren schwer erkämpften 1. Mai verbieten zu lassen. Das aus 60 Arbeitern verschiedener Betriebe, Gewerkschaften und Organisationen bestehende Groß-Berliner Maikomitee protestierte energisch bei Zörgiebel. Auch Sozialdemokraten schlossen sich an. Aber der „Genosse“ Polizeipräsident wich keinen Schritt zurück. Er wollte die Konfrontation, und er wollte sie blutig. Deshalb bereitete er sich gründlich darauf vor. In Abstimmung mit dem preußischen Innenminister Albert Grzesinski (SPD) und wohl auch mit dem Innenminister der Reichsregierung Carl Severing (SPD) zog er aus verschiedenen Landesteilen Preußens 14 000 Polizisten zusammen, ausgerüstet mit gepanzerten Fahrzeugen, Karabinern und Handgranaten. Bürgerliche und sozialdemokratische Zeitungen entfachten eine üble Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die KPD und linke Organisationen. Sie schrieben unverhohlen, daß mögliche Vorkommnisse nur von den Kommunisten ausgehen würden.

Bereits in den frühen Morgenstunden des 1. Mai standen Überfallkommandos, Reiterstaffeln und Sonderdienste der Polizei vor Bahnhöfen und Zeitungsverlagen, in Parkanlagen sowie an möglichen Stellplätzen der Demonstranten bereit, vor allem in den Arbeiterbezirken Wedding, Neukölln, Reinickendorf, Lichtenberg und Friedrichshain. Beamte in Zivil mischten sich als Spitzel unter die Menge. Für alle Polizeibeamten hatte Zörgiebel uneingeschränkten Schießbefehl ausgegeben. Dann, gegen neun Uhr, strömten 200 000 Berliner zu den Sammelpunkten, um gemäß den Aufrufen des Maikomitees und der KPD unbewaffnet und friedlich zu demonstrieren. In der Frankfurter Allee, am Rathaus Lichtenberg formierten sich erste Demonstrationssäue. Kaum waren sie ein paar Schritte marschiert, sprangen Polizisten auf sie los. Ihre Knüppel trafen Köpfe, Arme, Leiber, verschonten selbst Frauen und Männer nicht, die zu Boden gestürzt waren. Am Alexanderplatz schloß die Polizei Feuerwehrschräume an die Hydranten an und trieb die Demonstranten mit hartem Wasserstrahl ausein-

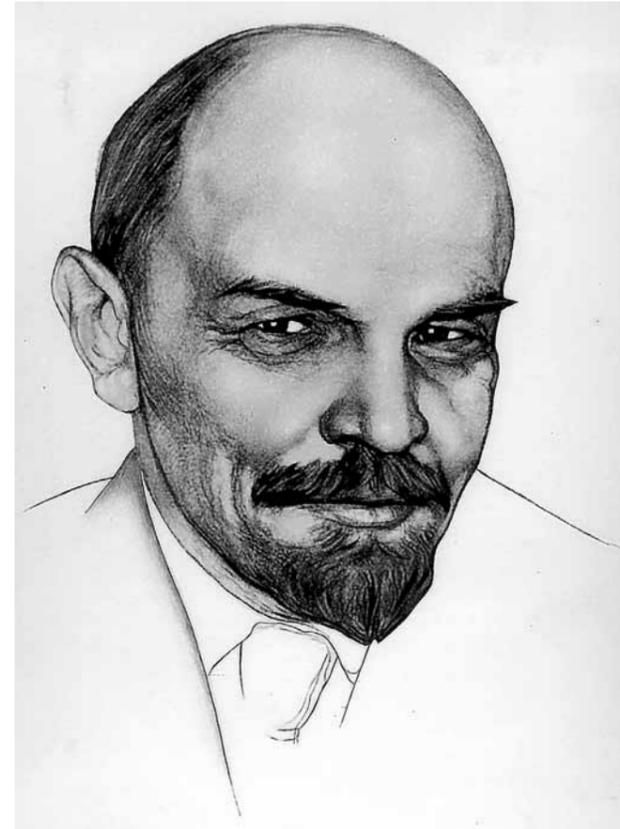
ander. Wenig später fielen am Hackeschen Markt die ersten Schüsse. Sie trafen drei Männer. Ein Wachtmeister drückte einem Demonstranten die Pistole auf die Brust und drückte ab; der Mann fiel wie ein Stein auf das Pflaster. Kurze Zeit darauf peitschten Schüsse durch die Münzstraße, am Bülowplatz, in der Leipziger Straße. Überall preschten Polizeifahrzeuge in die Menge, rissen die Menschen zu Boden, überfuhren sie rücksichtslos. Im Friedrichshain trieben berittene Schupos ihre Pferde zwischen die Demonstranten. Gleiche Szenen spielten sich in Köpenick und Schöneweide ab. Trotzdem versammelten sich immer wieder Zehntausende, formierten neue Demonstrationssäue.

Mit besonderer Härte und Grausamkeit ging Zörgiebels uniformierte Mördertruppe in den Arbeitervierteln Neukölln und Wedding vor. Die Gegend um die Hermannstraße war von ihr völlig abgeriegelt. Wie tollwütig prügelte sie auf die Arbeiter ein, schoß sie in die Menschenmassen. Schreie von Verletzten schallten durch die Straßen. Die Angegriffenen setzten sich nun aktiv zur Wehr. In der Steinmetzstraße türmte sich die erste Barrikade auf: Pflastersteine, Kisten, Müllkästen, alte Möbelstücke, Baumgitter. Steine, Blumentöpfe, Flaschen, Briketts und andere Wurfgeschosse prasselten auf die Uniformierten nieder, die mit scharfen Schüssen antworteten. Bis zum Abend wuchsen überall im Viertel um den Hermannplatz weitere Barrikaden.

Kaum zu überbieten war die Brutalität der Schupo im Wedding. Nicht nur am Nettelbeckplatz und in der Oudenarder Straße ging sie in Schützenkette vor, schoß Salvenfeuer und löschte unbarmherzig Menschenleben aus. Vor allem in der Kösliner Straße entwickelten sich die Auseinandersetzungen regelrecht zum Bürgerkrieg. Hier wurde die sozialdemokratisch geführte Polizei immer wilder, schlug blindwütig zu, verhaftete wahllos Berliner, schoß durch offene Fenster in die Wohnungen, ermordete und verletzte selbst unbeteiligte Bürger. Die Arbeiter, unterstützt von vielen Anwohnern, bauten auch hier Barrikaden, wehrten sich mit allem, dessen sie habhaft werden konnten, und leisteten den Angreifern bis in die späten Abendstunden Widerstand. An einigen Stellen der Hauptstadt setzten sich die Berliner Arbeiter bis zum 3. Mai zur Wehr.

Dem Polizeiterror fielen an diesem Tag 31 Menschen, darunter auch Sozialdemokraten, zum Opfer. Über 300 wurden verletzt, zum Teil schwer, etwa 1200 verhaftet. Nach diesen Ereignissen verbreiteten Zörgiebel und die ihm hörige Presse das Märchen, die Demonstranten, namentlich Kommunisten, hätten das Feuer auf die Polizei eröffnet. **Günter Freyer**

## Mit Lenin im Gespräch



**Von den Politikern und Ideologen der Bourgeoisie wird die bürgerliche Demokratie als das Nonplusultra gepriesen. Wie aber ist diese Demokratie einzuschätzen?**

Die bürgerliche Demokratie, die im Vergleich zum Mittelalter ein gewaltiger historischer Fortschritt ist, bleibt stets – und im Kapitalismus kann es gar nicht anders sein – eng beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen. (LW 28, S. 241)

Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen und Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, „bei Verstößen gegen Ruhe und Ordnung“ ... Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen. (LW 28, S. 243) Die Allmacht des „Reichtums“ ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil sie nicht von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es ... von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen, noch der Parteien der bür-

gerlich-demokratischen Republik diese Macht erschüttern kann.

Es muß hervorgehoben werden, daß Engels mit größter Entschiedenheit das allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Das allgemeine Stimmrecht, sagt er unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, ist „der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nicht sein im heutigen Staat ...“ (LW 25, S. 405)

**Wie steht der Marxismus zur Revolution?**

Revolutionen werden nicht auf Bestellung gemacht, sie werden nicht im voraus auf diesen oder jenen Zeitpunkt festgesetzt, sondern reifen im Prozeß der historischen Entwicklung heran und brechen aus in einem Moment, der durch das Zusammenwirken einer ganzen Reihe innerer und äußerer Ursachen bedingt ist. (LW 27, S. 449)

... Die Revolution geht hervor aus dem Ausbruch der Empörung der Volksmassen. (LW 26, S. 342)

**Manche Revolutionäre sind ungeduldig, möchten die Revolution lieber heute als morgen erleben.**

Für einen wirklichen Revolutionär besteht die größte Gefahr – vielleicht sogar die einzige Gefahr – darin, daß er den

Revolutionismus übertreibt, die Grenzen und Bedingungen der angebrachten und erfolgreichen Anwendung revolutionärer Methoden außer acht läßt. Wirkliche Revolutionäre brachen sich zumeist dann den Hals, wenn sie angingen „Revolution“ mit großen Buchstaben zu schreiben, die „Revolution“ zu etwas fast Göttlichem zu erheben, den Kopf zu verlieren, die Fähigkeit zu verlieren, ganz kaltblütig und nüchtern zu überlegen, abzuwägen und zu prüfen, auf welchem Zeitpunkt, unter welchen Umständen und auf welchem Tätigkeitsgebiet man es verstehen muß, revolutionär zu handeln. (LW 33, S. 92)

**Wie sind eventuelle Fehler im Verlaufe der sozialistischen Revolution zu beurteilen?**

Auf je hundert unserer Fehler, die die Bourgeoisie und ihre Lakaien ... in die Welt hinausstreuen, kommen 10 000 große, heroische Taten ... Auch wenn auf 100 unserer richtigen Handlungen 10 000 Fehler entfielen, ja, auch dann noch wäre unsere Revolution groß und unbesiegt. (LW 28, S. 59)

**Wie ist der Weg zum Sozialismus, worin besteht seine Charakteristik?**

Wir behaupten nicht, daß Marx oder die Marxisten den Weg zum Sozialismus in all seinen Einzelheiten kennen. Das wäre Unsinn. Wir kennen die Richtung dieses Weges, wir wissen, welche Klassenkräfte auf diesem Wege führend sind, doch konkret, praktisch wird das nur die Erfahrung der Millionen zeigen, sobald sie die Sache in Angriff nehmen. (LW 25, S. 289) Alle Nationen werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich, aber keine auf genau die gleiche Art und Weise, jede wird zu dieser oder jener Form der Demokratie ..., zu diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens etwas Eigenes beitragen. (LW 23, S. 64)

**Worin besteht letztlich die Garantie für die Möglichkeit des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft?**

Die alten utopischen Sozialisten hatten die Vorstellung, man könnte den Sozialismus mit anderen Menschen aufbauen, sie könnten zuerst nette, blitzsaubere und vortrefflich geschulte Menschen erziehen und dann mit ihnen den Sozialismus aufbauen. Wir haben uns darüber immer lustig gemacht und erklärt, daß das Spielerei, ein Zeitvertreib für in Sozialismus Machende gezeigte Jungfrauen ist, aber keine ernste Politik. Wir wollen den Sozialismus mit den Menschen errichten, die der Kapitalismus erzogen, die er verdorben und demoralisiert, aber dafür auch zum Kampf gestählt hat. (LW 29, S. 54)

**Das Gespräch führte Dr. Rudolf Dix.**

## Eine Frau, wie sie das kapitalistische Deutschland nicht hervorgebracht hätte

# Ilse aus Lohsdorf

**Ilse Döring** – eine beispielgebende Genossenschaftsbäuerin der DDR – ist im Februar 81jährig gestorben. Sie hat biographische Aufzeichnungen hinterlassen, aus denen wir – im Gedenken an die Lebensgefährtin unseres Autors **Werner Döring** aus Hohnstein – Auschnitte abdrucken.

Meine Eltern waren kleine Bauern, die ihren Hof in der Handarbeit jener Jahre bewirtschafteten. Ich war die Jüngste von vier Geschwistern, alles Mädchen, und besuchte wie sie die zweiklassige Volksschule in Lohsdorf.

Im Sommer 1955 konnte ich zum ersten Mal in den Urlaub fahren, ich hatte einen Ferienplatz in einem Heim der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in Oberhof bekommen. Die zwei Wochen Erholung waren für mich auch dringend notwendig geworden, hatte doch die Arbeit in der LPG manchmal fast übermenschlichen Einsatz gefordert. Ich arbeitete vorrangig in der Feldwirtschaft, aushilfsweise auch immer wieder mal im Kuhstall. Im Jahre 1958 war unsere Genossenschaft zur gemeinsamen Tierhaltung übergegangen, und unsere Kühe standen nun gemeinsam mit den Kühen anderer Mitglieder im Genossenschaftsstall.

Bald wurde ich von den Mitgliedern in den Vorstand gewählt, und dann auch als stellvertretende Vorsitzende. Das war nun alles andere als einfach. Ich hatte den Vorsitzenden in allen Angelegenheiten innerhalb der Genossenschaft und auch gegenüber den Organen des Kreises zu vertreten.

Die LPG vergrößerte sich von Jahr zu Jahr, und die Viehherden brauchten qualifizierter Betreuung. So entschloß ich mich, von der Feld- in die Stallarbeit zu wechseln. Ich übernahm die TBC-freien Milchkühe in einem der alten bäuerlichen Ställe. Dieser ehemalige Kuhstall des Bauern Paul Rasche konnte nur in herkömmlicher Weise durch Handarbeit bewirtschaftet werden. Meine Arbeitsgeräte waren demzufolge Gabel, Schaufel und Schubkarre. Täglich waren 10 bis 15 Kühe zu melken, zu füttern und der Stall auszumisten. Bei voller Besetzung hatte ich noch eine Gehilfin. Freie Tage waren selten. Dennoch machte mir die Arbeit Freude, sollte doch die Kuhherde der Grundstock für die Rinderzucht in der LPG sein. Wir wollten damit den noch einzeln wirtschaftenden Bauern im Dorf zeigen, daß unsere Genossenschaft zukunftsfähig war. An den Wochenenden half mir auch oft mein Mann. Mit Beginn der sechziger Jahre wurden dann der neue Offenstall und das Melkhaus mit einem Fischgrätenmelkstand fertiggestellt. Die Kühe bezogen den neuen Stall, und ich war von der schweren Handmelkarbeit erlöst. Deshalb übernahm ich nun eine Jungviehherde, die in der ausgebauten Scheune Forker

untergebracht war und den Sommer über Weidegang hatte. Selbstverständlich half ich aber noch vertretungsweise beim Melken aus.

Daneben sah ich auch meine Aufgabe in mehreren gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten. So ließ ich mich noch einige Jahre in den Vorstand der Genossenschaft wählen. Als Mitglied der SED berief mich die Kreisdelegiertenkonferenz in die Kreisleitung Sebnitz. Auch in der Ortsgruppe des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) arbeitete ich mit. Erwähnen will ich noch, daß in den fünfziger und sechziger Jahren immer wieder mal der LPG-Vorsitzende wechselte. Es geschah auch, daß wir eine Zeit lang gar keinen Vorsitzenden hatten, wie zum Beispiel 1962. Immer dann mußte ich als Stellvertreterin einspringen und hatte die Vorstandssitzungen zu leiten, mit der Buchhaltung alles Notwendige zu besprechen und auch mit den Kreisbehörden so manchen Kampf auszufechten. Dabei konnte ich mich oft auf meinen Mann stützen, der mir stets mit Rat und Tat zur Seite stand. In diese Zeit fiel auch mein Lehrgang als Facharbeiter für Feldwirtschaft, den ich mit Erfolg abschloß. Später besuchte ich auch noch die Fahrtschule und bekam die Fahrerlaubnis für Lkw. Besondere Freude machte mir die Mitarbeit im DFD. Vorsitzende im Dorf war Frieda Müller. Beispielsweise organisierten wir in Zusammenarbeit mit der Kindergärtnerin ein Osternestsuchen für die Dorfkinder im nahen Wäldchen. Dabei spielte eine junge Bäuerin, natürlich verkleidet, zur Freude aller Kinder den Osterhasen. Zu den Kindertagen am 1. Juni bereitete der Frauenausschuß unserer Genossenschaft den Kindern unserer Mitglieder oft ein besonderes Vergnügen. Auf geschmückten Pferdewagen fuhren sie durch das Schwarzbachtal in die Buttermilchmühle. Mit Essen, Trinken und lustigen Spielen verging die Zeit wie im Fluge, bevor die fröhliche Fuhr wieder heimwärts ging.

Der LPG-Frauenausschuß, deren Vorsitzende ich über viele Jahre war, vertrat die Interessen der Bäuerinnen gegenüber der Genossenschaft. Den Internationalen Frauentag am 8. März feierten wir in festlicher, aber auch fröhlicher Runde. Finanzielle Mittel dafür stellte selbstverständlich die LPG zur Verfügung.

Die jedem LPG-Mitglied nach dem Statut zustehende individuelle Tierhaltung nutzten wir bis zum Jahre 1958. Trotzdem entschieden wir uns viel früher als unsere Kollegen für die Abschaffung der eigenen Großtierhaltung. Die Weiterentwicklung der Genossenschaft verlangte von morgens bis abends den ganzen persönlichen Einsatz und es galt, die gemeinsame Wirtschaft voranzubringen. Dies stand für uns immer im Vordergrund. Gern denke ich aber auch an die Brigadefeiern,

Erntefeste und die gemeinsamen Ausflüge mit den Arbeitskolleginnen zurück.

Mein Vater war einverstanden, daß wir 1969 eine Wolga-Schiffsreise buchten. Das war für uns ein Erlebnis ganz besonderer Art. Mit dem Fahrgastschiff, übrigens in Wismar gebaut, ging es von Kasan aus Wolga abwärts bis nach Wolgograd, dann über den Wolga-Don-Kanal bis nach Rostow. Besonders beeindruckten uns die Landgänge, so in Uljanowsk zum Geburtshaus Lenins und zu den Gedenkstätten an die Schlacht um Stalingrad, aber auch zur Trockensteppe im Dongebiet. Hier sahen wir, wie schwer es die Landwirtschaft in dem Riesenreich hatte, denn die Niederschläge betragen nur einen Bruchteil der bei uns in Deutschland üblichen.

Im Jahre 1972 begann unsere Genossenschaft gemeinsam mit den LPGs in Ulbersdorf und Krumhermsdorf den Bau der Jungrinderaufzuchtanlage in Ulbersdorf. Nach Fertigstellung wurden interessierte Tierpfleger gesucht, und ich entschloß mich, künftig in diesem neuen und modernen Objekt zu arbeiten. Bald schon wurde mir die Betreuung der Besamungsherde, d.h. der über 18 Monate alten Jungrinder, übertragen. Ich tat diese verantwortungsvolle Arbeit sehr gern, zumal ich auch hier im Sommerhalbjahr auf der Weide, also in der freien Natur sein konnte. Wir waren in der neuen Stallanlage ein gutes Kollektiv, und die Arbeit machte Spaß. Meine Kolleginnen und Kollegen übertrugen mir bald die Leitung der Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF). In unseren Versammlungen sprachen wir über die Freundschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, wir organisierten zu diesen Themen Lesungen aus Büchern bekannter Schriftsteller und berichteten auch über eigene Erlebnisse. Für gute Arbeit erhielt ich auch einmal eine Reise nach Leningrad als Auszeichnung.

Bis zu meinem Ausscheiden aus dem Berufsleben im Jahre 1982 arbeitete ich in dieser Jungrinderaufzuchtanlage.



Zeichnung: Elizabeth Shaw

## Gedanken über den drohenden ökologischen Kollaps unseres Planeten

# Notschrei in letzter Minute

Die heutige „Weltelite“ unterscheidet sich deutlich von den Führungsschichten früherer Zeiten. Diese neuen Herrscher haben mehr Macht in ihren Händen als je zuvor. Zugleich ist diese Konzentration immer schwieriger zu durchschauen und zu kontrollieren. Abgeschirmt von der Öffentlichkeit, in durch ihre Privatpolizei abgesicherten Kommandozentralen, stützen sich die neuen „Weltlenker“ mehr denn je auf die Beherrschung der Informations- und Kommunikationsmittel. Heute, da fast alles Ware geworden ist, gibt es immer weniger Platz für die Wahrheit; alles ist manipulierbar.

Wie erklärt es sich sonst, daß z. B. keine große deutsche Tages- oder Wochenzeitung einen Auszug aus dem Aufruf von 1600 Wissenschaftlern aus 69 Ländern, darunter 101 Nobelpreisträgern, veröffentlichte, die sich im November 1992 mit einer dringenden „globalen Warnung“ an die internationale Öffentlichkeit und an die Staatshäupter von 160 Ländern gewandt hatten?

Ein paar Passagen zur Erinnerung: „Vergiftung der Atmosphäre, Ausplünderung der Grundwasservorräte, Verschmutzung der Meere, Zerstörung der Böden, Dezimierung der Wälder und dies alles bei völlig ungenügenden sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen.“

Scharf kritisiert wurde das Vorbereiten und Führen von Kriegen. Wörtlich heißt es hierzu: „Nicht mehr als eine oder ein paar Dekaden verbleiben, um die akuten und die voraussehbaren Bedrohungen für die Menschheit noch abzuwenden. Entweder es gelingt eine fundamentale Umstellung in unserer Fürsorge für die Erde und das Leben auf ihr oder wir gehen einem unermeßlichen Elend und einer irreparablen Verstümmelung unserer globalen Heimstatt entgegen.“

Welche Gründe mag es wohl dafür geben, daß diese globale Warnung verpuffte? Es lag sicher nicht nur am Widerstand einflußreicher Kräfte in den Chefetagen von Wirtschaft, Finanzwelt und Politik gegen die Verbreitung profit- und machtschmälernder Wahrheiten. Oder haben soziale Abgestumpftheit, Trägheit und Ohnmachtgefühle bereits zur Verdrängung unangenehmer Mitteilungen und Ereignisse geführt? Bedarf es erst eines größeren Schocks, um die Menschheit auf den drohenden Kollaps der Erde zu verweisen? Augenscheinlich doch, denn keiner zeigt sich davon überzeugt, daß unser Planet in etwa 200 Jahren kollabiert sein könnte.

Aber erinnern wir uns. Während kürzlich in Berlin-Buch 200 Wissenschaftler, Künstler und Journalisten über verhaltensbildende Grenzen für die Überlebensfähigkeit der Menschheit debattierten – Ziele der Diskussionen waren die Antriebe des menschlichen Handelns, die möglicherweise vor allem das Ende

der Gattung Mensch verhindern können –, verhungerten zur gleichen Zeit in der Welt 250000 Menschen, starben 200 Tier- und Pflanzenarten aus, wurden 50000 Hektar tropischer Regenwald abgeholzt und dehnten sich die Wüsten um weitere 40000 Hektar aus.

Trotzdem kamen die Tagungsteilnehmer keinen Schritt weiter, rief die Botschaft der deutschen Sektion des Club of Rome keine Bestürzung hervor. Wen erschüttern heute noch Meldungen wie „Alpen verlieren ihre Gletscher“, „Pole schmelzen – Wasserspiegel steigt“, „Nordpol vom Eise befreit“, „Golfstrom kommt zum Erliegen“? Fest steht: Die Eisdecke an den Polen schmilzt nach neuen Erkenntnissen schneller als erwartet. Forscher befürchten, daß die Meeresspiegel rascher ansteigen als bislang angenommen. Nach Angaben des Geologen Mark Meier von der Universität Colorado hat sich die Rate des Eisverlustes seit 1988 mehr als verdoppelt. Eine eisfreie Arktis ist aller Wahrscheinlichkeit nach nur noch eine Frage weniger Jahrzehnte. Verheerend werden die Folgen sein. Die Ernährung von Milliarden Menschen ist durch den dramatischen Klimawechsel in höchster Gefahr. West- und Südeuropa könnten schon bald von katastrophalen Dürren bedroht sein. Zugleich versinken ganze Inselstaaten, Teile Indonesiens, der Malediven, Polynesiens, Gebiete von Indien und Bangladesh in Wasserfluten.

Sollten alle Eisflächen der Erde abschmelzen, muß mit einem Meeresspiegelanstieg um 70 Meter gerechnet werden. Nach G. Nisbet (Globale Umweltveränderungen) erfolgte der Übergang von der letzten Eiszeit zum heutigen Klima sehr plötzlich und war mit einem schnellen Anstieg des Kohlendioxid- und Methangehalts verbunden. „Die Gasmengen, die damals zusätzlich in die Luft gelangten und vielleicht das Ende der Eiszeit herbeiführten, waren geringer als die, die der Mensch in jüngster Zeit freigesetzt hat.“ Nisbet untersuchte die Prozesse, die den Treib-

hauseffekt bewirken. Bekanntlich steigt der CO<sup>2</sup>-Gehalt der Luft vor allem durch den zunehmenden Verbrauch fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdgas, Erdöl), das Abholzen und Abbrennen von Wäldern stetig an. Dem wirken die Ozeane als wichtige CO<sup>2</sup>-Senker sowie die Wälder entgegen, die Kohlenstoff binden. Mit der Waldvernichtung verschwindet indes auch die Möglichkeit der Reduktion von CO<sup>2</sup> in der Atmosphäre. Die Kapitalisten aber, die die Menschheit überwiegend beherrschen, setzen nur auf Profit und sind unfähig, dem entgegenzusteuern. Auch bei Methan, dem anderen wichtigen Treibgas, nimmt die Konzentration in der Atmosphäre schnell zu. Heute enthält die Luft schon doppelt so viel wie vor 200 Jahren. Das Methan stammt aus fossilen Quellen, aus der Landwirtschaft und ist im Meeresboden gespeichert.

Nach Nisbet müßte die Emission aller Treibgase bis 2005 um mehr als 20 % und darauffolgend auf das Äquivalent von 2 Milliarden Tonnen CO<sup>2</sup> reduziert werden. Das bedeutet, sich umgehend von Kohleverbrennung, Erdöl und Erdgas zu verabschieden und CO<sup>2</sup> in nachwachsenden Wäldern zu binden.

Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Zu spät ist es für diese Umsteuerung auf eine radikale Energieeinsparung. Als Alternative bleibt nur der rücksichtslose Kampf um die Erhaltung und die Erschließung neuer strategischer Ölreserven.

Die Aussagen über Weltvorkommen bei Kohlenstoff in Form von Kohle, Erdöl und Erdgas sind außerordentlich unterschiedlich. Die Vorratsprognosen schwanken. Nach unterschiedlichen Angaben reichen sie noch 15 bis 120 Jahre. Dabei denken die meisten bei diesen Ressourcen nur an Einsatzstoffe zur Energieversorgung. Sie sind durch die Verwendung von sogenannten Alternativenergien bzw. Kernfusion ablösbar. Die genannten fossilen Rohstoffe bilden jedoch unerläßliche Ausgangsmaterialien zur Herstellung von Medikamenten, Textilhilfsmitteln,

Farben, Lacken, Plaste, Kosmetika usw. Ein Leben ohne diese Palette wäre undenkbar. Ebenso ist die Zellulosevernichtung als globale Katastrophe anzusehen. Jährlich werden 16 Millionen Hektar Wald gefällt, nicht eingerechnet die zahllosen Brandrodungen insbesondere in Indonesien und im Amazonasgebiet. Dadurch geht der Welt nicht nur eine Sauerstoffquelle verloren. (Wird fortgesetzt)

Dr. Rudolf Druх



## Hexenjagd auf Professoren

Bei der Beschäftigung mit der Geschichte deutscher Universitäten und Hochschulen (Magister und Scholaren – Professoren und Studenten. Leipzig, Jena, Berlin: Urania Verlag 1981) stieß ich auf Parallelen, die mich an die Relegation von Hochschullehrern nach der „Wende“ erinnerten.

Die Ermordung des angesehenen Schriftstellers August Friedrich Ferdinand von Kotzebue am 23. März 1819 durch den Jenaer Theologiestudenten Karl Ludwig Sand lieferte der damals herrschenden „politischen Klasse“ den seit langem gewünschten Anlaß zum Eingreifen. Unter Führung des habsburgischen Regierungschefs Metternich wurden 1819 die „Karlsbader Beschlüsse“ gefaßt und am Bundestag in Frankfurt/Main gegen die bürgerliche Opposition durchgesetzt. Bestandteil der Karlsbader Beschlüsse war das Universitätsgesetz, das eine strenge politische Überwachung der Universitäten, einschließlich der an ihnen vertretenen Ideen verlangte. An allen Hochschulen wurden staatliche Sonderbevollmächtigte, sogenannte Kuratoren, eingesetzt. Die einzelnen deutschen Regierungen bekamen das Recht, politisch unliebsame Professoren fristlos und ohne Gerichtsverfahren zu entlassen, wobei keiner dieser geschafften Professoren an einer anderen deutschen Universität eingestellt werden durfte. So verlor zum Beispiel Ernst Moritz Arndt für zwanzig Jahre (1820–1840) seine Bonner Professur.

170 Jahre später, nach der „friedlichen Konterrevolution“ und der Einvernahme der DDR in die BRD wurde dieses Gesetz durch die nunmehr wieder herrschende bürgerliche Klasse unter der Überschrift „Erneuerung“ fast unverändert übernommen. Um das „demokratische Mäntelchen“ zu wahren, wurden anstatt Kuratoren Personalkommissionen, bestehend aus „nicht belasteten“ Hochschullehrern und Mitarbeitern, eingesetzt, die darüber befanden, ob der betroffene Hochschullehrer oder Mitarbeiter im öffentlichen Dienst weiter beschäftigt werden darf. Fachliche Belange spielten dabei in der Regel keine Rolle. In den meisten Fällen endete das Ergebnis der Anhörung vor diesen deutschen McCarthy-Ausschüssen mit einer fristlosen Abberufung und Kündigung durch den jeweiligen Wissenschaftsminister. Gerichtlichen Klagen waren in der Mehrzahl der Fälle nur Teilerfolge beschieden.

Im Freistaat Sachsen wurde diese Maßnahmen noch durch „schwarze Listen“ verschärft, die der damalige Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Hans Joachim Meyer unter Mißachtung des Datenschutzes am 9. 11. 1992 an alle Hochschulen im Freistaat Sachsen versandt hat. In Liste 1 waren 622 Hochschullehrer und -mitarbeiter aufgeführt, deren Arbeitsverhältnis bereits durch Kündigung oder „auf sonstige Weise“

beendet wurde, und in einer anderen Liste 222 Personen, bei denen die Kündigungsverfahren noch nicht abgeschlossen waren. In dem Ministerschreiben ist wörtlich vermerkt: „In allen Fällen ist eine Wiedereinstellung an einer sächsischen Hochschule grundsätzlich ausgeschlossen“, was auch auf eine Honorartätigkeit zutrifft. Eine durch uns angestrenzte Verfassungsklage wurde natürlich zurückgewiesen. Heute betrachte ich es als Auszeichnung, die Nummer 72 auf der Liste 1 zu sein.

Der Dichter August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, der als Hochschullehrer zu Breslau noch 1842 Opfer des Universitätsgesetzes wurde, hat nach seiner Entlassung in einem „Trostlied eines

abgesetzten Professors“ die Situation geschildert:

Ich bin Professor gewesen:  
Nun bin ich abgesetzt.  
Einst konnt ich Collegia lesen,  
Was kann ich aber jetzt?

Jetzt kann ich dichten und denken  
Bei voller Lehrfreiheit.  
Und keiner soll mich beschränken  
Von nun bis in Ewigkeit.

Es ist noch nichts verloren:  
Professor oder nicht –  
Der findet noch Augen und Ohren,  
Der Wahrheit schreibt und spricht.

Prof. Dr. sc. techn. Harry Conrad

## Wie ich Hermann Duncker erlebte

Der Beitrag von Günter Freyer im März-RF über Hermann Duncker, den „Wanderredner der Partei“, rief bei mir Erinnerungen an eine Begegnung mit ihm wach, die sich im Frühjahr 1950 zutrug. Damals fand an der Bundesschule in Bernau ein Dreiwochenlehrgang für Jugendsekretäre der damaligen FDGB-Landesvorstände und der Zentralvorstände der Einzelgewerkschaften statt. Wir waren durchweg junge Genossinnen und Genossen, die in den ersten Nachkriegsjahren zur Partei stießen. In diesen schweren Zeiten machten wir uns mit Grundlagen der Theorie und Praxis der Arbeiterklasse in der gerade erst konstituierten DDR vertraut. Dem diente auch dieser Lehrgang.

Eines Tages – nach einem „Einführungsvortrag“ zum „Kapital“ – erschien überraschend Hermann Duncker, der Leiter der FDGB-Bundesschule – in unserem Seminarraum. Seine Persönlichkeit, seine Rol-

le als unermüdlicher Propagandist, seine Verdienste als Lehrer der Klasse waren uns damals nur oberflächlich bekannt. Nun stand er vor uns, leider schon mit geschwächter Sehkraft, etwas gebückt, um seine Zuhörer deutlicher wahrzunehmen, gestützt auf seinen ständigen Begleiter, den Handstock, freundlich und mit lauter klarer Stimme sprechend.

Dann erklärte uns Hermann Duncker in einer für uns Junge sehr verständlichen, unnachahmlichen Art die Bedeutung des „Manifests der Kommunistischen Partei“. Fast zwei Stunden folgten wir mucksmäuschenstill seinem Gedankenfluß. Doch er referierte nicht nur, immer im Raum in Bewegung, uns eindringlich anschauend, sondern er stellte auch Fragen. Die verständliche Dürftigkeit mancher unserer Antworten ließ ihn oft schmunzeln. Mit großer Überzeugungskraft machte er uns Grundthesen des Manifests in ihrer Dialektik und Tiefe verständlich.

Irgendwie hatte Hermann Duncker wohl erfahren, daß wir uns im Zusammenhang mit unserem Studium auch auf die Prüfung für das von der FDJ gestiftete Abzeichen für „Gutes Wissen“ in Gold vorbereitet. So meinte er, der unser Wissen auf seine gütige, väterliche Art überprüft hatte, am Ende verschmitzt: „Ich beglückwünsche Euch zum ‚Ritter des Goldenen Wissens‘, aber vielleicht fangt Ihr erst mal mit dem Silbernen an! Viel Erfolg!“ Ein Rat, sich ständig weiterzubilden, Buchstabengelehrtheit zu vermeiden und immer wieder Marx zur Hand zu nehmen.

Mehr als ein halbes Jahrhundert danach steht mir die Begegnung mit Hermann Duncker noch nachhaltig vor Augen.

Harry Machals

## Kolonialisierung

Ergebnis das Buch „Kolonialisierung der DDR“. Der Begriff sorgte für viel Ärger!

**Dem von Ihnen gerade erwähnten Buch folgte fünf Jahre später ein zweiter Band „Zehn Jahre Vereinigungspolitik – kritische Bilanz und humane Alternativen“, in dem Sie u. a. eine Neudefinition des Kolonialismus-Begriffs vornehmen.**

Ja, ich verwende den Begriff der „strukturellen Kolonialisierung“ und habe vier wesentliche Elemente dafür gefunden: erstens die sozioökonomische Dominanz des kolonisierenden „Partners“, zweitens die strukturelle Gewalt der Kolonialherren, drittens die wirtschaftliche Abhängigkeit und Ausbeutung der Kolonisierten, viertens die Zerstörung der Identität und der Weltanschauung der dominierten Bevölkerung einschließlich der sozialen Liquidation ihrer Eliten. Ich bin scharf angegriffen worden, weil ich diese Elemente im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung entwickelt habe. Jedoch kenne ich Ostberliner Kollegen, die mir voll zustimmen, allerdings mit der Einschränkung, wenn sie diesen Begriff verwendeten, wären sie wissenschaftlich total vom Fenster weg. Nach wie vor bin ich der Auffassung, daß es ein absolut präziser, den Vorgang genau beschreibender Begriff ist.

**Wie war die öffentliche Reaktion?**

Zunächst sehr erfreulich. Innerhalb von nur vier Monaten erschienen drei Auflagen des Buches von 1995. Hervorheben möchte ich eine große, dem Buch vollkommen gerecht werdende Besprechung des prominenten Politikers und Politologen Peter von Oertzen in der ZEIT. Die Frontalkritik der Konservativen blieb jedoch aus, hier vertraute man mehr auf das Totschweigen. Zu meinem Bedauern muß ich sagen, daß auch die PDS die Gedanken einer Alternative zur herrschenden Deutschlandpolitik nicht aufgegriffen hat. Obwohl sie sich für ihre Arbeit etwas Besseres als diese Analyse von einem „Wessi“ gar nicht wünschen konnte, scheute man vor der offensiven Auseinandersetzung mit diesem Westregime zurück. Ich sehe den verheerenden Mißerfolg der PDS tatsächlich darin begründet, daß weder die Kolonisierungspolitik noch die Leistungen der DDR beim Namen genannt wurden. Diese waren Gegenstand eines weiteren Studienprojekts, dessen Ergebnisse in zwei Bänden „Die DDR war anders“ erschienen sind. Ich nenne hier nur als Stichworte die Polytechnische Oberschule, das kooperative System der landwirtschaftlichen Produktion, die SERO-Organisation oder die hervorragenden Arbeiten solcher DDR-Maler wie Sitte, Tübke, Mattheuer und Heisig. Die DDR auf solche Begriffe wie marode und Diktatur zu reduzieren, ist Geschichtsklitterung.

**Sehen Sie Möglichkeiten, zu einer selbsttragenden Ökonomie in Ostdeutschland zurückzukehren?**

Wenige und selbst die setzen voraus, daß es ein klares politisches Bekenntnis dazu gibt. Einen Weg sehe ich in der systematischen Verkürzung der Arbeitszeit und in der Schaffung eines zweiten, öffentlichen Arbeitsmarktes, der nur wenig mehr kosten würde als die Arbeitslosigkeit. Ich schätze, daß es möglich wäre, mindestens 1 Mio. Arbeitslose für kommunale, ökologische, karitative u. ä. Aufgaben einzusetzen und dafür zu bezahlen. Das würde neben vielen anderen Effekten auch dazu führen, daß Steuern zurückfließen, wieder Krankenkassenbeiträge aus eigener Kraft aufkommen und daß sogar örtliche Gewerbe als Kooperationspartner gewonnen werden könnten. Es ist erstaunlich, daß sich in der riesengroßen Bundesanstalt für Arbeit offenbar niemand findet, der solche Gedanken ausarbeitet. Auch die Umverteilung der Arbeit z. B. durch Einführung der 35-Stunden-Woche, wie sie in Frankreich durchgesetzt wurde, könnte 2 bis 3 Mio. Arbeitsplätze erhalten oder neu schaffen.

**In einem kürzlich vor dem Ostdeutschen Kuratorium gehaltenen Vortrag haben Sie sich für eine linke Koalition ausgesprochen. Welche Kräfte müßten da zusammengeführt werden?**

Die im Entstehen begriffene neue linkssozialdemokratische Partei könnte 20 % der SPD-Mitglieder gewinnen. Außerdem müßte die großartige, aber ziemlich chaotische ATTAC sich wenigstens auf ein Minimalprogramm einigen und mit der Friedensbewegung sowie den Gewerkschaften in stärkerer Masse Zweckbündnisse eingehen, wie es in Frankreich z. T. vorexerziert wird. Es ist erstaunlich, wie manche Entwicklungen einen Lawinencharakter annehmen können, besonders unter dem Gesichtspunkt des wachsenden Drucks auf alle diejenigen, die vom sozialen Netz abhängig sind. Die Proteste gegen diesen verfaulenden, globalen Kapitalismus werden zunehmen.

Interviewer: Frank Mühlefeldt

Bitte nicht vergessen:

Der „RotFuchs“

existiert nur durch

Spenden seiner zah-

lungsfähigen Leser.

# Erklärung des Kreisvorstandes der PDS Bad Doberan

Der Kreisvorstand der PDS Bad Doberan beschäftigte sich auf seiner Sitzung am 4. März 2004 mit der derzeitigen Außen- und Innenwirkung der PDS, 3 Monate vor den Europa- und Kommunalwahlen in unserem Land.

Die Duldung und Mitverantwortung unserer Partei am Sozialabbau ist mit unserem Anspruch „Sozial und solidarisch“ einfach nicht mehr zu vereinbaren. Wir haben es derzeit mit einem Gesichtsvorverlust unter der Bevölkerung zu tun, welcher die Existenz unserer Partei unmittelbar bedroht.

Mehrere Genossinnen und Genossen haben unserer Partei in den letzten Tagen den Rücken gekehrt, weil sie die Mitverantwortung der PDS am Sozialabbau nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können.

## Zurück zur aktiven Politik! Mit großer Sorge wenden wir uns an die Genossen des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern.

### Wir stellen fest:

- PDS-Politik war bisher ausgerichtet auf die Schwachen in der Gesellschaft;
  - wir waren ein Gegengewicht zur Politik des Sozialabbaus, der Umverteilung von unten nach oben.
  - In den Monaten seit der letzten Landtagswahl vollzog sich leider ein Wandel, nicht im verbalen Anspruch, sondern in der praktischen Politik.
  - Mit der Zustimmung zum Doppelhaushalt 2004/2005 beteiligen wir uns erstmalig am Abbau erreichter sozialer Standards.
  - Wir stimmen betriebsbedingten Kündigungen zu, helfen, „Druck auf die Gewerkschaften“ auszuüben.
  - Wir brechen den Koalitionsvertrag, indem wir die Mindestgarantie bei der kommunalen Finanzausstattung abschaffen.
  - Wir beklagen Bildungsdefizite und sorgen gleichzeitig nicht für eine ausreichende Anzahl von Lehrern. Wir stimmen aber der Subvention der Fluglinie Laage-München zu.
  - Wir tragen eine Wirtschaftsförderpolitik mit, die sich nicht an der Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze orientiert.
- Wir führen entgegen den Festlegungen im Koalitionsvertrag eine Debatte über neue Kreisgrenzen, ohne daß vorher eine Funktional- und Verwaltungsreform auf den Weg gebracht wurde.
- Wir stellen die verbliebenen industriellen Kerne im Land mit einer unverantwortlichen Spekulation über die Zukunft der Werftenbeihilfen in Frage.

Zur Zeit gibt es fast keine Schicht der Gesellschaft, die wir mit unserer Landespolitik nicht verprellt haben. Lehrer, Schüler, Eltern, Verbände, Schiffbauer, Gewerkschaften, Erzieher und Rentner, alle fühlen sich betrogen und verraten. Wir beantragen deshalb die Einberufung einer Tagung des allgemeinen Landesparteitages nach dem 13. Juni 2004, auf der eine neue Strategie beschlossen werden muß – notfalls auch der Ausstieg aus der Regierungskoalition. Wir müssen den Menschen unseres Landes ein deutliches Signal geben, daß mit der PDS eine unsoziale Politik nicht zu machen ist. Als konstruktive, kritische Opposition müssen wir den Menschen zukunftsfähige Wege und Visionen aufzeigen. Wir rufen alle Kreisverbände der PDS Mecklenburg-Vorpommerns auf, sich unserem Antrag anzuschließen. Mit solidarischen Grüßen

**Peter Möller, Kreisvorsitzender**

### Wir sind der Meinung:

- Wir haben nur dann eine Chance, als politische Kraft wieder akzeptiert zu werden, wenn wir endlich wieder eigenes aktives Handeln erkennen lassen.
- Eine Profilierung der PDS als gesellschaftliche Alternative ist nur in klarer Abgrenzung zur SPD möglich.
- Jede Kapitulation vor sogenannten Sachzwängen ist ein Eingeständnis fehlender eigener Angebote.

Das Festhalten an einer Koalition, in der wir fast nichts bewegen können, fügt dem Ansehen der Partei immensen Schaden zu; sie verliert in den Augen ihrer Wähler ihre Glaubwürdigkeit.

Der gegenwärtige politische Kurs unseres Landesverbandes kann zu einem katastrophalen Wahlergebnis führen.

Wir sollten sofort eine wirklich von den Basisorganisationen getragene Diskussion über das Handeln unserer Partei beginnen!



- Wir reagieren fast ausschließlich auf Themen, die die SPD vorgibt, und dann in der Art, daß wir deren Vorstellungen zur eigenen Politik erklären.
- Wir machen eine Politik vorbei an den Interessen der meisten Menschen in M-V, teilweise sogar gegen sie.
- Wir sind von einer selbstbewußten eigenständigen politischen Kraft zu Erklärern der neoliberalen Politik der SPD abgestiegen.
- Das politische Handeln beschränkt sich auf den Versuch, das durch Rot-Grün in Berlin angerichtete Desaster zu erklären.
- Wir verlieren Mitglieder, Sympathisanten, Wähler und Kandidaten für die Kommunalwahl, weil eine Identifizierung mit dem politischen Handeln der PDS in M-V nicht mehr möglich ist.
- Das „Kompetenzteam“ Landesvorstand zeigt sich nicht als politische Führung des Landesverbandes.
- Die innerparteiliche Diskussion zu allen Fragen, die den Landesverband, seine Mitglieder und die Politik betreffen, reicht bei weitem nicht aus.
- Das Handeln von Teilen der Landtagsfraktion und die Unterstützung durch den Landesvorstand stößt bei unseren Mitgliedern zunehmend auf Unverständnis.

### Wir wollen:

- die Rückkehr zu einer aktiven Politik der sozialen Gerechtigkeit,
- eine klare Aussage, wo und wofür wir in dieser Gesellschaft stehen,
- erkennbare alternative politische Angebote,
- Orientierung unserer Politik an den tatsächlichen Problemen in unserem Land,
- die ernsthafte und ergebnisoffene Prüfung über den Verbleib in der Koalition in Schwerin.

Der „RotFuchs“ steht für die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage.

Wie eine von großen Hoffnungen begleitete Partei ihr Gesicht verlor

## Nüchterne Diagnose

Wenn ein Autor sein Buch mit einem Titel versieht, den eine andere Publikation schon trägt, geschieht das absichtsvoll. Ingo Wagner dürfte es um Ähnlichkeiten, ja gewisse Parallelen gegangen sein, als er – wie zuvor bereits Christian v. Dithfurt in bezug auf die SPD – nun mit Blick auf die PDS konstatierte: „Eine Partei gibt sich auf“.

Seine „theoretisch-politischen Glossen zum Niedergang der Partei des Demokratischen Sozialismus“ sind eine fundierte Analyse jenes Degenerationsprozesses, der aus dieser in Programm und Statut von 1993 noch als „marxistisch“ definierten Partei eine „kleinbürgerliche Partei des Sozialreformismus sozialdemokratischer Prägung sui generis (eigener Art)“ machte.

Wagner beläßt es nicht bei bloßer Bilanz der Erscheinungsformen dieses Vorganges. Er dringt zu dessen theoretisch-ideologischem Kern vor: dem als „Moderner Sozialismus“ etikettierten Konstrukt, das von sogenannten Vordenkern wie Dieter Klein und den Gebrüdern Brie als Instrument zur Verdrängung des wissenschaftlichen Sozialismus aus der Partei „konstruiert“ und von den politischen Exekutoren Gysi, Bisky u. a. gehandhabt wurde und wird.

Indem der Autor die „Geheimschriften“ dieses Moderne-Begriffes dechiffriert und den wirklichen Inhalt der Worthülse verdeutlicht, legt er die Wurzeln der existentiellen Krise der PDS bloß. In solcher Gründlichkeit und Komplexität geschieht das, nach meiner Kenntnis, erstmalig. Obwohl die „Moderne“-Ideologen wegen der negativen Resonanz auf ihre Pseudolehre in der eigenen Partei wie dem linken Spektrum den Begriff inzwischen nicht mehr als Fahne vor sich her tragen – sein Inhalt bleibt Richtlinie für Verfaßtheit wie Politik der PDS. Er prägt die Grundstruktur des neuen, „Chemnitzer“ Parteiprogramms, das den Bruch mit dem Marxismus endgültig vollzogen hat.

Obwohl „Moderner Sozialismus“ als ideologische Basis eines „Demokratischen Sozialismus“ nach PDS-Lesart an Eduard Bernsteins Reformismus anknüpft, geht er noch hinter diesen zurück. Hing der Gründervater noch der Illusion an, man könne mittels Reformen einen „evolutionären Sozialismus“ als neue Gesellschaftsformation zustande bringen, so läuft das Konzept der „Modernen Sozialisten“ nur noch darauf hinaus, den Kapitalismus mittels Reformen „zu zähmen“, seine Auswüchse zu beschneiden, ihn „sozialverträglich“ zu machen – und damit zu stabilisieren. Kern solch „emanzipatorischen Anliegens“ ist das Hirngespinnst von einem „Sozialismus im Kapitalismus“.

Auch wenn, wie Wagner konzidiert, das neue Parteiprogramm noch Aussagen enthält, die Unterstützung verdienen, und sich (wohl mit Blick auf emotionale

Befindlichkeiten vieler Mitglieder) marxistisches Denken rudimentär finden läßt: Mit dem Verzicht auf Systemüberwindung als anzustrebendem Ziel, dem Bekenntnis zu kapitalistischem Eigentum an Produktionsmitteln, Gewinnstreben und Marktwirtschaft als „unverzichtbaren Triebkräften“ und einer Politik sozialreformerischer Anpassung an den Kapitalismus wurde der PDS durch ihrem Führungskern der Abschied vom authentischen Sozialismus verordnet.

Mit diesem Identitätsverlust als (nicht nur sozialistisch etikettierte) Sozialistische Partei wird, wie der Autor verdeutlicht, die PDS zu einer „Partei ohne Zukunft“. Von der Gegenseite gewöhnlich als „SED-Nachfolgerin“ stigmatisiert, mutiert sie nun nahezu zu einer „SPD-Nachfolgepartei: Reproduziert als die „bessere“ Sozialdemokratie von dunneleins möchten ihre Führer ihr größeren Zulauf verschaffen. Für einen solchen Versuch gäbe es gegenwärtig sogar günstige Bedingungen: Die SPD büßte infolge ihrer rigorosen Politik des Sozialkahlenschlags den Nimbus ein, für „soziale Gerechtigkeit“ zu wirken. Zur neoliberal agierenden „Partei der Mitte“ geworden, entstand links von ihr ein politisches Vakuum, das nun die PDS besetzen könnte. Der aber gelingt das trotz rasch wachsendem Protestpotential offenkundig nicht. Sie verspielte diese Chance vor allem dadurch, daß sie, wie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern praktiziert, ihrem Koalitionspartner SPD aktiv bei Sozialabbau und Privatisierungskurs zur Hand geht. Nur noch als deformierte, anpassungswillige Regionalpartei Ost wahrgenommen, wird es ihr unmöglich, im gegebenen politischen Spektrum Kristallisationskern zu werden, um den sich die kritischen linken Kräfte sammeln.

Die Praxis bestätigt drastisch diesbezügliche Wertungen des Buches. Wenn derzeit Kritiker des Schröder-Kurses aus SPD und Gewerkschaften mit einer „Wahlpolitischen Initiative“ Möglichkeiten für die Neuformierung einer linken Partei ausloten, signalisiert das zugleich, daß sie in der PDS eben keine solche akzeptable Alternative sehen. Sie bleiben vielmehr auf Distanz zu ihr. Daran kann auch ein André Brie nichts ändern, der ernstlich drohte, das ganze Projekt sei chancenlos, wenn es nicht seine Partei als „Plattform“ für eine solche neue Linkspartei nutze.

In seiner Niedergangs-Diagnose erklärt Ingo Wagner schlüssig – und sehr differenziert – jenes „Phänomen“, das eine anfänglich Erfolgsgeschichte schreibende, als antikapitalistisch sowie antimilitaristisch wahrgenommene und als Anwalt sozialer Gerechtigkeit anerkannte Partei faktisch auf das Maß einer bloßen parlamentarischen Mehrheitsbeschafferin für die SPD – und damit zur Komplizin von deren asozialer Politik – schrumpfen ließ.

In dieser Hinsicht sind seine Auskünfte über das trickreiche Vorgehen einer Gruppierung kleinbürgerlicher Intellektueller als „Umformer“ der Partei ebenso aufschlußreich wie die angefügten Notate zum Führungskern der PDS. Im Klartext wird Auskunft darüber gegeben, warum die marxistische Linke in der PDS nicht imstande war, der Umwandlung ihrer Partei in eine Partei des „Modernen Sozialismus“ Paroli zu bieten. Nicht minder deutlich wird gesagt und begründet, warum jegliche Hoffnung auf eine Korrektur des Kurses der Selbstaufgabe durch Aktivitäten der Parteibasis unerfüllbarer Wunschtraum bleiben mußte. Die Aussagen des Autors, „was Marxisten in der PDS“ angesichts dieser Situation tun sollten, sind produktive Anregung zum Weiterdenken.

Wagner bleibt nicht bei der Zustandsbeschreibung stehen, sondern wirft die Frage „Wie weiter?“ auf, ohne pauschale, rezeptähnliche Antworten anzubieten. Seine Überlegungen zu dieser schwierigen Problematik zeugen von schöpferischem, undogmatischem Denken – konsequent dialektisch, also in marxistischen Kategorien. Sein Blick „nach vorn“ ist illusionslos. Sozialismus werde „nicht ohne einen mehr oder weniger langen komplizierten ‚Vorbereitungszeitraum‘ mit ‚Zwischenstationen‘, die zunächst an die Schwelle der Systemüberwindung heranzuführen, zu haben sein.“ Um so notwendiger sei eben deshalb eine „authentische, zeitgemäße, marxistische Sozialismusbestimmung“, für die Wagner entschieden plädiert. Dabei müßten auch Lehren aus der Niederlage des europäischen „realen Sozialismus“, der „nicht als Matrize eines künftigen Sozialismus gelten“ könne, berücksichtigt werden.

Ohne die „Formierung eines geschichtsmächtigen Subjekts“, so Ingo Wagner, bliebe „Sozialismus eine Fata Morgana“. Auch wenn das „längere historische Fristen“ beanspruchen werde, gelte es, dazu notwendige Voraussetzungen jetzt schon zu schaffen. Eine wirklich marxistische Partei mit Masseneinfluß sei dafür historisch notwendig, reale Bedingungen dafür jedoch derzeit noch nicht gegeben. Da eine solche Partei nicht als Produkt eines spontanen Prozesses entstehen könne, müsse mit ihrer „langfristigen Gestaltungsformung ... bereits jetzt ideologisch, politisch-aktiv und theoretisch-programmatisch“ begonnen werden.

Ingo Wagners Schrift leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Sie fördert den unerläßlichen Klärungsprozeß, dessen es bedarf, um die vorhandenen sozialistischen Potentiale zusammenzuführen und damit politisch wirksam zu machen.

**Wolfgang Clausner**

*Ingo Wagner: Eine Partei gibt sich auf. Edition Ost, Berlin 2004, 192 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 3-360-01056-6*

## Von Stümpfern regiert?

Unter der Überschrift „Lachnummer Deutschland – das Tollhaus“ eröffnete „Der Spiegel“ (9/04) ein Streufeuer gegen die Politik der Regierung, der Opposition und der Gewerkschaften. Niemand wird ausgespart. Akribisch listet man die Pannen der Regierung auf, beginnend beim Maut-Debakel und der Bahncard über die „Gesundheitsreform“, das Dosenpfand, die Pendlerpauschale und den Umzug des BKA bis zum Hickhack der „Agenda 2010“. Konzeptionslosigkeit und handwerklich miserable Rechtsvorschriften sind dabei schon sanfte, gemäßigte Töne.

Der Opposition wird bescheinigt, daß sie „im Ankündigen, Zerreden und Fallenlassen genauso versiert (sei) wie die Regierung“. „Der Spiegel“ wirft die Frage auf, ob wir (?) ein Volk von Versagern, unfähig zum Fortschritt und regiert von Stümpfern, sind oder die Karnevalisierung der Politik nur noch mit Humor zu ertragen vermögen. Mit einem büttenreifen Sprachduktus werden die politischen Ikonen der „Spaßgesellschaft“ vorgeführt.

Zu den wahren Ursachen der Misere dringt das bürgerliche Nachrichtenmagazin freilich nicht vor. Wie die entsprechende Presse insgesamt skandalisiert es lediglich äußere Erscheinungen der vom Kapital beherrschten Gesellschaft, zwar gefälliger als „BILD“ und natürlich auf einem höheren Niveau sowie unter Verzicht auf die Bedienung des Massengeschmacks. Die Probleme werden hochgekocht, wobei die „Marktwirtschaft“ als alleiniger Ideologiebezug nicht zu übersehen ist. Es bedarf keiner pffigen Parodie, um zu wissen, daß die Herrschenden von den durch sie nicht mehr kontrollierbaren Ereignissen nur noch getrieben werden. Ursächlich hierfür ist die Tatsache, daß der Kapitalismus eine ziellose und unbeherrschbare Dynamik voll tiefer Irrationalität entwickelt, was zwangsläufig zu einer gesellschaftspolitischen Blindfahrt führt. Bei einem seriösen Befund hätte „Der Spiegel“ schlußfolgern müssen, daß die aufgetretenen wirtschaftlichen Probleme mehr sind als Pannen. Sie reflektieren die Krise des Systems. Gelegentlich wird deutlich, welche Klientel die Zeitschrift bedient. Das Blatt ist darüber beunruhigt, daß „die Nation von den Deutschen als Versorgungseinrichtung, als Garant für Arbeit und Brot, als Arbeitsamt und Rentenbehörde“ wahrgenommen wird. Dies „würde zum Kern deutscher Vaterlandsliebe“ gehören. „Der Spiegel“ merkt kritisch an, daß mehr „vom Standort Deutschland die Rede ist als von Deutschland (selbst)“. Deshalb tadelt er, daß „nirgends in Europa ein derart reformfeindliches Klima (herrsche) wie in der Bundesrepublik“. Schuld hieran sei „der Sozialstaat, der seit seiner Installation durch Bismarck stets das jeweilige politische System legitimieren mußte“.

Resümee: Die weitere Demontage des „Sozialstaates“ müsse dringend erfolgen. Der Bundesbürger habe gefälligst den Gürtel enger zu schnallen. Die Regierung solle ohne Schwanken vorgehen. Damit befindet sich das Magazin in traumem Verein mit dem Neoliberalismus, dem Marktfundamentalismus und der kapitalistischen Verwertungslogik. Entsprechend der totalen Diktatur des Kapitals über alle Lebensbereiche zählt nur die ökonomische Dimension. Kultur, Bildung usw. sind ihr unterzuordnen. „Der auf betriebswirtschaftliche Funktionen reduzierte Mensch“ (R. Kurz) muß sozial gezähmt werden. Erst durch die „freie Marktwirtschaft“ sei die Freiheit des Individuums gewährleistet. Die „freie und offene Gesellschaft“ sei eben nur mit Markt und Wettbewerb möglich.

In dieser Frage sind sich alle Bundestagsparteien unter Einschuß der Reform der PDS einig. Insofern bilden sie ideologisch eine „Große Koalition“. Mehr Eigenverantwortung des Individuums müsse her und weniger Staat. Die Ideen von Thomas Hobbes (dem Stammvater des Liberalismus) und Adam Smith (dem Begründer des politischen Liberalismus) leben auf. Der Staat als Leviathan (biblisches Ungeheuer) habe nach Hobbes lediglich die Aufgabe, die konkurrierenden Individuen zu bändigen, den Krieg aller

gegen alle unter Kontrolle zu bringen. Als Herrschaftsinstrument müsse er in erster Linie die Unterdrückungsfunktion erfüllen. In wirtschaftlichen Fragen solle sich der Staat auf ein Minimum beschränken; die „unsichtbare Hand“ als ordnender Systemzusammenhang funktioniere nach Adam Smith jenseits des menschlichen Willens und vollziehe ihre Tätigkeit durch den Markt als Scharfrichter.

Die konzeptionelle Richtungsangabe macht deutlich, wohin die Reise gehen und wie die Bundesrepublik für den imperialistischen Machtkampf fit gemacht werden soll. Der Rückstand gegenüber den USA bereitet dem „Spiegel“ Unbehagen. Deshalb mahnt er zu einem noch schnelleren Tempo bei der Vernichtung des verfassungsrechtlich zugesicherten „Sozialstaates“. Den dabei herauskommenden sozialen Bürgerkrieg, auch unter Beugung des Grundgesetzes, nimm er billigend in Kauf.

Um Barrieren gegen ein solches inhumanes Szenario zu errichten, gilt es, Gegenkräfte zu mobilisieren. Ohne radikale Denkansätze mit dem Ziel, eine Systemänderung anzustreben, sind die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche nicht lösbar. **Prof. Dr. Werner Roß**

## Durchblick unbezahlbar

Die Brille, das weiß jedermann, braucht der, der nicht gut sehen kann. Ob in die Ferne, in die Näh' der Durchblick ohne ist passé!

Brillenlos sieht er verschwommen, was ihm inzwischen weggenommen. Der kleine Mann mit wenig Geld von einem Loch ins andre fällt.

Pendlerpauschale, Zahnersatz verlieren ihren wicht'gen Platz in der Planung des Budgets, leerer wird das Portemonnaie.

Beim Doktor zahlt er Eintrittsgeld, Zuzahlung in die Höhe schnell, gesenkt wird nochmals Freibetrag, so kommt er um den Sparertrag.

10 Euro hier, 10 Euro dort, sein bißchen Geld rinnt zügig fort. Selbst mit Brille war es schwer den Rest zu zählen hinterher,

was ihm noch bleibt vom Arbeitslohn. Das Arbeitsamt verschärft den Ton: Professor soll jetzt Straße kehren, sonst soll er sich zum Deubel scheren!

Sozialer Raubbau ohnegleichen! Ins Fäustchen lachen sich die Reichen: Die Politik hat funktioniert – die Kleinen werden ruiniert

und ohne Brille blind gemacht. Das Ganze ist doch gut durchdacht. Getreu dem Spruch „Was ich nicht weiß“ – so heißt das doch – „macht mich nicht heiß!“

Und die Moral von der Geschicht: Der Arme sieht die Reichen nicht! Dazu müßt er 'ne Brille haben, die kann er aber nicht bezahlen.

**Dr. Klaus-Dieter Mund**

Marxismus heute

Video des Vortrags von Prof. Hans Heinz Holz in Neubrandenburg, 22. März 2004

Bestellung bei Günter Schmidt, Telefon 0395/4691692  
Es wird um eine Spende auf das „RotFuchs“-Konto bei der Berliner Sparkasse gebeten.  
Verwendungszweck: Video

## Wo die Wohnung eine Ware ist

Nach den Vorstellungen der Bourgeoisie, nach ihren Rechtsauffassungen, ist die Wohnung nichts anderes als eine Ware. Wer nicht imstande ist, den marktüblichen (Miet-)Preis zu zahlen, kann sich eben keine Wohnung leisten – so einfach ist das. Die Perversion der „Marktwirtschaft“ geht so weit, daß sogar der Boden, auf dem die Wohnung steht, als Ware gehandelt wird. Je profitabler das Bauwerk, desto teurer das Grundstück.

Im Kapitalismus ist die Warengruppe Wohnung und Grundbesitz in der Regel eine sicherere Kapitalverwertung als die Spekulation an den internationalen Börsen. Dort unterliegt der Profit den Zufälligkeiten, dem Auf und Ab des Kapitalmarktes, auf dem man Gewinne erzielen, aber auch alles verlieren kann. Bei Investitionen auf dem Immobilienmarkt ist das anders. Wer normal leben will, kann nicht, wie bei anderen Gütern, auf die Ware Wohnung verzichten. Das garantiert der besitzenden Klasse in der Regel sichere Renditen, auch mit Hilfe ihrer selbstgeschaffenen Gesetze. Das Mietrecht der Bundesrepublik ist kein Begrenzungsrecht für Mieterhöhungen, sondern ein Mieterhöhungsrecht, auch wenn das „die Politik“ anders darstellt. Hier die Rechtsgrundlagen: Mietspiegel der Städte und Gemeinden werden als Schutz der Mieter vor übertriebenen Mietforderungen dargestellt. Mehr als die ortsübliche Miете vergleichbarer Wohnungen darf normalerweise nicht verlangt werden. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Mietspiegel sind nämlich zugleich die gesetzliche Grundlage dafür, Mieten regelmäßig weiter erhöhen zu dürfen, wenn sich das örtliche Niveau nach oben verändert, was durch Modernisierung, Neuvermietung zu höheren Preisen usw. regelmäßig der Fall ist. Mieter haben der Mieterhöhung „zuzustimmen“, wenn sie im Rahmen des Mietspiegels erhöht werden soll. Lehnen sie die Erhöhung ab, können sie vom Vermieter verklagt werden (§ 558b Abs. 2. BGB).

Übrigens ist in diesem Zusammenhang immer nur die Grundmiete gemeint. Betriebskosten, die ein ganz wesentlicher Teil der zu zahlenden Gesamtmiete sind, werden nicht dazugezählt, obwohl sie nicht selten die Hälfte der Kosten ausmachen.

Um die Wohltaten des Mietspiegels abzurufen, sei noch dies festgestellt: Wird ein neues Mietverhältnis begründet, darf der Vermieter bis zu 20 Prozent über die örtliche Vergleichsmiete hinaus verlangen. Nach § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes gilt eine Heraussetzung bis zu dieser Grenze noch nicht als strafbarer Mietwucher. Natürlich wird diese Möglichkeit kräftig genutzt.

Im Mietrecht gibt es außerdem die sogenannte Kappungsgrenze (§ 558 BGB Abs. 3). Sie bestimmt, daß die Miете (Grund-

höhung seiner Rendite entgegen? Rechnen wir mal grob nach: Wer diese Möglichkeit der 20prozentigen Mieterhöhung alle drei Jahre nutzt, der erlöst rein rechnerisch schon nach neun Jahren 60 Prozent mehr für seine Mietwohnungen. Nach 15 Jahren hat sich die Miethöhe, voll im Rahmen des Gesetzlichen, verdoppelt, also 100 Prozent mehr als im ersten Jahr.

Damit sind jedoch die Möglichkeiten der Rendite-Erhöhung keineswegs erschöpft. Das Mittel dafür heißt Modernisierung. Entsprechende Maßnahmen werden als

Wohltat für Mieter bezeichnet.

Klar, wer freut sich nicht über verbesserte Wohnverhältnisse mit modernen Schall- und Wärmeisolierungen der Wände und Fenster, über geflieste Küchen und Bäder, über warmes Wasser, moderne Heizungen usw. Aber das alles hat einen Haken: Der Mieter muß die gesamte Modernisierung für den Eigentümer bezahlen, der nichts weiter zu tun hat, als die Baufirmen zu beauftragen und die Kosten vorzuschießen. Durch die Veränderungen erhöht sich der Wert seiner Immobilie beträchtlich, ohne daß ihn das etwas kostet. Er hat das gesetzlich garantierte Recht (§ 559 Abs. 1 BGB), seine vorgeschossenen Ausgaben jährlich mit einer Umlage von 11 Prozent der Kosten, vom Mieter zurückzuholen. Nach neun Jahren (9 x 11 Prozent = 99 Prozent) haben die Mieter dann die Wertsteigerung der Immobilie, die ihnen gar nicht gehört, bezahlt. Aber dann ist nicht etwa Schluß mit dem Bezahlen: Von da ab bleibt die Miете auf dem erhöhten Niveau, um in den erwähnten 20-Prozent-Schritten alle drei Jahre weiter zu steigen, wenn das die ortsübliche Miете zuläßt.

Diese Mietpolitik hat dazu geführt, daß es in der BRD rund 410 000 Wohnungslose (Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe für 2003) gibt, von denen etwa 50000 völlig obdachlos sind. Keine staatliche Statistik erfaßt sie. Die Wohnungslosigkeit betrifft nicht nur Erwachsene.

Der Kinderanteil liegt bei 72000 oder 22 Prozent. Wohnungs- und Obdachlose sind nicht Opfer von korrigierbaren Fehlentwicklungen der kapitalistischen Gesellschaft, sie sind unvermeidliches Resultat der dazu gehörenden Wohnungspolitik.

**Hans Rehfeldt**

## Ostalgie-Boom im Möbelhaus

VON KATRIN SCHOELKOPF

Für Möbel Höfner ist es ein Bombengeschäft: 20 000 Tassen hat das Unternehmen in seinen bundesweit neun Filialen in die Regale gestellt und sie gehen weg wie warme Semmeln, sagt Geschäftsführer Andreas Müller. Bei den Kunden sind die Ein-Euro-Kaffeeportionen ein Renner, weil sie so schön (n)ostalgisch verziert sind: mit dem DDR-Staatswappen, mit einem niedlichen Trabi und dem sozialistischen Händedruck, der für die Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1946 steht.

Was für Höfner-Geschäftsführer Müller lediglich eine Frage von Angebot und Nachfrage jenseits jeglichen politischen Bekenntnisses ist, stößt andersorts auf Abscheu. Spaß finden die Opfer

von Stalinismus und Stasi diese Höfner-Angebote nicht. Eher geschmacklos und ehrverletzend.

Der Direktor der Stasi-Gedenkstätte in Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, hat sich in einem offenen Brief gegen die Verharmlosung der SED-Diktatur gewandt. Dass künftig auf Tausenden von Küchentischen Tassen mit der DDR-Symbolik stehen, sei ein Schlag ins Gesicht der Opfer, für die die Symbole mit der Erinnerung an eine Diktatur und für man-

chen für die Zeit ungerechtfertigter Haft seien. Knabe: „Niemand käme auf die Idee, in dieser Weise mit den Symbolen des Nationalsozialismus umzugehen.“ Von einem Möbelhaus, das jahrzehntelang im Schatten von Mauer und Stacheldraht operieren musste, sollte man mehr Sensibilität erwarten, heißt es in einem Brief Knabes an die Geschäftsführer. Gegenhalten müsse man.



Das genau wird der Bund Stalinistisch Verfolgter morgen tun und öffentlich gegen Höfners Tassenverkauf protestieren. Mitglieder des Bundes haben angekündigt, ihre Möbelbestellungen bei Höfner zu stornieren, es sei denn, das Haus würde sich zu einer medienwirksamen Tassenzertrümmerungsaktion entschließen.

Höfner-Geschäftsführer Müller allerdings will die Tassen bis aufs letzte Stück verkaufen. Dann aber sei Schluss. Bei allem Respekt vor den Opfern, der Nazivergleich sei völlig überzogen, sagt Müller. Letztlich müsse jeder selbst entscheiden, woraus er Kaffee trinke. „Wir haben die Ware nur eingekauft, weil sie auf dem Markt war. Und das Angebot wird ganz doll nachgefragt.“ Wenn Gefühle einzelner Bürger berührt worden sein sollten, würde er das sehr bedauern

miete) alle drei Jahre um nicht mehr als 20 Prozent erhöht werden darf. Das hört sich gut an. Der Mieter ist vor zu kräftigen Mieterhöhungen geschützt. Aber dieser Paragraph bedeutet zugleich, daß die Miете alle drei Jahre auf das Ortsübliche erhöht werden darf, und das ohne jede Gegenleistung. Welcher Vermieter läßt sich diese gesetzlich sanktionierte, sichere Er-

## Im Wechsel der Zeiten

Vor kurzem erschien im GNN-Verlag das Buch von Heinz Schwarz: „Prägungen aus acht Jahrzehnten – Bitterfelder Weg eines Generaldirektors“. Der Autor entstammt einem sozialdemokratischen Elternhaus. Als Kind lernte er am eigenen Leib den Unterschied zwischen Arm und Reich kennen. Nach erfolgreichen Lehr- und Angestelltenjahren in einem mittelständischen Chemiebetrieb wurde er 1941 zur Wehrmacht eingezogen. Er geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Die Jahre bis 1949, die er in einem Steinkohlenbergwerk im Donbass zubrachte, waren eine Zeit, die sein Leben entscheidend beeinflusste. Vor seiner Entlassung besuchte er einen Lehrgang der zentralen Antifa-Schule. 1949 kam er in die DDR. Sein Entschluß, in diesem Teil Deutschlands zu bleiben, stand fest. Sein politischer Standpunkt war aber noch ungenügend gefestigt. Das änderte sich durch viele persönliche Gespräche mit Bernhard Koenen und dessen Familie. Es entstand eine tiefe Freundschaft, die das ganze Leben andauerte. Später wurde dieser fruchtbringende Kontakt auch durch Unterhaltungen und Diskussionen mit Walter Ulbricht ergänzt. Bis 1957 war Heinz Schwarz als Parteisekretär in Bitterfeld und Leuna tätig. Nach einem Studium wurde er 1960 zum Leiter des Bezirkswirtschaftsrates Halle berufen. Schon in den 50er Jahren lernte er Horst Sindermann kennen. Er war von dessen Wissen, seinen rhetorischen Fähigkeiten, seiner Überzeugungskraft und seiner Ehrlichkeit fasziniert. Die Zusammenarbeit mit ihm gehörte zu den schönsten Jahren im Leben von Heinz Schwarz. Die Zeit bis 1971 war durch mannigfache Entbehnungen gekennzeichnet. Der Aufbau der durch den Krieg zerstörten Industrie mußte aus eigener Kraft bewältigt werden. Es galt, die zerstörten Städte notdürftig wieder herzurichten. Hinzu kamen die Reparationen an die

Sowjetunion, die für ganz Deutschland zu leisten waren, während der Marshallplan Milliarden in den Westen Deutschlands hineinpumpte. Aber trotzdem ging es vorwärts. Ganze Industriezweige wurden neu geschaffen. Aus dem ostdeutschen industriellen Embryo entwickelte sich eine homogene leistungsfähige sozialistische Großindustrie. Sie bildete die Grundlage für den Aufstieg der DDR-Gesellschaft. Der VIII. Parteitag der SED 1971 war ein Einschnitt. Walter Ulbricht wurde abgelöst, an seine Stelle trat Erich Honecker. Günter Mittag wurde Verantwortlicher für Wirtschaftspolitik im Politbüro. Die von Erich Honecker verkündete These der Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik klang gut. Ihre Verwirklichung wäre segensreich gewesen, wenn das Primat der Wirtschaftspolitik eingehalten worden wäre. Denn nur deren Erfolg führte zum finanziellen Reichtum, der es möglich machte, Sozialmaßnahmen zu finanzieren. Die Sozialpolitik wurde jedoch „angekurbelt“, ohne die Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Es gab eine Reihe kluger Genossen, die warnend den Finger hoben. Sie wurden ausgeschaltet oder in Funktionen versetzt, in denen sie de facto weniger Macht besaßen. Horst Sindermann wurde z. B. als 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Halle abberufen und nach einem kurzen Zwischenspiel als Regierungschef Präsident der Volkskammer. Das war ein Titel ohne die Möglichkeit, wirklich in das Geschehen einzugreifen. Heinz Schwarz entband man 1971 von allen höheren Parteifunktionen. Er wurde nicht mehr als Kandidat ins ZK und auch nicht mehr in die SED-Bezirksleitung Halle gewählt. Dennoch bestätigte man ihn als Generaldirektor des Chemiekombinats Bitterfeld. Dieses war total veraltet und international nicht wettbewerbsfähig. Daß dennoch mit Gewinn produziert wurde, ist der aufopferungsvollen Arbeit der gesamten Belegschaft zu verdanken. 6000

in Bitterfeld in der Produktion tätigen Arbeitern und in der Forschung wirkenden Menschen standen Tausende Arbeitskräfte im Reparaturdienst gegenüber. Daß Heinz Schwarz unter diesen Bedingungen Probleme hatte, war klar. 1983 wurde er von dem für seine Willkür und seinen Kommandostil bekannten Dr. Günter Mittag als Generaldirektor des CKB entlassen. Er wechselte als Direktor zu INTERCHIM über. Hier mußte er feststellen, daß die oft beschworene „Einheit des sozialistischen Lagers“ zumindest in der chemischen Industrie nur auf dem Papier stand. Die katastrophalen Folgen für die DDR und das sozialistische System unter Führung der Sowjetunion zeichneten sich bereits ab. Nicht voraussehen war allerdings die „Kopf- und Sprachlosigkeit“ des Politbüros und seines „amtierenden Leiters“ Günter Mittag im Sommer und Herbst 1989, die dem Ende der DDR und ihrer bedingungslosen Einverleibung in die BRD vorausging. Unmittelbar nach der „Wende“ war Heinz Schwarz Mitarbeiter der Halleschen Niederlassung der Treuhandanstalt. Anfangs handelte es sich noch um Verwertung von DDR-Vermögen, dann um Auslieferung und Verschleuderung. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das imperialistische Deutschland wieder eine „Kolonie“ bekommen hatte, zu sehr günstigen Konditionen, denn es bestanden keine Sprach- und keine Transportprobleme. Interessant ist in dem Buch der Abschnitt: „Immer wieder Stasi“. Der Autor schildert aus der Sicht des Generaldirektors von Bitterfeld objektiv das Wirken der Kreisdienststelle des MfS. Bedeutungsvoll deswegen, weil in der Bundesrepublik fast 14 Jahre nach der Annexion der DDR noch immer das Stasi-Syndrom herumspukt. In einem Gespräch mit Heinz Schwarz äußerte ein ehemaliger Hoheitsträger der BRD folgendes:

„Für den Westen ist das Thema Stasi deshalb von fundamentaler Bedeutung, weil man mit keinem anderen euch und euren Sozialismusversuch so unentschuldig verurteilen kann. Mit der ‚Aufarbeitung‘ unter euch halten wir euch fest und zwingen euch zum Zwist untereinander. Ihr stört uns sonst bei der Aneignung und Aufteilung des DDR-Vermögens. Was wir euch nicht verzeihen, ist, daß die Staatssicherheit einer der erfolgreichsten Geheimdienste der Welt war. Und wir waren ständig in peinliche Erfolglosigkeit gestürzt.“

Dem ist wohl nichts hinzuzufügen! Das spannend geschriebene Buch geht weit über den Rahmen einer Autobiographie hinaus. Die Lektüre ist hochinteressant. Allerdings enthält sich der Verfasser der Frage: Wie könnte es weitergehen? Er verliert sich nicht in Spekulationen. Aber der aufmerksame Leser wird zum Nachdenken angeregt. **Prof. Dr. Alfred Barth**

### Am 21. Mai um 18.00 Uhr

spricht der Verfassungsrechtler  
**Prof. Dr. Detlef Joseph**, Berlin,  
auf einer Veranstaltung der

### „RotFuchs“-Regionalgruppe Neubrandenburg

in der 7. Etage des Hauses  
der Kultur und Bildung  
über das Thema

## „Probleme einer Europa-Verfassung“

Gäste sind herzlich willkommen.

## „RotFuchs“ jetzt auch in Rostock präsent

Auch in der alten Hansestadt Rostock beginnt der „RotFuchs“ jetzt kräftig Wurzeln zu schlagen. Am 17. März 2004 fand dort eine Leserkonferenz der Zeitung statt. Der große Raum der Tanzgaststätte „Am Scharren“ war brechend voll. Weit über 100 Interessenten aus Rostock, Güstrow, Bad Doberan und anderen Orten des mecklenburgischen Nordens hatten sich eingefunden. Unter den Anwesenden sah man den früheren Oberbürgermeister Rostocks, Dr. Henning Schleif, sowie weitere namhafte Persönlichkeiten. Als Gäste aus Berlin nahmen Dr. Klaus Steiniger und Armin Neumann teil. Zu Beginn boten Berufs- und Laienkünstler – eine Sängerin und eine Rezitatorin – ein hervorragend gestaltetes literarisch-musikalisches Programm.

Nach einleitenden Worten des langjährigen RF-Lesers Werner Beetz umriß Klaus Steiniger Entwicklung, Charakter und Zielsetzung des RF. Er wies besonders auf den politischen Bildungsauftrag von Zeitung und Verein hin. Die nicht parteigebundene kommunistisch-sozialistische Publikation wolle Unverzichtbares wachhalten. Der RF-Chefredakteur sprach auch zu einer Reihe aktueller Fragen. Eindringlich stellte er das Wachstum der großen „RotFuchs“-Familie dar. Monat für Monat komme eine neue Regionalgruppe hinzu. Nun sei Rostock an der Reihe.

In der sich anschließenden Diskussion sprachen neun Genossinnen und Genossen. Von ihnen aufgeworfene Themen waren u.a. die diesjährigen Wahlen, die Zersplitterung

linker Kräfte und die Bewahrung alles Positiven aus der DDR. Unter den Rednern befanden sich Parteilose sowie Mitglieder von PDS, DKP und KPD.

Nach Schlußbemerkungen Klaus Steinigers wurde die Konstituierung einer Regionalgruppe bekanntgegeben. Während ein Teil der Leser bereits vorher dem Förderverein angehörte, traten diesem spontan weitere sieben anwesende RF-Sympathisanten bei. Mehrere Genossen nahmen ausgelegte Aufnahmeanträge mit. Dem kommissarischen Vorstand der Regionalgruppe gehören Werner Beetz, Harry Machals und Manfred Manteuffel an. Eine reguläre Wahl soll auf der ersten Mitgliederversammlung des Vereins erfolgen.

**H. M.**

## Issa ejal wie ick schreim tu

Da hat es nun also jemand gewagt, das – selbsternannte! – Volk der Dichter und Denker seines ganzen desaströsen Bildungsstandes zu überführen. Die Nation ist in hellem Aufruhr: Platz 25 der Bildungscharts! Dabei ist man doch so gut! Man läßt keine unpassende Gelegenheit aus, sich und die Welt davon in Kenntnis zu setzen: die einen in Quiz-Shows, die anderen als Politiker und Strauchdiebe. Die Klippschule feiert fröhliche Auferstehung, und ihre Auswürfe krähen nach „Elite-Universitäten“. Sie werden nimmer müde, die frohe Botschaft zu versprühen, in drei Jahren werde das deutsche Bildungssystem Weltspitze sein. Am deutschen Wesen soll die Welt genesen! Hurra! Hurra! Hurra! Das ist nicht etwa die Aussicht auf Behebung eines akuten Bildungsnotstandes, sondern seine unmittelbare Manifestation ... als eine offensichtlich unheilbare, vor allem aber deutsche Krankheit. Marx und Engels nannten sie in der Milde des erhabenen Diagnostikers die nationale Scheiße.

Natürlich haben sie es nicht bei der Diagnose belassen; sie haben analysiert. Heute dagegen macht man eine denkwürdige Beobachtung. Keiner der Ankläger stellt den akuten Bildungsnotstand in einen historischen Kontext. Ist er wirklich nichts anderes als eine Unterlassungssünde, oder ist er gar vom Himmel gefallen, durch feindliche Außerirdische aus einer fremden Galaxis über uns gebracht? Marx hat den denkwürdigen Satz hinterlassen: „Aber sobald die Eigentumsfrage ins Spiel kommt, wird es heilige Pflicht, den Standpunkt der Kinderfibel als den allen Altersklassen und Entwicklungsstufen allein gerechten festzuhalten.“ Wann und wo geht es im Kapitalismus einmal nicht ums Eigentum? Die Ankläger sind über jeden Verdacht erhaben. Darum stellt sich auch niemand vor den Spiegel, um sich zu fragen, ob und inwiefern er selbst an dieser Katastrophe beteiligt ist. Denn noch niemand von ihnen hat zu erkennen gegeben, die Kausalität zwischen jenem geistigen Notzuchtverbrechen, das unverschämterweise als „Rechtschreib-Reform“ deklariert wird,

und dem Resultat der PISA-Studie auch nur bemerkt, geschweige denn, begriffen zu haben. Und hier schließt sich der Kreis. Der Ankläger erhebt mit flammender Polemik die Forderung nach einer „Bildungs-Reform“ ... als Advokat der Klippschule. Die Rede auf die Sprache zu bringen, ist nicht ohne Risiko – im Gegenteil, denn man setzt sich immer der Gefahr aus, mit der Bemerkung abserviert zu werden, die nur dem Munde eines deutschen Genies entquellen kann: Issa ejal wie ick schreim tu!

Die Redaktion weigert sich leider mit konstanter Bosheit, mir wenigstens die verbleibenden Ausgaben des laufenden Jahres komplett zu überlassen, um alle Perlen des grandiosen „Reform-Werkes“ Revue passieren zu lassen, zu dessen Verrichtung es im übrigen keinen anderen zwingenden Grund gab als den von Marx formulierten. Darum wenigstens in aller Kürze ein paar Schlaglichter: Zwischen einer „alleinstehenden“ und einer „allein stehenden“ Person liegen Welten. Das erste bezeichnet einen Status im Sinne einer Eigenschaft (Adjektiv), das andere ein Ereignis im Sinne einer Tätigkeit (Verb). Aber: Issa ejal, wie ick schreim tu! Noch größer ist der Unterschied zwischen „atemberaubend“ und „Atemberaubend“, denn das erste bezeichnet einen Erregungszustand, das zweite eine Strangulation oder ähnliches. Wenn schließlich jemand nicht mehr „totgeglaubt“, sondern „tot geglaubt“ ist, überschreiten wir die Grenze zum Okkultismus und zum Reich der Zombies. Und endlich wird heutzutage alles „mithilfe“ gemacht. Der Erfolg ist allerdings nur der schlagende Beweis einer so weit fortgeschrittenen geistigen Verwesung, daß man schon nicht einmal mehr zwischen „Mithilfe“ und „mit Hilfe“ unterscheiden kann.

Zu den bedeutendsten Leistungen bürgerlicher Kultur gehört ohne Frage die Schaffung einer Nationalsprache. Daß die bürgerliche Klasse mit ihrer Kultur und Geschichte nichts anzufangen weiß, hat schon Lessing in Hamburg zu beklagen gehabt. Eine Nationalsprache zeichnet sich u. a. durch ein

möglichst einfaches und allgemeinverbindliches Regelwerk aus. Eine dieser Regeln besagt, daß „st“ – außer in Zusammensetzungen: etwa in Aus-tausch – nicht getrennt werden darf, weil ein zusammenhängender Laut. Und die wohl einfachste, weil ausnahmslos geltende Regel ist die ß-Regel: Vor einem Konsonanten und am Ende eines Wortes niemals „ss“, sondern immer „ß“. Schon Marx hat diese Regel konsequent angewendet, weshalb es bei ihm auch immer das „vorgeschoßne“ und nicht das „vorgeschoßne“ Kapital heißt – die modernere Form „vorgeschossene“ war zu seiner Zeit wohl noch nicht in Gebrauch. Und er ist nicht der einzige gewesen, der sich daran gehalten hat. Meine Bibel von 1904 – eines der bestredigierten Bücher überhaupt – tut es auch. Wer es für opportun hält, „st“ zu trennen, „daß“, „mußt“, „Schluß“ etc. mit „ss“ zu schreiben – und das ist längst nicht der ganze „Reform“-Schwachsinn –, hat die Zweifel an seiner geistigen Verfassung selbst zu verantworten. Aber: Issa ejal wie ick schreim tu!

**Rolf Bullerjahn**

## Das Beefsteak

Englisch und Neudeutsch liegen dicht beieinander. Wer heutzutage etwas auf sich hält, spricht Überseeisch. Auf dem Ku'damm – der größten Avenue in der Berliner City – kehrte ich in einen Pub ein und bestellte mir einen Drink zum Dinner. Der Drink wurde mir sofort serviert, aber auf das Dinner wartete und wartete ich. Das war höchst uncool. Schließlich rief ich nach Gentleman-Art den Ober an den Tisch und fragte ihn in bestem Englisch: „Waiter, may I become a Beefsteak?“ Daraufhin antwortete er mir höflich: „Never, I hope so, Sir!“ Ich weiß bis jetzt nicht, was ich falsch gemacht habe. Die Redaktion hat den Fehler herausgefunden. Der Gast glaubte, mit dem ans Deutsche angelehnten „become“ das Wort „bekommen“ auszudrücken. Tatsächlich aber bedeutet „become“ „werden“. So lautet die exakte Übersetzung der Frage: „Kann ich ein Beefsteak werden, Herr Ober?“, worauf der Kellner korrekt zur Antwort gab: „Ich hoffe niemals, mein Herr!“

**Eingesandt von T. I.**

## Priesterliche Segnungen

Bischof Dr. Huber ist offensichtlich ein Mann für alle Fälle, der aus Christenliebe und Barmherzigkeit auch die „Hoffnung für Osteuropa“ in sein Gebet mit einschließt. „Hoffnung für Osteuropa“, so ließ er sich im RBB am 28. Februar vernehmen, „das ist doch ein starkes Motto im Jahr 2004, in dem die Osterweiterung der Europäischen Union Wirklichkeit wird“. Noch vor dem 1. Mai setzte die Evangelische Kirche Deutschlands, der Huber vorsteht, ein deutliches Zeichen im Sinne der werdenden Wirklichkeit: Seit dem 9. Januar erlaubt ein Beschluß der EKD dem Geistlichen das Tragen des Titels: Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz.

Erst 1968 drängte die Regierung der DDR angesichts der geographischen Festlegungen im Potsdamer Abkommen auf eine Namensänderung. Die Bezeichnung „Evangelische Kirche von Schlesien“ korrigierten die Kirchenoberen daraufhin in „Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebiets“.

Nun kommt der Betrachter nicht umhin, hinter der „Rückbesinnung“ auf die schlesische Oberlausitz, dazu gehören die in Polen liegenden Gebietsanteile der einstigen Kreise Görlitz, Rothenburg, Hoyerswerda und der gesamte Kreis Lauban, nicht nur den seelsorgerischen Gebietsanspruch zu vermuten. Und wieder sind die Schäfflein aufgerufen, zu spenden. Wofür? Der Bischof begründet: „Trotz aller Bemühungen und Fortschritte sind in vielen Bereichen Osteuropas Armut, soziale Ausgrenzung, Ausbeutung und Unsicherheit das Schicksal unzähliger Menschen geblieben.“

Angesicht solcher „Argumente“ kann angenommen werden, daß dem Kriegskind Wolfgang Huber Rückblicke versagt wurden. Joseph Goebbels erklärte am 4. Februar 1937 in der überfüllten Hansseatsen-Halle: „Wie wir durch unseren unentwegten Ruf ‚Deutschland erwache!‘ das deutsche Volk vom Abgrund zurückgerufen haben, so werden wir durch unseren Ruf ‚Europa erwache!‘ den Völkern Europas die Augen öffnen. Deutschland hat damit eine wahrhaft europäische Mission zu erfüllen; es ist auf dem Wege, Bannerträger eines neu erwachenden Europas zu werden.“ (Greifswalder Zeitung, 6./7. Februar 1937)

Wenig später, einen Tag vor dem Überfall auf die Sowjetunion – Hitlers Osterweiterung – äußerte Alfred Rosenberg am 21. Juni 1941 detailgenauer:

„Die Aufgabe unserer Politik scheint mir deshalb in der Richtung zu liegen, die Freiheitsbestrebungen aller dieser Völker in einer klugen und zielsicheren Form wieder aufzugreifen und sie in ganz bestimmte staatliche Form zu bringen, d. h. aus dem Riesenterritorium der Sowjetunion Staatsgebilde organisch herauszu-

schneiden und gegen Moskau aufzubauen, um das Deutsche Reich für kommende Jahrhunderte von dem östlichen Alpdruck zu befreien. Selbst, wenn man die Russen abtrennt von jenen Räumen, die ihnen nicht gehören, verbleibt ihnen noch ein größerer Raum, als ihn je ein anderes Volk besessen hat.“

Wie viele Seelsorger betreuten die Wehrmacht auf ihren Raubzügen, Herr Bischof? Sind die „Verbrechen im Namen Christi“ vergessen, die Gert von Paczensky im gleichnamigen Buch auflistet? Die protestantische Rheinische Mission jubilierte nach der Inbesitznahme einer anderen Kolonie:

„Es freut uns von ganzem Herzen, daß das wieder geeinte und erstarkte Deutschland nun auch angefangen hat, seiner hervorragenden Machtstellung in Europa entsprechend, auch Anteil zu nehmen an der großen Weltherrschaft Europas; und daß nun gerade unsere südafrikanischen Missionsgebiete es gewesen sind, die zuallererst unter den Schutz und die Oberhoheit des Reiches gestellt worden sind, das erfüllt uns mit ganz besonderer Freude. Aber solches ist nur darum möglich, weil wir guten Grund haben, von dieser Besitzergreifung auch für unsere dortige Missionsarbeit segensreiche Folgen zu erwarten, ja mehr noch, vielleicht in ihr eine Erhöhung unserer Gebete erblicken.“ (Gert von Paczensky: Verbrechen im Namen Christi. Albrecht Knaus Verlag, München 1991)

Des Bischofs Spendenmotto lautet diesjährig passend: „Horizonte erweitern – Europa gestalten“, und er hausiert im Internet u. a. mit der Behauptung: „Menschen mit Behinderungen wurden in kommunistischen Zeiten ausgegrenzt, weggesperrt.“

Wie formulierte es Joseph Goebbels in einer Rede am 19. Juli 1942: „Die Völkerschaften der Sowjetunion leben auf einem Niveau, das wir uns in seiner stupiden Primitivität kaum vorstellen können.“ Vielleicht sollte Herr Dr. Huber doch mal gründlicher zurückblicken, um nicht den Verdacht des vorsätzlich böswilligen Antikommunismus auf sich zu ziehen.

Von der UNO wurde das Jahr 1979 als „Internationales Jahr des Kindes“ ausgerufen. Dazu veröffentlichte der UNO-Kinderhilfsfonds folgende Zahlen: Hunderte Millionen Kinder in den nichtsozialistischen Staaten der Welt leben in äußerst ärmlichen Verhältnissen. Fast eine Viertelmillion hungert und leidet an den Folgen chronischer Unterernährung. 300 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter besuchen keine Schule.

Im September 1979 fand in Moskau eine Weltkonferenz über Probleme des Kindes statt. Und die Vertreter konnten sich dort überzeugen, daß die medizinische Betreuung für alle kostenlos war, die Zahl der Erkrankungen von Kindern an Infektionskrankheiten sowie die Kindersterblichkeit zurückgegangen ist.

Jean Ziegler nun gelangt nach dem Zerfall der Staatsordnungen im Osten Europas zur Feststellung: „Insbesondere in den Ländern Osteuropas und in den Trümmern der ehemaligen Sowjetunion ist der Hunger auf dem Vormarsch. Vor allem alte Menschen, die nicht mehr am aktiven Leben teilnehmen, alleinstehende Frauen und kleine Kinder sind von Ausgrenzung und extremer Armut betroffen. Und die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft sind diesem brutalen Kapitalismus, der zudem oft genug als Mafia daherkommt, schutzlos ausgeliefert.“ (Wie kommt der Hunger in die Welt? C. Bertelsmann Verlag, München, 1999)

Die deutsche Geschichte lehrt: Missionarisch ging es noch nie selbstlos um das Seelenheil der Bedürftigen außerhalb unseres Landes. Kirche im Dienst des Kapitals ist heute „gottbefohlener“ Gehilfe der Globalisierung. Und von der Kanzel predigen die Hubers Demut und Bescheidenheit: „Lieber Kind, bleibe gern im niedrigen Stande; das ist besser denn alles, danach die Welt trachtet.“ (Bibel: Das Buch Sirach, 3.19.) „Habt einerlei Sinn untereinander. Trachtet nicht nach hohen Dingen, sondern haltet euch herunter zu den Niedrigen.“ (Bibel: Römer 12.16.)

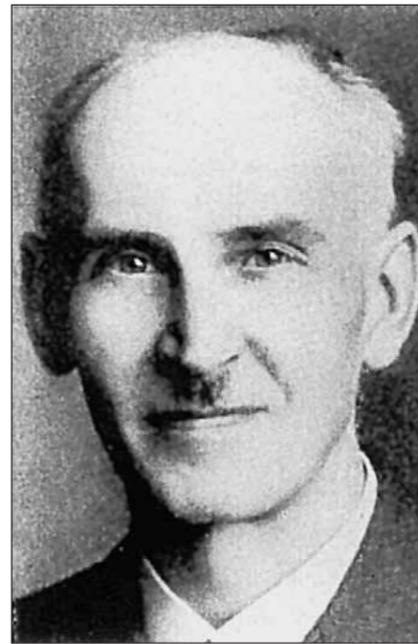
Hans Horn

Am 15. Mai 2004, um 10.00 Uhr, spricht **Prof. Dr. Ingo Wagner** (Leipzig) auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Chemnitz/Plauen/Zwickau** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität Zwickau, Hölderlinstraße

Thema:

Gibt sich eine linke Partei ohne marxistische Wertorientierung auf?

## Georg Schumann – einer der Helden des Widerstandes in Leipzig



In Dresden kommt man an Georg Schumann nicht vorbei. Im wörtlichen Sinn hat man lediglich die Wahl, ob man das in einem Abstand von 10 oder von 50 Metern tut. Sein Denkmal steht seit 1989 im ehemaligen Gefängnishof des Landgerichts bzw. der dazugehörigen Haftanstalt.

Von der George-Bähr-Straße kommend gelangt man so direkt in die 1959 eröffnete antifaschistische Gedenkstätte. Georg Schumann wurde am 11. Januar 1945 hier mit seinen engsten Kampfgefährten Otto Engert und Kurt Kresse sowie anderen Antifaschisten ermordet.

Bevor man den Gedenkhof betritt, befindet sich rechts in den Räumen des 1996 geschleiften Museums des antifaschistischen Widerstandes z. Z. eine Ausstellung Dresdner kommunistischer (!) Kunstmalers.

Bei der Ausstellung verzichtet man natürlich nicht auf die zeitgeistgemäße Einordnung. Dort heißt es u. a.: „Lediglich die Leipziger Gruppe um Georg Schumann, Karl (richtig Otto – d. V.) Engert und Kurt Kresse war wesentlich klassenkämpferischer und radikaler. Sie vollzog die Strategieänderung der KPD seit 1942 in Richtung auf eine allgemeine Friedensorientierung und die Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte nicht mit ...“ Begründet wird das mit den „Leitsätzen über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Naziherrschaft (Plattform)“, die 1943 nach der Stalingrader Schlacht „entworfen, intensiv diskutiert und modifiziert“ wurden.

Dabei gilt auch unter zeitgenössischen westlichen Historikern die Widerstandsgruppe um Georg Schumann, Otto Engert und Kurt Kresse als das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) in Leipzig. Längst bekannt ist auch die außerordentliche Breite ihrer Zusammensetzung. Hier seien nur die Sozialdemokraten Richard Lehmann, Albert Bergholz, Walter Kramer und Georg Book oder die Parteilosen Dr. Margarete Blank, Dr. Gietzelt, Dr. Hildgard Heinze, Dr. Wolfgang Heinze sowie die Kirchenvertreter Pfarrer Arkenau und Gunkel genannt.

Zu Georg Schumanns Biographie gehört, daß er zusammen mit Willi Langrock, William Zipperer und Walter Ulbricht zu den Begründern der KPD in Leipzig zählt. Ulbricht schrieb am 4. November 1966 in das Besucherbuch der Mahn- und Gedenkstätte an der TU Dresden: „... persönlich gedenke ich meines Freundes Georg Schumann. Schon vor dem 1. Weltkrieg gehörten wir der Liebknechttrichtung an, kämpften gemeinsam gegen den deutschen Mili-

tarismus. Georg Schumann war einer der besten Führer der marxistischen Arbeiterbewegung, der bis zum letzten Atemzug heroisch für Frieden, Humanismus und Sozialismus einstand.“ In meinem demnächst bei edition ost erscheinenden Buch „Was war und was ist ...“ über die Geschichte der Dresdner Gedenkstätte wird die Eintragung Walter Ulbrichts mit einem Foto dokumentiert. Georg Schumanns Lebensweg war der eines hochbegabten deutschen Arbeiters. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg übten großen Einfluß auf ihn aus. Mit Liebknecht stand er am 28. November 1886 in Reudnitz bei Leipzig Geborene seit 1910 in Verbindung, und Rosa Luxemburg veranlaßte seine journalistische Laufbahn, zuerst in der Redaktion der „Oberfränkischen Volkszeitung“ in Hof und dann in der „Leipziger Volkszeitung“. Er vertrat



die Leipziger Linke auf der Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ am 1. Januar 1916 in Berlin und gehörte zur Spartakusgruppe. Als „Die Rote Fahne“ im April/Mai 1918 zeitweilig in Leipzig erscheinen mußte, war er für deren Herausgabe verantwortlich. Georg Schumann gehörte dem Thälmannschen Zentralkomitee der KPD und deren Reichstagsfraktion an. Er war Teilnehmer der illegalen Tagung des ZK am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin.

Ende Juni 1933 fiel er in Breslau erstmalig der Gestapo in die Hände. Damit begann ein Leidensweg, der für ihn auch immer mit der Fortsetzung des Widerstandes verbunden war. Nach Alfred Redlich (SPD) blieb Georg Schumann „auch im KZ immer eine Persönlichkeit“.

Als er im Mai 1939 nach der Odyssee durch das Zuchthaus Waldheim und die Konzentrationslager Sachsenburg und Sachsenhausen in die faschistische Freiheit nach Leipzig entlassen wurde, reihte er sich unter Beachtung der Regeln der Konspiration und trotz Polizeiüberwachung und Gestapoaufsicht in die Front des Widerstandes ein. Bald war er, ohne daß eine Wahl erfolgen mußte, der Kopf der dortigen Widerstandsbewegung.

Im Juli 1944 wurden viele Mitglieder des „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in Leipzig verhaftet. Dabei spielten Denunzianten eine Rolle. Im Gestapokeller in der Auenstraße 14 (29) wurden Georg Schumann und seine Kampfgefährten verhört und grausam gefoltert. Am 21. November 1944 verurteilte der „Volksgerichtshof“ ihn, Otto Engert und Kurt Kresse in Dresden zum Tode. Am 11. Januar 1945 erfolgte die Hinrichtung. Die letzten Worte Georg Schumanns nach dem Plädoyer des Staatsanwaltes sind Credo seines Lebens und Handelns sowie sein Vermächtnis: „Ich bin in einem sozialistischen Elternhaus geboren, habe als Sozialist gelebt und gekämpft und werde verurteilt, weil ich gegen den Krieg, für

die Freiheit meines Volkes stritt. Meine Genossen und ich sitzen heute auf der Anklagebank, und Sie sprechen das Todesurteil. Die Zeit ist nicht mehr fern, da Sie auf der Anklagebank sitzen und um ihr Leben jammern.“

Als die Leipziger nach Dresden zum Prozeß gebracht wurden, fragte Otto Engert, ob die noch in Freiheit befindlichen Mitkämpfer gewarnt seien. Die nach ihm Verhafteten bestätigten das. So konnten sich die in Freiheit Verbliebenen reorganisieren und den Kampf fortführen.

Dr. Gerhard Lehmann

## Schröders und Fischers Nahostpolitik: heuchlerisch, einseitig, inkonsequent

Die deutsche Nahostpolitik wird von ihren Machern gern als besonders friedfertig und ausgewogen dargestellt. Doch hinter dieser Fassade verfolgt sie eigensüchtige, zumeist auch amerikanische Interessen – und verschleiert ihre Beteiligung an Kriegen.

Im Fall Irak erscheint Deutschland so friedvoll, wie es nach außen wirken möchte. Zwar hat sich die Bundesregierung gegen einen Krieg am Golf ausgesprochen und damit sogar Sympathien in der internationalen Friedensbewegung erworben. Aber dem Nein zum Waffenangriff folgten keine Taten. Im Gegenteil: Joschka Fischer verkündete schon im Dezember 2002, ein Angriff auf Bagdad sei auf der Grundlage der UN-Resolution 1441 zulässig. Ein Großteil der kriegsrelevanten Transporte lief über Häfen und Flugplätze in Deutschland. Frankfurt Airbase, Ramstein und Spangdahlem waren zentrale Umschlagplätze der amerikanisch-britischen Logistik. Von Frankfurt am Main gingen zeitweise bis zu sechzig Verbindungen am Tag nach Qatar. Den Vereinigten Staaten und Großbritannien wurden die Überflugrechte und die Nutzung von Militärbasen in Deutschland nicht verweigert. Aus Geilenkirchen starteten fast täglich AWACS-Aufklärungsflugzeuge, um die Luftoperationen über dem Kampfgebiet zu steuern. 2700 Bundeswehrsoldaten bewachten amerikanische Kasernen und ersetzten damit an den Golf abkommandierte US-Soldaten. Erneut (s. Balkan 1999) beteiligte sich Deutschland an einem völkerrechtswidrigen Aggressionskrieg, diesmal lediglich ohne eigenen Truppeneinsatz.

## Scharons Killer

Wie die britische Tageszeitung „The Guardian“ berichtete, bilden Instrukteure aus den Sondermordkommandos der israelischen Armee USA-Spezialisten in Irak in ihrer „bewährten“ Taktik der gezielten „Liquidierung“ von angeblichen oder tatsächlichen Führungskadern und Aktivisten des palästinensischen Widerstandes aus. Die Vereinten Nationen und deren Sicherheitsrat haben diese Methode der „selektiven Tötung“ durch Sondereinheiten oder der Bombardierung aus der Luft als Völkerrechtsverbrechen verurteilt. Es muß hier daran erinnert werden, daß solche Praktiken schon während der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts von der vorstaatlichen paramilitärischen Miliz des zionistischen Establishments in Palästina, der Haganah, und ihres Stoßtrupps Palmach zur Realisierung des damaligen Raubs palästinensischer Ländereien und deren Besiedlung mit jüdischen Einwanderern angewandt wurden. Der ursprüngliche Konstrukteur dieser als „Night Squads“ bezeichneten Einheiten war der im Kolonialkrieg in Indien und Hinterindien „kampferprobte“ britische Oberst Orde Wingate.

Wie heuchlerisch die Nahostpolitik Schröders und Fischers ist, macht das Verhältnis zum palästinensischen Volk sichtbar: Vor fast 30 Jahren, am 14. Oktober 1974, wurde die PLO von der UNO-Vollversammlung als dessen alleinige Vertreterin anerkannt (Resolution 3210), das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit wurde betont (Res. 3236). Die Bundesrepublik Deutschland unterhält bis heute keine vollen diplomatischen Beziehungen zu Palästina. Die DDR hatte sie schon 1979 aufgenommen und einen Botschafter in ihrer Hauptstadt akkreditiert. Diesen Status verlor die PLO-Botschaft jedoch mit dem Anschluß der DDR an die BRD am 3. Oktober 1990. Die palästinensische Generaldelegation in Berlin hat bis heute nur eingeschränkte Rechte. Das seit einigen Jahren am Sitz der Palästinensischen Autonomiebehörde stationierte BRD-Verbindungsbüro wirkt vornehmlich als Anlaufstelle für deutsche Unternehmen. Die abscheulichen Morde an den Hamas-Führern Scheich Jassin und Rantisi – die BRD-Medien nannten die Verbrechen im NS-Stil zynisch „Liquidierung“ – wurden von der Bundesregierung wohl kritisiert. Eine Verurteilung durch die UNO unterstützte sie aber nicht – wie immer bei israelischen Schandtaten. Bürgerliche Autoren bezeichnen die bundesdeutsche Nahostpolitik als „Gratwanderung“ zwischen den Interessen Israels und denen der Araber. Das trifft jedoch nicht zu: Sie ist deutlich einseitig parteiisch zugunsten Israels. Und von arabischer Seite wird sie als bedingungslos pro-israelisch empfunden.

Vor 50 Jahren war es die Special Unit 101 der israelischen Armee unter ihrem Kommandeur, dem seinerzeitigen Oberst Ariel Sharon, welche die Exekution Mißliebiger in arabischen Städten und Dörfern sowie in palästinensischen Flüchtlingslagern über die Grenzen Israels hinaus ausführte. Die Methode war schon damals, daß sich die Soldaten der Einheit als arabische Fellachen oder Fellachinnen verkleideten und erst nach Eindringen in das Zielgebiet ihre Schußwaffen zogen, um mit scharfer Munition den ihnen erteilten Auftrag zu erfüllen. Nach dem territorialen Eroberungskrieg im Juni 1967 brüsteten sich die Täter aus dem Kommando 101 in Büchern und Presereportagen mit ihren „Erfolgen“. Heute werden diese „Erfahrungen“ Israels zusätzlich zu den eigenen CIA-Mordtraditionen an die USA-Killer in Irak weitergegeben. Niemand sollte sich darüber wundern. Das deutsche Sprichwort „Gleich und gleich gesellt sich gern“ lautet auf englisch und amerikanisch: „Birds of same feathers find each other“ (Vögel mit gleichen Federn finden einander.)

**Hans Lebrecht, Kibbutz Beit-Oren, Israel**

Fischer selbst betont immer wieder, daß „im Mittelpunkt“ der deutschen Nahostpolitik die Sicherheitsinteressen Israels stehen – also die Interessen nur einer der beiden Seiten! Eine Gratwanderung ist es dennoch: zwischen der Unterwerfung unter USA-Interessen einerseits und eigenen, vor allem ökonomischen Interessen andererseits. Das wurde jüngst mit der neuen volltönend angekündigten „Nahost-Initiative“ deutlich, als Außenminister Fischer einen „gemeinsamen Mittelmeer-Prozess der NATO und der Europäischen Union“ anpries. An der von den Vereinigten Staaten verkündeten Initiative zur „Demokratisierung und Modernisierung des Nahen und Mittleren Ostens“ will er sich mit einem eigenständigen Ansatz beteiligen.

Die Regierungen Saudi-Arabiens und Ägyptens – zwei der wichtigsten Verbündeten des Westens in Nahost – haben in einer gemeinsamen Erklärung das Vorhaben der USA zurückgewiesen, den Nahen Osten mit sogenannten demokratischen Reformen zu beglücken. Sie betonten die Notwendigkeit der Beachtung der eigenen kulturellen Werte auf dem Weg von Reformen. Darüber hinaus forderten sie den baldigen Abzug der USA-Besatzungstruppen aus Irak und eine Lösung der Palästinafrage. Die BRD aber verfißt die amerikanische Linie. Sie propagiert die gescheiterte „Roadmap“, unterstützt angeblich die Genfer Friedensinitiative, steht jedoch zu Scharon, der die Auslöschung des palästinensischen Volkes, aber keinen Frieden will.

Insgesamt fehlt ein eigenes Profil bundesdeutscher Nahost-Politik. Sie bleibt ohne strategische Vision, ist zumeist fremd(USA-)bestimmt, und reagiert lediglich auf äußere Zwänge und Ereignisse. So kam selbst ein solches Sprachrohr der deutschen Großbourgeoisie wie die FAZ nicht umhin zu konstatieren: „Die immer wieder neuen Versuche des Außenministers, auch ohne amerikanischen Unterstützung Bewegung in den Nahost-Konflikt zu bringen, werden deshalb zu Recht vergessen.“ „... er (J. F.) hat für ein paar Wochen einen brüchigen Waffenstillstand zwischen Israel und Palästinensern zustande gebracht, substantiell ist davon nichts geworden.“ Immer wieder wird auch versucht, den Eindruck zu erwecken, daß bundesdeutsche Geheimdienste besonders segensreich im Nahen Osten wirken, so in der Frage des Gefangenenaustausches zwischen Israel und der Hisbollah. Was sind das aber für Geheimdienstterfolge, wenn es sich bei der Hisbollah längst um eine der stärksten – legalen! – parlamentarischen Kräfte in Libanon handelt. Wirkliche geheimdienstliche Kooperation gab es immer nur zwischen dem BND und dem Mossad, und das in der Tradition der zionistischen Geheimdienstoperationen mit Hitlers Gestapo und SD zwischen 1935 und 1943, die ein israelischer Historiker den „Pakt mit dem Teufel“ nannte. Soll das die rot-grüne Traditionslinie sein?

**Bernd Fischer**

## Weltweite Solidarität mit der irakischen Intifada

Große Teile des irakischen Volkes – Schiiten, Sunniten, Christen und Atheisten – haben sich zu einer nationalen Intifada gegen die kolonialistischen Aggressoren und Besatzer erhoben. Unter deren Füßen brennt der Boden des überfallenen Landes. Der Plan einer angeblichen „Machtübergabe“ an die aus den USA und Großbritannien mitgebrachten Marionetten sowie andere Kollaborateure ist offensichtlich durchkreuzt worden. Was die Okkupanten, die täglich neue Schläge hinnehmen müssen und sich mit brutalem Terror rächen, nicht zustande bringen, werden die vom Volk isolierten Typen aus dem Provisorischen Regierungsrat erst recht nicht erreichen. „Zivilverwalter“ Paul Bremer, der immer mehr an Reinhard Heydrich im Hradschin des von den Nazis besetzten Prag erinnert, ist auf der ganzen Linie gescheitert.

Nach den Worten von USA-Senator Edward Kennedy erleiden die Amerikaner in Irak ein arabisches Vietnam. Bush ist am Ende seines Lateins, obwohl er sich wie ein Sieger aufspielt. Ein großes und stolzes Volk schlägt die Koalition der imperialistischen Angreifer zurück. Ihm gehören die Sympathie und Bewunderung von Millionen Menschen in aller Welt. S. R.



„Eines Tages gehört dir alles!“

Aus: „Guardian Weekly“

## Frankreichs Debakel in Dien Bien Phu

Im März 1946 war die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) mit Ho-chi Minh an der Spitze gebildet worden. Er schloß in Paris mit Frankreich ein Abkommen, das Vietnam den Status eines freien unabhängigen Staates im Rahmen der französischen Union sichern sollte; 15 000 französische Soldaten sollten zunächst in Vietnam verbleiben. Die Franzosen haben dieses Abkommen gebrochen. Am 19. Dezember 1946 gingen ihre Interventionstruppen an der vietnamesischen Küste an Land und griffen Hanoi an. Die französische Regierung setzte erneut Kaiser Bao Dai als Staatsoberhaupt ein. Ho-chi Minh rief seine Landsleute auf: „Die Clique der französischen Kolonialisten verwirklicht ihren Plan, das Vaterland erneut zu unterjochen. Die Stunde ist ernst. Vor allem, vereinigt Euch! Keine Unterschiede der Ideologie, der Rasse oder der Religion dürfen uns jetzt trennen. Kämpft mit allen Mitteln, über die Ihr verfügt! Kämpft mit Euren Waffen, mit Euren Hacken, Euren Schippen, mit Stöcken! Rettet die Unabhängigkeit und die Einheit des Vaterlandes!“

Viele Vietnamesen gingen mit Ho-chi Minh erneut in die Berge, in den Dschungel, um zu kämpfen. Französische Truppen besetzten eine Provinz nach der anderen. Im Dschungel, in den Bergen des Nordens entstand eine ganze Verteidigungsindustrie der Volksarmee.

Die DRV, ihre Regierung, ihre Minister amtierten weiter. In jedes Dorf, das die Volksarmee befreite, zogen Lehrer ein, die manchmal auch Soldaten waren und die der Bevölkerung das Lesen und Schreiben beibrachten; in jedem befreiten Ort wurde eine demokratische Verwaltung gewählt, wurden Arbeit, Lebensmittel und Kleidung gerecht verteilt. Noch mitten im Krieg, als schon weite Teile des Landes durch die Volksarmee befreit waren, im Dezember 1953, erließ die Regierung der DRV ein Gesetz über die Bodenreform. Zu dieser Zeit, als Frankreich erkannte, daß es dieses Volk nicht niederzwingen kann, ersuchte es die USA um Hilfe und Unterstützung. Ein amerikanischer Senator erklärte damals: „Ich bin dagegen, amerikanische Soldaten in den Schlamm Vietnams zu schicken und dort zur Ader zu lassen, nur um den Kolonialismus zu verewigen.“ Der Name dieses US-Senators: Lyndon B. Johnson ... Sieben Jahre zog der Krieg seine blutige Bahn durch den Dschungel, über Reisfelder, Städte und Dörfer. Zwei Drittel des Landes waren schon frei von französischen Gouverneuren und Fremdenlegionären. Dann kam Dien Bien Phu. Im November 1953 bauten französische Fallschirmjägerseinheiten das Dorf zur Festung aus. Es sollte die letzte französische Bastion auf vietnamesischem Boden sein. Am 13. März 1954 eröffnete die viet-

namesische Volksarmee den Angriff auf Dien Bien Phu. In der Nacht zum 8. Mai 1954 fiel die Zitadelle, deren Name zum Symbol wurde: „Zum ersten Mal war eine weiße Armee von schlecht ausgerüsteten, farbigen Soldaten vernichtend geschlagen worden“, hieß es damals in der „Hannoverschen Presse“.

Als der französische General Castries die Festung als Besiegter verließ, setzten sich die Außenminister der USA, der Sowjetunion, Chinas, Frankreichs, Großbritanniens, Laos, Kambodschas und Vertreter Vietnams in Genf an den Verhandlungstisch. Am 20. Juli 1954 unterzeichneten der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Französischen Union in Indochina und der Oberbefehlshaber der Volksarmee Vietnams das Abkommen über die Beendigung der Feindseligkeiten. Die Befreiung vom französischen Kolonialismus hatten eine Million Vietnamesen mit ihrem Leben bezahlt. Durch bitteres Leid, Not und Qual war dieses Volk gegangen. Aber es hatte trotz des ungleichen Kräfteverhältnisses im Kampf den Sieg davongetragen. In diesem Krieg sammelte das vietnamesische Volk wichtige Erfahrungen in der Führung des speziellen Krieges, den es auf seinem Boden gegen ausländische Interventionen zu führen gezwungen war. Erfahrungen, die später dazu beitrugen, den Sieg auch über die USA-Interventionen zu erringen. R. F.

## Lepper im Kommen

Die neuesten Umfrageergebnisse verursachten in Polen einen Schock. Wieder hat sich ein politischer Erdbeben angekündigt. Die regierenden Linken (Demokratische Linksunion SLD) unter dem bisherigen Premier Leszek Miller und Präsident Aleksander Kwasniewski, die Gewinner der letzten Parlamentswahlen, sind auf ihren schlechtesten Stand seit der Konterrevolution von 1989 abgerutscht. Besonders interessant ist hierbei die Tatsache, daß die Polen, die zu über 70 Prozent dem EU-Beitritt zugestimmt haben, den besonders die SLD forciert hatte, schon Monate vor dem offiziellen Anschluß den reformistischen Linken die Rechnung präsentiert: Heute würde nur jeder zehnte Wähler für die SLD stimmen. Damit hätte diese „Linke“ das schlechteste Ergebnis seit der Wiedererrichtung des polnischen Staates 1918 überhaupt eingefahren. Das symbolisiert am polnischen Beispiel die politische Perspektivlosigkeit und den Bankrott der auf Wendehals-Positionen übergegangenen Nachfolger ehemals marxistisch-leninistischer Parteien Osteuropas.

Die neuen Reformisten Polens sind an dieser Entwicklung selbst schuld und haben dadurch, daß sie den Linksruck bei den letzten Wahlen nicht für eine sozialpolitische Veränderung nutzten, gegenüber den Werkträgern schwere Schuld auf sich geladen. Die SLD ist die erste reformistische Nachfolgepartei in Osteuropa, deren politische Konzeption so offensichtlich und kläglich gescheitert ist.

Polen hatte in besonderer Weise demonstriert, daß die Mehrzahl der Bevölkerung vom allgemeinen Niedergang des Landes und der Verarmung seiner meisten Bürger unter der restaurativen Regierung genug hatte. Hier wären zumindest bestimmte soziale Abfederungen angesagt gewesen. Die „Linken“ hatten ihren Wahlsieg durch das Versprechen errungen, dafür eintreten zu wollen. Daher besaß die Regierung aus Vertretern der beiden größten Nachfolgeparteien Volkspolens anfangs einen erheblichen Vertrauensbonus. Heute kämen beide Parteien gerade einmal auf 14 Prozent, wobei die Bauernpartei PSL – sie ist nach rechts abgedriftet – noch nicht einmal ins Parlament einzöge.

Wie war dieser Absturz möglich? Mit ihrem plötzlich kirchenfreundlichen Kurs verärgerte die SLD schon anfangs einen beträchtlichen Teil ihrer Stammwählerschaft. Das engere Bündnis mit den USA und die Teilnahme an der Irak-Aggression sorgten für zusätzliche Unzufriedenheit. (Heute sprechen sich 70 Prozent der Polen gegen eine Beteiligung an der Okkupation des arabischen Landes aus.) Die anti-soziale Politik der SLD/PSL-Regierung

verursachte Massenproteste, wie es sie sogar unter den „Solidarnosc“-Kabinetten nicht gegeben hatte. Die Arbeitslosigkeit wurde nicht abgebaut, sondern wuchs. Um der Empörung Herr zu werden, wurden die Menschen mit dem EU-Beitritt vertröstet, der für alles eine Besserung bringen sollte. Durch die von Brüssel geforderte angleichende Preispolitik bei gleichzeitig konstanten Löhnen kam es jedoch zu einer verstärkten Verarmung. Heute kann sich kein „gut“ verdienender Pole vorstellen, wie er von 200 Euro leben soll, wenn z. B. der Liter Benzin bald einen Euro oder mehr kosten wird. Die meisten Polen hingegen trauen sich, angesichts ihrer geringen Gehälter, diese Frage gar nicht zu stellen.

Sicher wird die polnische Linke sich irgendwann von dieser Katastrophe erholen. Doch das kann sich nur durch das Entstehen einer Partei mit Masseneinfluß vollziehen, die sich vom Reformismus verabschiedet und wieder zu marxistischen Positionen zurückfindet.

Die meisten Linkswähler haben sich inzwischen der Partei der „Selbstverteidigung“ (SO) unter Andrzej Lepper zugewandt. Sie erreicht jetzt bei Umfragen mindestens 24 Prozent und liefert sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der erst vor kurzem geschaffenen Staatsbürgerlichen Plattform (PO – 26 %), die sich immer mehr zu einer modernen großbürgerlichen Partei profiliert. Diese sagte der SO einen kompromißlosen Kampf an, denn die Lepper-Partei besitzt nicht nur den stärksten Zulauf, sondern auch die Chance, den größten Teil des polnischen Protestpotentials abzuschöpfen. Seit Jahren werden die SO und ihr populärer Parteiführer Lepper zumeist von den Rechten, jetzt aber auch von der SLD scharf angegriffen. Für die überwiegend antisozialistisch eingestellte Intelligenz, der er geschickt den Spiegel vorhält und deren fehlenden Realitätssinn er karikiert, ist Lepper ein ungebildeter und primitiver Bauer. Die meisten Rechten hassen ihn, denn zwei ihrer wichtigsten Parteien wie „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) und klerikale Liga Polnischer Familien (LPR) liegen nur bei 13 und 10 Prozent. Die Freiheitsunion (UW), das langjährige Flaggship der polnischen Konterrevolution, käme mit 3 Prozent nicht einmal in den Sejm.

Lepper, ein Mann in den Fünfigern, hat in Volkspolen einen Werdegang hinter sich, der aussagekräftig ist: Absolvent eines landwirtschaftlichen Technikums (Berufsausbildung mit Abitur), Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Praktikant in einer Baumschule, Angestellter auf einem Staatsgut und

später Leiter eines staatlichen Pflanzenzuchtzentrums. Er bezeichnet sich als Linker und betreibt mit seiner SO eine Politik, die eigentlich von der SLD und auch der Bauernpartei PSL hätte geleistet werden müssen. Eben weil er kein Populist ist, verteidigt er offensiv die sozialen, kulturellen und andere Errungenschaften Volkspolens, setzt sich für gutnachbarliche Beziehungen zu Rußland ein, mobilisierte die Massen gegen den EU-Beitritt, organisiert Barrikaden, Straßensperren, Vernichtung importierter Lebensmittel und andere Bürgerproteste. Er wurde bei solchen Aktionen mehrfach verletzt und stand öfter vor Gericht. Lepper ist kein Lech Walesa, den er politisch ablehnt und mit dem der Westen alles machen konnte. Die Lepper-Partei ist gegenwärtig die einzige einflußreiche Kraft Polens, die westlichen Banken und Konzernen Widerstand entgegengesetzt. Daher wird ihr Führer entweder totgeschwiegen oder als Populist und Nationalist verleumdet.

Die SO ist keine revolutionäre Partei, der Sozialismus nicht ihr Ziel, sondern ein imaginärer „dritter Weg“ zwischen beiden Gesellschaftsordnungen. Dennoch wäre sogar das gegenüber dem Renegatentum der SLD-Führung ein gewisser Fortschritt, da wesentlichen Elementen Volkspolens eine gerechte Beurteilung zuteil wird.

Leppers Erfolg rührt auch daher, daß es derzeit keine über größeren Einfluß verfügende marxistisch-leninistische Partei in Polen gibt, die den Widerstand gegen Brüssel, Berlin und Warschau anführen könnte. Das kürzlich erfolgte Ausscheiden vieler aus der glücklosen SLD, der Rücktritt Millers und die Gründung einer angeblich blitzsauberen und völlig neuen zweiten Sozialdemokratie Polens (SDPL) unter Marek Borowski haben da keinen Wandel geschaffen. So könnte Lepper bald bei Wahlen der Favorit sein.

Stefan Warynski

### Herzlichen Glückwunsch zum 70. Geburtstag

unseren Lesern und Mitgliedern

#### Dieter Möhrke

aus Schwedt (9. Mai) und

#### Bernhard Schulze

aus Leipzig (21. Mai)

Der „RotFuchs“ wünscht beiden verdienten Genossen persönliches Wohlergehen und Lebensmut.

## Putin: Vom KGB-Oberst zum Kohl-Bewunderer

Wladimir Putin ist seit mehr als vier Jahren russischer Präsident. Doch er selbst und die von ihm verfolgte Politik bleiben für viele ein Rätsel. Manches wird begreifbarer, wenn man sich mit seiner Biographie vertraut macht. Dabei kann ein kleines Büchlein helfen, das 2001 im Moskauer Verlag Wagrius unter dem Titel „Vom ersten Mann – Gespräche mit Wladimir Putin“ erschienen ist. Es enthält Antworten Putins auf Fragen russischer Journalisten sowie Aussagen seiner Frau Ludmila und enger Mitarbeiter.

Wie ein roter Faden zieht sich durch sein Leben das Streben nach Macht und Karriere. Im KGB brachte er es bis zum Oberst. 1986 wurde er in Dresden eingesetzt. Ludmila stellt dazu fest: „Als wir ankamen, hatte in der UdSSR schon die Perestroika begonnen. Aber sie (gemeint sind die Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR – W. G.) glaubten noch immer ernsthaft an die Zukunft des Kommunismus.“ Das heißt, Putin glaubte offenbar nicht daran, was für ihn allerdings kein Hindernis war, Mitglied der Parteileitung in der Dresdner Residentur zu werden. Schließlich zeichneten sich Wandlungen ab. Die weitere Entwicklung schien noch offen zu sein.

1991 beendete er seinen Einsatz in Dresden. „Nach der Rückkehr aus der DDR – so der KGB-Mann – „war mir klar, daß sich in Rußland irgend etwas ereignet, aber erst in den Tagen des Putsch (gemeint ist der Versuch des Notstandskomitees, in letzter Minute den Zerfall der UdSSR zu verhindern – W. G.) brachen all die Ideale und Ziele zusammen, die mich beseelten, als ich die Arbeit im KGB aufnahm.“ Die Wahrheit dürfte pro-saischer sein. Schließlich wurde mit der Niederlage des Notstandskomitees endgültig klar, wohin der Wind weht, und man mußte nun schnell den Mantel in diesen hängen, wenn man weiter Karriere machen wollte. Und so mauserte er sich in Windeseile zum Stellvertreter Sobtschaks, des Bürgermeisters von Leningrad, der als besonders verbissener Konterrevolutionär von sich reden machte. Putin war bemüht, ihm nicht nachzustehen.

An die Stelle des Parteibuchs der KPdSU setzte er nun das Kreuz der russisch-orthodoxen Kirche. Er berichtet: „Als ich schon im Leningrader Sowjet arbeitete, reiste ich mit einer offiziellen Delegation nach Israel. Da gab meine Mutter mir

mein Taufkreuz, damit ich es am Grabe des Herrn weihen sollte. Ich erfüllte ihren Wunsch, danach hängte ich das Kreuz um und nehme es seither nicht mehr ab.“

Ein geradezu lächerliches Beispiel seiner Wandlung schildert Wladimir Tschurov, ein enger Weggefährte der Petersburger Zeit. Sobtschak hatte das Haus der politischen Bildung den Kommunisten geraubt und diesen nur noch einen Teil des Gebäudes zur Nutzung gelassen. „Auf dem Dach des Gebäudes befand sich ein Fahnenmast. Die Kommunisten entschlossen sich, diesen entsprechend seiner Bestimmung zu nutzen und hißten die rote Fahne. Und jedes Mal, wenn die Obrigkeit der Stadt aus dem Smolny herausfuhr, erblickte sie die Fahne. Sie war auch aus den Fenstern der Büros von Sobtschak und Putin ausgezeichnet zu sehen. Das erzürnte diese schrecklich, und Putin entschied, die Fahne herunterzuholen. Er gab das Kommando, und die rote Fahne wurde eingezogen. Doch am nächsten Tag war sie wieder da. Putin gab erneut das Kommando, und die Fahne wurde wieder heruntergeholt. Und so zog sich der Kampf hin, mit wechselndem Erfolg. Den Kommunisten begannen die Fahnen auszugehen, und sie hängten irgendeinen Lappen auf, eine der letzten Varianten war schon nicht mehr rot, sondern rotbraun. Das versetzte Putin endgültig in Weißglut. Er ließ schleunigst einen Kran kommen, und

unter seiner persönlichen Aufsicht wurde der Fahnenmast abgesägt.“

Nun dürfte die Behauptung, daß den Kommunisten in Leningrad die roten Fahnen ausgegangen seien, wohl ein Märchen und der von ihnen angeblich gehißte rot-braune Lappen eine Verleumdung sein, mit der sie in die Nähe von Faschisten gerückt werden sollen; der Kampf Putins gegen die rote Fahne wirft jedoch ein bezeichnendes Licht auf unseren Wendehals. Offenbar war es für den Ex-„Kommunisten“ und KGB-Oberst unerträglich, täglich damit konfrontiert zu werden, daß es Menschen gab, die ihren kommunistischen Idealen treu geblieben waren, während er diese (wenn er sie je gehabt haben sollte!) seiner Karriere geopfert und den Eid gebrochen hatte, den er als Offizier des KGB abgelegt hatte.

Schnell eignete er sich die neuen antikomunistischen Sprachregelungen an. Das gilt auch für sein DDR-Bild. Von Ludmila erfährt man noch: „Wir haben uns wohl gefühlt in der DDR.“ Bei Wladimir heißt es dagegen: „Das war ein starrer totalitärer Staat nach unserem Vorbild, allerdings dem der Zeit vor 30 Jahren. Wobei die Tragödie darin bestand, daß viele Menschen aufrichtig an all diese kommunistischen Ideale glaubten.“

Die Aussage des „Manifests der Kommunistischen Partei“, daß die Eigentumsfrage die „Grundfrage der Bewegung“ ist, wendet er nun auf die Konterrevolution an und verkündet: „Das erste, um was es geht, ist, das Eigentumsrecht zu garantieren.“ Natürlich hat er sich auch für die ausländischen Konzerne stark gemacht. So begann das von ihm geleitete Komitee für Auslandsverbindungen in Petersburg seine Arbeit damit, daß in dieser Stadt die ersten ausländischen Banken, darunter die Dresdner Bank, ihre Filialen eröffnen konnten. Wer sich als so eifriger „Reformer“ bewährt hatte, der war zu Höherem berufen. Und so wurde Putin in die Hauptstadt geholt, wo er auf der Karriereleiter in nur drei Jahren an die Spitze des Staates kletterte.

Das Credo Putins war und ist der starke, nicht der demokratische Staat. Auf die Frage, wer von den politischen Führern für ihn besonders interessant sei, nennt er u. a. de Gaulle und Ludwig Erhard. Man wird wohl davon ausgehen können, daß Putin als Anhänger des starken Staates Gefallen an der Konzeption einer autoritären „formierten Gesellschaft“ gefunden haben dürfte, die Erhard auf dem 13. Parteitag der CDU im März 1965 verkündet hatte. Mit Begeisterung spricht der russische Präsident übrigens auch von Kohl. Putin ist hoch gestiegen und zugleich tief gesunken, die Erhard auf dem 13. Parteitag der CDU im März 1965 verkündet hatte. Mit Begeisterung spricht der russische Präsident übrigens auch von Kohl. Putin ist hoch gestiegen und zugleich tief gesunken. Von Lenin zu Erhard und Kohl, das charakterisiert anschaulich den Abstieg vom KGB-Oberst zum ersten Mann der Konterrevolution in Rußland.

Willi Gerns

Unser Autor, einer der führenden Theoretiker seiner Partei, gehörte bis 1990 viele Jahre dem Vorstand der DKP an.



## Slowakische Zustände

Die brutale Beseitigung aller sozialen Errungenschaften aus der CSSR-Zeit (dabei ist die Slowakei Modell für den „Rest“ Ost- und Südosteuropas) trifft zunächst die vergleichsweise kleine und zudem von keiner Lobby vertretene, wahrlich schwächste Gruppe der Gesellschaft – die Roma.

Zur Verdeutlichung: Die „neue slowakische Republik“ bietet (von marginalen Ausnahmen abgesehen) keinem Roma irgendeine Chance auf Arbeit – nicht einmal eine schlecht bezahlte Hilfstätigkeit. Dem ist so, und niemand in Europa nimmt von diesem seit mehr als einem Jahrzehnt andauernden Faktum mit all seiner Menschenverachtung auch nur Notiz. Höchstens beschwerten sich Touristen über „Belästigungen in Zigeunergebieten“.

Den Anblick der ghettoartigen Behausungen – in der Regel ohne Strom, Gas, Wasser, Kanalisation, in denen die meisten Roma ob ihrer materiellen Armut zu vegetieren gezwungen sind – sparen sich die Urlauber ebenso wie die lackten Politiker, die unter Nutzung von rassistischen Vorurteilen (als wären sie alle – ohne Unterschied – bei Goebbels in die Schule gegangen) über die Köpfe der Betroffenen hinweg nicht nur reden, sondern auch entscheiden. Der Kommentar der Regierung dazu: „Es ist gut so, wenn wir den Roma das Geld drastisch kürzen, dann warten sie nicht länger passiv auf Hilfe, sondern sind zu eigenen Aktivitäten im Interesse ihrer Wohlfahrt gezwungen.“ Wie weit ist der geistige Abstand zur Losung „Arbeit macht frei“ in Buchenwald und Auschwitz?

Mit der jetzt in Kraft getretenen Kürzung monatlicher sozialer Zuwendungen auf weniger als eine Wochenration beraubt die slowakische Regierung die Roma ihrer ohnehin nur auf niedrigster Ebene gege-

benen Existenzmöglichkeit. Dabei bieten sie ein wirklich ideales „Übungsfeld“ zum Testen, wieviel Brutalität eine Bevölkerungsgruppe „verträgt“ und ab wann sie nur noch mit Knüppeln oder Bajonetten niedergehalten werden kann. Vorsorglich verlegt man Polizei und Armee in das ostslowakische „Krisengebiet“.

Durch den Raub – ich weigere mich, dieses Verbrechen an Menschen mit „Sozialabbau“ zu verharmlosen – fehlt den Roma von heute auf morgen jegliche legale Möglichkeit, überhaupt physisch zu überleben. Mit der gegen sie gerichteten Politik wird rund ein Zehntel der Bevölkerung ohne viel Federlesen zu illegalen Handlungen, zur Kriminalität getrieben, wenn es weiter existieren will. Und das ist gleich wieder von doppeltem Vorteil; einmal ermöglicht es nahtlos die Pflege rassistischer „Feindbilder“ innerhalb der Gesellschaft, andererseits rechtfertigt es elegant die „harte Hand“ gegen Kriminelle ...

Wie ist die Reaktion der „übrigen“ Slowaken?

Zunächst fiel die dezidierte Kritik des demnächst ausscheidenden Präsidenten Schuster an der Politik von Premier Dzurinda in dieser Frage auf, ohne jedoch tatsächlich in der Gesellschaft Resonanz hervorzurufen.

Die immer wieder und sehr subtil betriebene Pflege rassistischer Aversionen und Vorurteile verfehlt bei den allermeisten Slowaken ihre Wirkung nicht. Die Manipulation trägt ihre Früchte, und so kommt es, daß selbst die sozial schwachen Slowaken prinzipiell nichts dagegen haben, wenn den Roma irgend etwas gekürzt wird. Nur ganz wenige wollen begreifen, daß sie selbst die nächsten sind, denen es ans Leder geht.

Die gewiß nicht geringen ethnischen Probleme bei der Integration der Roma in die Gesellschaft können nicht von der Position des Geheimes oder Unangenehmen her beurteilt und einer Lösung zugeführt werden. Sie sind untrennbar mit der gesellschaftlichen Situation im „Integrations- und Problemgebiet“ verbunden. Nahezu niemand – auch nicht die Kommunisten – macht sich die Mühe, die Roma-Problematik genauer zu untersuchen. Viel einfacher ist es, bestimmte Klischees zu bedienen ... Kaum einer will wahrnehmen, daß „die Roma“ eine durchaus inhomogene innere Struktur aufweisen. Ein gewisser und gar nicht so kleiner Anteil von ihnen ist nämlich voll und ganz in die Gesellschaft integriert – als Rechtsanwälte, Künstler oder in anderen Berufen. Mindestens zwei bedeutsame Faktoren werden „ausgeblendet“.

1. Die sozialistische Entwicklung auf tschechoslowakischem Boden bot keinen Nährboden für die Diskriminierung der Roma, vielmehr ermöglichte sie ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft, den Zugang

zu Bildung und ganz selbstverständlich auch in das Arbeitsleben. Dies war eine großartige Leistung. Daß Roma in der Slowakei ob ihrer Hautfarbe heute wieder zunehmender Diskriminierung ausgesetzt sind, widerlegt das Gerede, sie seien „selbst schuld an ihrer Misere“. Ganz ordinärer Kapitalismus, der nach Belieben Rassismus als Machterhaltungsmittel einsetzt, ist der soziale Hintergrund.

2. Die Chancen der Integration wurden überwiegend von jenen Roma wahrgenommen, deren Familien schon über mehrere Generationen (über zweihundert Jahre) Bindungen zur Slowakei als neuer Heimat entwickelt hatten. Zu kurz war allem Anschein nach die Aufenthaltsdauer derjenigen, die erst nach der Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung aus dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei sozusagen das entstehende Vakuum füllten. Das ist auch der „Problemanteil“ der Roma-Bevölkerungsgruppe (analog in Tschechien), bei der jede Gesellschaft zunächst die Zeit, Geduld und Größe aufbringen muß, die zum Einheimisch- und Vertrautwerden mit den Traditionen und der Kultur des Staatsgebietes ohne Zweifel notwendig sind.

Im Jahre 2004 werden im Herzen Europas Menschen – natürlich unter „edelsten“ Vorwänden – all ihrer Lebensmöglichkeiten, ja Überlebenschancen beraubt. Das ist die Politik, die der Regierung Dzurinda in den Augen der westeuropäischen Oligarchie die „EU-Reife“ und die NATO-„Würdigkeit“ verschafften.

**Uwe Klaus, Nitra (Slowakei)**

### Herzliche Glückwünsche

gehen an drei Genossen, die sich auf besondere Weise mit dem „RotFuchs“ verbunden fühlen und in unserer Zeitung als Autoren aufgetreten sind.

Am **30. Mai** begeht  
**Prof. Kurt Tiedke**  
aus Frankfurt/Oder,  
ehemaliger Rektor der Partei-  
hochschule beim ZK der SED,  
seinen **80. Geburtstag**.

Am **16. Mai** wird  
**Heinz Jürgen Furian**  
langjähriger Aktivist der  
westdeutschen Friedensbewegung,  
in Hannover **75 Jahre** alt.

Am **18. Mai** feiert  
**Wolfgang Mäder**  
der frühere Bezirksvorsitzende  
der CDU in Neubrandenburg,  
sein **65. Daseinsjubiläum**.

**Allen drei Genossen gilt unser  
solidarischer Gruß!**



## Netz ohne Maschen

Nach zwei Konferenzen auf dem Petersberg bei Bonn Ende 2001 und 2002 hat Ende März/Anfang April 2004 die dritte Afghanistan-Konferenz in Berlin stattgefunden. Über 60 Delegationen aus 56 Staaten, darunter die sechs Nachbarn Afghanistans, wollten zunächst eine Bilanz der bisherigen Entwicklung ziehen und dann weitere Maßnahmen für den Wiederaufbau des Landes beschließen. Im Vorfeld der Berliner Konferenz stellte der afghanische Interimspräsident Abdul Hamid Karsei fest, daß sein Land mindestens noch für weitere zehn Jahre auf internationale Hilfe angewiesen sein werde. Dieser optimistischen Einschätzung liegt die Befürchtung des „Staatschefs“ zugrunde, daß die Bürger in den Geberländern schockiert wären, würde er die Realität der afghanischen Verhältnisse wahrheitsgemäß darstellen.

Auf einer Investorenkonferenz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Weltbank am Tag vor der großen Beratung warb Karsei vor 250 Wirtschaftsmanagern aus 20 Ländern um das Engagement ausländischer Anleger in Afghanistan und wies auf Fortschritte beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur hin, der eigentlich noch in den Kinderschuhen steckt. Er hatte schon im Dezember 2002 sein Land zum Ramsch-Objekt für das internationale Kapital erklärt: „Macht Geld in Afghanistan, laßt ein bißchen für uns übrig, und nehmt den Rest mit nach Deutschland“, rief er den Vertretern des deutschen Kapitals zu, konnte jedoch damit niemanden anlocken. Obwohl die Kabuler Administration mit Unterstützung eines deutschen wirtschaftspolitischen Karsei-Beraters ein sehr attraktives Investitionsgesetz verabschiedete, das 100%igen Firmenbesitz von Ausländern, Schutz vor Enteignung, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren, Zollreduzierung und 100%igen Gewinntransfer vorsieht, halten sich die Investoren immer noch von Afghanistan fern. Fehlende Sicherheit, ein Mangel an qualifiziertem Personal, an adäquaten Verkehrsverbindungen und ausreichender Stromversorgung sowie die exorbitanten Bodenpreise in Kabul tragen dazu bei. Nach Angaben des Handelsministers sind im ersten Jahr der Karsei-Administration über 5000 Geschäftslizenzen, davon aber nur 10% an ausländische Unternehmer, ausgestellt worden. Aber selbst diese wenigen investieren nicht, nachdem sie sich einen Überblick über die realen Verhältnisse vor Ort verschafft haben.

Jetzt sagten die Geberländer auf der Berliner Konferenz der Karsei-Administration 8,2 Milliarden US-Dollar Wiederaufbauhilfe für die nächsten drei Jahre zu. Das ist weit weniger, als die Afghanen erwartet hatten; für die nächsten sieben

Jahre war durch sie eine Summe von 27,5 Milliarden Dollar veranschlagt worden. Aber das bedeutet nicht, daß die angekündigten Mittel auch tatsächlich nach Afghanistan transferiert werden. Der Kabuler Administration werden sie sowieso nicht ausgehändigt, da zu ihr niemand Vertrauen hat. Das Geld wird zunächst auf einem Weltbank-Konto geparkt und später je nach Bedarf nach Kabul überwiesen und dort von den Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) verwaltet. Es dient für deren eigene Zwecke sowie für die Gehälter der höchsten Beamten der Administration. Korruption und Vetterwirtschaft sind an der Tagesordnung. Ganze Straßenzüge in Kabul gehören dem einen oder anderen Minister. Von einer Verbesserung der Lage der Menschen ist nicht viel zu merken. Erwähnenswert ist, daß nur sechs Prozent der afghanischen Bevölkerung Elektrizität haben, dies auch nur in den Städten. Manche Kabuler Bezirke erhalten nur stundenweise Strom. Außerhalb der Stadt versorgen sich diejenigen, die es sich leisten können, mit Energie aus kleinen privaten Generatoren. Das Gros der Menschen aber wartet immer noch auf Elektrizität, sauberes Trinkwasser und einen Job. Und das schon seit Dezember 2001, als viele auf Grund von Versprechungen der Karsei-Administration die Flüchtlingslager in Iran und Pakistan verließen und in ihre Heimat Afghanistan zurückkehrten.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hob in seiner Ansprache auf der Berliner Konferenz den Beitrag Karseis zu Stabilität und wirtschaftlichem Aufbau Afghanistans hervor. Da ich vor kurzem selbst dort war, klingen mir seine Worte wie Hohn in den Ohren. Meine Heimat ist von Stabilität so weit entfernt wie die Erde vom Mars. Terror, Raubüberfälle, Vergewaltigung und Mord sind an der Tagesordnung. Selbst in der Hauptstadt Kabul werden täglich Menschen umgebracht. Niemand traut sich zur Polizei zu gehen, um eine Anzeige zu erstatten, da die „Ordnungshüter“ oft mit den Verbrechern unter einer Decke stecken. Wäre die Lage im Land tatsächlich so stabil, wie Schröder, Karsei und Co. behaupten, warum wurden dann die für Juni vorgesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf den Herbst verschoben? Sowohl die UN als auch die Kabuler Administration nannten als Grund dafür mangelnde Sicherheit und Stabilität. Natürlich steckt auch etwas anderes dahinter. Karsei möchte Präsidentschafts- und Parlamentswahlen voneinander trennen, um zunächst seine als sicher geltende Wahl durchzubringen. Dann könnte er von einer Position der Stärke aus in die Parlamentswahlen gehen, die für ihn und seine ausländischen Mentoren wesentlich unkalkulierbarer sind.

Auch US-Außenminister Colin Powell lobte zu Recht Karseis Leistungen. Als US-Quisling hat er auch Lob verdient, denn selbst einfache Afghanen nennen ihn eine Marionette der Amerikaner, der ohne Erlaubnis oder Befehl seines Führungs-offiziers Zalmay Khalilzad, Washingtons Botschafter in Kabul, nichts entscheiden darf.

Hört man genau zu, was Karsei und seine Entourage sowie die europäischen Repräsentanten sagen, fällt auf, daß diese labile Sicherheitslage in Afghanistan ein geradezu willkommenes Anlaß ist, um das geostrategisch wichtige Land am Hindukusch auf Dauer unter NATO-Herrschaft zu bringen. Nicht umsonst gibt die „internationale Gemeinschaft“ für ihr dortiges Militärengagement jährlich zwölf Milliarden US-Dollar aus. Die NATO werde so lange in Afghanistan bleiben, „bis wir unseren Job erledigt haben“, betont deren Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer. Das dürfte sehr wahrscheinlich eher eine unendliche Geschichte werden. Karsei braucht die NATO zu seinem Schutz, da er in der Bevölkerung keinen Rückhalt und sogar in seiner eigenen Administration viele Gegner hat. Bis jetzt sind drei Minister seiner Regierung umgebracht worden, auf Veranlassung anderer Minister oder hochrangiger Militärs. Auch er selbst ist diesem Schicksal sogar in seinem Heimatort nur knapp entronnen; seine US-Leibwächter sind für ihn unverzichtbar.

Von Drogenanbau, Drogenhandel und Drogenbekämpfung war auf der Konferenz viel die Rede. Aber wer soll sie bekämpfen? Afghanistan ist schon seit Jahren ein Drogenmafiastaat, wie der Kabuler Finanzminister und US-Bürger, Mohammad Aschraf Ghani, festgestellt hat.

Zum Auftakt der Berliner Konferenz nannten Schröder und weitere Redner Afghanistan „ein Modell für das gemeinsame Vorgehen der internationalen Gemeinschaft“. Tatsächlich ist das Land ein Modell der Rekolonialisierung des Südens im 21. Jahrhundert.

Am Ende der Afghanistan-Konferenz wurde eine „Berliner Erklärung“ angenommen. Die Delegationen bekannten sich darin formal zur „Vision eines sicheren, stabilen, freien, prosperierenden und demokratischen Afghanistan“. Neben einer Vereinbarung über enge Zusammenarbeit der sechs Nachbarn Afghanistans bei der Bekämpfung des Rauschgift Handels verpflichtete sich die Kabuler Administration zur Abhaltung freier Wahlen, zu politischen Reformen, zur Frauenförderung, zur Entwaffnung der Milizen und zum Kampf gegen Drogen. Der Karsei-Administration fehlen aber alle Voraussetzungen, diesen Verpflichtungen auch nur annähernd nachzukommen.

**Dr. Matin Baraki**

Über ein Gespräch anlässlich des X. Volkskongresses der VR China

## Marx und die Aktiengesellschaften

Jährlich tagt in der ersten Märzhälfte gut zehn Tage lang das Parlament der Volksrepublik China, der Nationale Volkskongress (NVK). Dieses Jahr war es die 2. Tagung des X. Kongresses, an der knapp 3000 Delegierte aus allen Teilen des Riesenlandes mit seinen 56 Nationalitäten teilgenommen haben.

Auch ich war zum dritten Mal dazu eingeladen. Die Regierung hatte mich wieder gebeten, die Redaktion der deutschen Fassungen der drei dem Kongress vorzutragenden Hauptdokumente zu übernehmen: des Tätigkeitsberichts der Regierung (die seit einem Jahr im Amt ist), des Berichts des Finanzministers und des Berichts über die Durchführung des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 2003 sowie des Planentwurfs für 2004 der Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform.

An dem Beijinger Institut, in welchem ich seit 1997 tätig bin, wurden auch entsprechende arabische, englische, französische, japanische, russische und spanische Fassungen in vierwöchigen Klausuren erarbeitet, um sie ab Kongressbeginn am 5. März über die zahlreichen Vertreter ausländischer Massenmedien der Weltöffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Am 16. März waren wir ausländischen Experten und die chinesischen Verantwortlichen für die Übersetzungsarbeiten in das Parlaments- und Regierungsgebäude, die Große Halle des chinesischen Volkes am Tien-Anment-Platz, zum Staatsempfang eingeladen. Hauptgastgeber waren der stellvertretende Kongressvorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (etwa vergleichbar mit der Nationalen Front der DDR, vereinigend alle 8 demokratischen Parteien Chinas, die Kirchen, den Unternehmerverband usw.), welche gleichzeitig tagte und ebenfalls ihre Stellungnahmen zu den genannten Berichten erarbeitet hatte. Beim abschließenden Essen wurde mir der Platz rechts neben dem stellvertretenden Kongressvorsitzenden Li Tieying zugewiesen.

Diese Gelegenheit nutzte ich, um in seiner Person der neuen Führung zu bedenken zu geben, in den nächsten Jahren häufig und gründlich zu prüfen, zu welchen praktischen Resultaten eine im Regierungsbericht enthaltene Orientierung führt. Dort heißt es, die Aktiengesellschaften [AG] seien „die Bewegungsform des gesellschaftlichen Eigentums“.

Für Marx und Engels war die Bildung von AGs im 19. Jahrhundert realer Ausdruck dafür, daß die entwickelten Produktivkräfte (z. B. im Zusammenhang mit dem Bau von Eisenbahnen oder dampfgetriebenen Schiffen) eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfordern, meinte ich und empfahl, sehr genau zu studieren, zu welchen realen Ergebnissen z. B. in der

BRD im jüngsten Jahrzehnt die Rückverwandlung von staatlichem oder kommunalem Eigentum in AGs geführt hat: Das Hauptinteresse wird von einer breiten sozialen Grundversorgung zwangsweise (gesetzmäßig) auf die Erwirtschaftung lukrativer Gewinnanteile (Dividenden) der Aktieninhaber verlagert, Stellen werden abgebaut, Sicherheitsstandards verringert, soziale Leistungen der Beschäftigten reduziert usw. Wenn ein Staat Haupteigner der Aktien ist, dann muß man genau prüfen, im Interesse welcher sozialen Klassen und Schichten die erwirtschafteten Gewinne real genutzt werden.

Es schloß sich ein interessantes Gespräch an. Li Tieying teilte mir mit, er habe in den vergangenen zwei Jahren Marx' „Kapital“ nochmals studiert und eine ca. 30 Seiten umfassende Studie über seine Aktualität erarbeitet, die er mir zur kritischen Einsichtnahme zukommen lassen wollte. Für ihn sei Marx' „Kapital“ auch heute das grundlegende theoretische Werk für den sozialistischen Aufbau. Marx habe die Leistungen der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte, z. B. Hegels „Wissenschaft der Logik“ und seine dialektische Denkweise, gründlich und schöpferisch genutzt. Aber auch Kant, ohne den Hegels Leistung schlecht denkbar gewesen wäre, habe in seinen drei großen „Kritiken (der reinen Vernunft, der praktischen Vernunft und der Urteilskraft)“ am schlüssigsten die europäische Philosophie seit der Renaissance aufgearbeitet.

Wichtigstes allgemeines Resultat seiner Studien sei, so meinte mein Gesprächspartner, daß man in einer leitenden Funktion eine klare wissenschaftliche Grundlage, eine theoretisch fundierte Methode und ein eindeutiges Ziel benötige; sonst sei alles Tun nur Handwerkslei. Und dann



Der „RotFuchs“ gratuliert den Jüngeren unter unseren Veteranen –

**Brigitte Queck**

aus Potsdam (1. Mai) und

**Wolfgang Rempe**

aus Magdeburg (5. Mai) –,

die mit Erfolg die 60er Hürde nehmen.

**Wir wünschen Gesundheit und Schaffenskraft.**

müsse man nüchtern die realen Verhältnisse, für die man zuständig sei, analysieren. In China z. B. wäre seiner Meinung nach in den weiten Regionen des Landes als Nachwirkung der jahrhundertelangen Kaiserherrschaft die dogmatische Denkweise, das Warten auf Anordnungen von „oben“ verbreitet, was die Entfaltung des Schöpferturns hindere.

China ist ein Entwicklungsland. Von seinen 1,23 Mrd. Einwohnern sind 900 Mill. Bauern (das sind wenigstens 200 Mill. mehr, als ganz Europa Einwohner hat!!!), von denen etwa 50 Mill. arm sind. Im Verlaufe des derzeit 11. Fünfjahrplans und der zwei ihm folgenden, also bis 2010, soll im ganzen Land (mit 9,6 Mill. km<sup>2</sup> nach der Russischen Föderation und Kanada das drittgrößte Flächenland der Erde, fast so groß wie Europa) eine „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ geschaffen werden. Man wolle China bis 2050 an die entwickelten Industrieländer heranführen und damit die Grundlage des Sozialismus errichten.

Das bedeutet vor allem, in für europäische Verhältnisse kaum vorstellbar ausgedehnten Regionen Zentral- und Westchinas mit ungünstigen geographischen Verhältnissen Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Flugplätze, Energiequellen, Be- bzw. Entwässerungsanlagen, Wohnraum, Schulen, sanitäre Einrichtungen usw. zu bauen bzw. zu erschließen, wozu Billionen Yuan (10 Yuan z. Z. etwa 1 Euro) erforderlich sind. Diese Mittel können beim besten Willen nicht von den Erträgen der kleinen Warenproduktion auf dem Lande und in Städten abgezweigt werden. Die chinesische Führung nutzt dazu auch die Profitinteressen ausländischer multinationaler Konzerne und gestattet ihnen auf vertraglicher Basis bis zu 49 Jahren im Lande zu investieren und zu produzieren. Viele Dorfbewohner, die bei produktiverer Landwirtschaft keine Beschäftigung mehr finden, kommen auf diese Weise mit den technischen Elementen moderner Produktivkräfte in Verbindung; die chinesische Arbeiterklasse wächst rasch. Auch werden die Gewinninteressen einer kleinen Oberschicht reicher Chinesen genutzt, die kleine, mittlere Unternehmen gründen oder ihr Geld in Aktien (auch staatseigener Unternehmen) anlegen dürfen. Zurück zu meinem Gesprächspartner. Nach dem Empfang erfuh ich, daß er, 1936 geboren, von 1955 bis 1961 in der Tschechoslowakei Mathematik und Physik studiert hat, während der chinesischen „Kulturrevolution“ (1966–1976) verfolgt wurde und anschließend verschiedene Forschungseinrichtungen, bis vor etwa einem Jahr die Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften, geleitet hat. Seitdem gehört er zu den chinesischen Spitzenkräften, die im Ständigen Ausschuß (Präsidium) des NVK Gesetzesvorlagen erarbeiten. **Eike Kopf**

## KP Griechenlands: Warum NEIN zu den „Europäischen Parteien“?

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) ist aufgeschlossen gegenüber Initiativen, die eine europaweite Koordination und gemeinsame Aktion zwischen den kommunistischen und anderen linken Parteien fördern. Gerade jetzt sind die enge Zusammenarbeit und die Koordination dringend erforderlich, denn die imperialistische Aggressivität wächst auf dem Boden der Verschärfung der kapitalistischen Krise ins Unermeßliche.

In diesem Sinne hat die KKE viele bilaterale und multilaterale Initiativen der europäischen Parteien und der Parteien, die in der Fraktion Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Liste vertreten sind, unterstützt und mitgestaltet. Dennoch kann sich die KKE mit der Bildung einer Europäischen Linkspartei aus folgenden Gründen nicht einverstanden erklären:

*Erstens* verkennt das Bestreben zur Bildung einer einheitlichen Partei die Realität der verschiedenen, z. T. auch entgegengesetzten ideologischen und politischen Standpunkte zwischen den Parteien. Viele kritische Fragen werden unterschiedlich

bewertet: die kapitalistische Integration, die Rolle der heutigen Europäischen Union in den internationalen Entwicklungen, die Haltung gegenüber den Monopolen, der sozialistische Wandel u. a. Eine einheitliche Partei wird falsche Erwartungen bei den arbeitenden Menschen wecken und die Prinzipien der Selbständigkeit der einzelnen Parteien sprengen.

*Zweitens* sind die Betätigungsrahmen für die Europäischen Parteien von der EU-Kommission festgelegt. Diese Parteien sollen auf der Grundlage der Verträge von Maastricht und Nizza wirken, um „die Arbeit der Unionsorgane zu verbessern“, wie es in der verbindlichen EU-Richtlinie COM (2003) 77 steht. „Die Kommission betrachtet es als erforderlich, daß für diese Parteien bestimmte Mindestregeln demokratischen Verhaltens eingeführt werden sollen.“ Die Parteien sollen die „Grundlagen und die Prinzipien der Demokratie“ respektieren, und zwar nicht, wie sie diese selbst definieren, sondern wie sie der

Maastrichter Vertrag festschreibt. Ihre Existenz beruht nicht auf dem Beschluß ihrer Mitglieder, sondern auf den Beschlüssen des Europaparlaments. Selbst für bürgerlich-demokratische Maßstäbe ist es einzigartig, daß das Parlament das Recht besitzt, eine Partei aus seinen Reihen aufzulösen. Die zu gründenden Parteien werden nicht einmal das Recht haben, ihre Satzung und ihre Geschäftsordnung selbständig zu ändern, sondern erst nach Zustimmung des Europaparlaments.

Kurz gesagt, die Europäischen Parteien werden vollständig an die Organe der EU gebunden und von ihnen abhängig sein. Es werden Parteien der EU-Kommission und keine Parteien der Völker sein.

Die KKE wird auch angesichts der Europawahl vom 13. Juni 2004 ihre Anstrengungen für eine gemeinsame Aktion breiterer demokratischer, antiimperialistischer, antimonopolistischer Kräfte verstärken, für ein Europa des Friedens, der Zusammenarbeit und des Sozialismus.

Ein Mitstreiter Mahatma Gandhis als erster DDR-Botschafter in Indien

## Herbert Fischer wurde 90

Im Kreise zahlreicher Freunde beging Herbert Fischer am 10. April seinen 90. Geburtstag. 1936 war er in Wardha bei Mahatma Gandhi eingetroffen, um sich der Bewegung für ein unabhängiges Indien anzuschließen. Als Nazigegner hatte er Deutschland 1933 verlassen; von Westeuropa schrieb er Gandhi und war von diesem zur Mitarbeit eingeladen worden, wenn er die Härten des Lebens als sein Kampfgefährte auf sich zu nehmen bereit sei. Über ein Jahrzehnt arbeitete er in der Unabhängigkeitsbewegung Indiens mit. In seinem Blickfeld lag vor allem auch die Verbesserung des Lebens der einfachen Menschen. An der Seite von Mahatma Gandhi, Jawaharlal Nehru und weiterer Führer der indischen Befreiungsbewegung nahm er am Kampf teil.

1947 in seine Heimat – die Lausitz – zurückgekehrt, wirkte er als Neulehrer, Direktor einer Oberschule, eines Lehrerbildungsinstituts, beim Aufbau eines neuen, antifaschistischen Erziehungswesens. Als die DDR Mitte der 50er Jahre ihre internationalen Aktivitäten wesentlich ausdehnte, begann er seine Tätigkeit im Außenministerium in verantwortlicher Position mit Bezug auf die Region Süd- und Südostasien. Fast eineinhalb Jahrzehnte war er der Repräsentant der DDR im befreiten Indien, entsprechend den Stufen des Ausbaus der Beziehungen DDR – Indien, zunächst als Leiter der Handelsvertretung, dann als Generalkonsul und schließlich als erster Botschafter der DDR in Delhi. Daß sich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und Indien lan-



DDR-Botschafter Herbert Fischer und der indische Präsident V. V. Giri bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens 1972

ge vor der diplomatischen Anerkennung der DDR zügig, fruchtbar und auch auf höchster Ebene entwickelten, war nicht zuletzt dem unermüdlichen Einsatz und dem hohen Ansehen Herbert Fischers und seiner Ehefrau Lucille, einer Jamaikanerin indischer Herkunft, die sich ebenfalls Mahatma Gandhis Befreiungsbewegung angeschlossen hatte, zu danken. Auch im hohen Alter setzte Herbert Fischer seine Aktivitäten in eindrucksvoller Weise fort, sowohl durch öffentliches Auftreten als auch als Autor mehrerer Bücher, u. a. über Mahatma Gandhi (1981) sowie über seine Arbeit als Diplomat der

DDR in Indien (1984). Unter dem Titel „Unterwegs zu Gandhi“ veröffentlichte er 2002 sein zweites Buch über diesen legendären indischen Führer, in dem er dessen historische Rolle aus marxistischer Sicht beurteilt und dies mit seinen Erlebnissen in Gandhis Lager verbindet. Im vergangenen Jahr wurde Herbert Fischer mit dem Padma Bhushan ausgezeichnet, einem der höchsten Orden Indiens, der an Ausländer nur selten vergeben wird.

Mögen Herbert Fischer weiterhin Schaffenskraft und Lebensfreude erhalten bleiben. **Botschaftsrat a. D. Rudi Kraus**

## Eine aufwühlende antifaschistische Bilderschau in Saarbrücken

### Begegnung mit Leo Haas



Es war kurz vor Valentinstag, der ganz im Zeichen der Liebe steht. Mein Freund fragte mich, was ich denn aus diesem Anlaß Schönes machen möchte. Da mir zu solchen Daten meistens gar nichts einfällt, blieb ich ihm zunächst die Antwort schuldig. Doch bei einem abendlichen Spaziergang entdeckte ich das Plakat zu einer Ausstellung im Historischen Museum Saarbrückens. Während in Hamburg die vieldiskutierte Wehrmachtsausstellung nur unter lautstarken Aufmärschen der Faschisten stattfinden konnte, wurden dort mit weniger Aufwand Zeichnungen und Skizzen von Verfolgten des Dritten Reiches ausgestellt. So begannen wir am Valentinstag auf schwarzen Fliesen und vor düsteren Wänden eine bildliche Zeitreise durch die teuflischen Konzentrationslager der Nazi Herrschaft.

Die ausgestellten Bilder und Skulpturen sind heimlich in den Konzentrationslagern und Gefängnissen entstanden. Es handelt sich dabei um die künstlerische Verarbeitung von KZ-Erfahrungen. Sie waren für die Häftlinge Überlebenshilfe und Trost, Nachrichten an die Außenwelt und zugleich Botschaft an die nachfolgenden Generationen.

Die Ausstellung führt mit rund 300 Exponaten erstmals Darstellungen aus den verschiedensten Lagern zusammen. Kleine Tafeln zu Emsland, Theresienstadt, Auschwitz, Sachsenhausen, Buchenwald, Ravensbrück, Mauthausen und Dachau erinnern an deren Entstehungsgeschichte, die Anzahl der Gefangenen, ihre Nationalität, Konfession und politische Überzeugung. Es ist bemerkenswert, daß hier auch die Selbstbefreiung Buchenwalds genannt wird, die man in der westdeutschen Geschichtsschreibung meistens unterschlägt.

In den verwendeten Formaten und Materialien spiegeln sich die Arbeitsmöglichkeiten der Berufs- und Laienkünstler im Lageralltag wider, denn ihre Werke wurden teilweise mit Blut, Mörtel und

Speiseresten gestaltet. Herausragende Belege dafür sind die Zeugnisse des im SS-Sonderlager Hinzert inhaftierten und in Dachau ermordeten französischen Priesters Jean Daligault. Die ausgestellten Bilder vermitteln aber nicht nur die Hemmungslosigkeit des faschistischen Systems aus der Perspektive der Opfer, sondern zeigen auch, wie unterschiedlich und vielschichtig die Lagerinsassen ihre schrecklichen Erfahrungen verarbeitet und sich gegen den täglichen Terror solidarisiert haben.

Die Arbeiten, die während der Zeit des Nazi Regimes entstanden sind, werden in der Ausstellung durch solche ergänzt, die Überlebende kurz nach der Befreiung oder später rückblickend schufen. Unter anderem sind der „Moorsoldatenzyklus“ des saarländischen Malers Adolf Bender und Werke des Künstlers Zoran Music zu sehen. Auszüge aus Gedichten von Nelly Sachs verdeutlichen, daß selbst nach der Befreiung viele ehemalige Gefangene noch immer unter den Folgen der Haft zu leiden hatten. Originale Kinderzeichnungen aus Theresienstadt erinnern an das Schicksal der vielen jüdischen Kinder, die aus der Tschechoslowakei, Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Polen und Dänemark dorthin deportiert wurden.

Ebenfalls in Theresienstadt interniert war der Grafiker Leo Haas, der am 15. April 1901 geboren wurde. Als die Wehrmacht in Böhmen und Mähren einmarschierte, lebte er in Troppau-Opava in der damaligen bürgerlichen Tschechoslowakei. Er zeichnete hauptsächlich für die Arbeiterpresse, klagte in seinen bissigen Karikaturen die sozialen Verhältnisse an und rief zum proletarischen Klassenkampf auf. Als Tscheche, Mitarbeiter linker Zeitungen, Antifaschist und Jude war Leo Haas für die Nazis natürlich ein vielfacher Todeskandidat, und die Gestapo nahm sich schnell seiner an. Doch er blieb nicht ganz ohne Schutz, denn die antifaschistische Solidarität half ihm durch eine Namenslöschung in den Transportlisten aus der unmittelbaren Nähe der Gestapo in das scheinbar sichere Theresienstadt zu gelangen. Das wurde von der Nazi Propaganda als eine Art Paradies für die Juden dargestellt. Eine Kurstätte mit Kino, Caféhaus, Promenade und Park, die das Dritte Reich international im besten Licht zeigen sollte. Da begriff der Ghettohäftling Leo Haas seine Aufgabe. Er nahm wie andere mitgefangene Künstler Papier und Bleistift und zeichnete heimlich die Hölle von Theresienstadt. Tschechische Gendarmen schmuggelten die Bilder nach Prag, von dort gingen sie in die Schweiz und dann um die ganze Welt. Die Gestapo tobte, die Gendarmen wurden hingerichtet und Leo Haas in die Todeszelle geworfen. Doch man verschob den Prozeß, denn die Faschisten wollten ihn noch für sich arbeiten lassen. So kam

er über Auschwitz und Sachsenhausen nach Mauthausen, in ein Kommando zur besonderen Verwendung. Dieses hatte den Auftrag, Banknoten, Briefmarken und andere Staatspapiere der Antihitlerkoalition zu fälschen. Haas bekam Order, Stalinprofile für Propagandabriefmarken nachzuzeichnen. Er versuchte auf seine Art, die Nazis zu sabotieren, und saß nun zum zweiten Mal in der Todeszelle. Nach der Befreiung heuerten die Amerikaner den Künstler als Maler für ein Offizierskasino an, doch er flog raus, weil er ihren Geschmack nicht traf.

Leo Haas blieb auch nach dem Krieg seiner politischen Überzeugung treu und entschied sich für ein Leben und Arbeiten in der DDR. Er war weiter für die tschechische Arbeiterpresse tätig, ebenso für „Neues Deutschland“, den „Eulenspiegel“ und das Fernsehen der DDR. Viele Jahre lang gehörte er zu den bedeutendsten und geachtetsten Zeichnern, dessen Karikaturen große Popularität genossen.

Drei Stunden waren wir in der Ausstellung und standen dann sprachlos vor dem Historischen Museum. Bei all dem Schrecklichen und Menschenverachtenden, das wir dort gesehen hatten, konnte man fast die Atmosphäre der Lager spüren, so beeindruckend waren die gezeigten Arbeiten und ausgewählten Zitate. Wir fragten uns, was den Menschen die Kraft gab, unter solchen Bedingungen ihre Hoffnung und ihr Vertrauen nicht zu verlieren.

Auch das kann Valentinstag sein, ein Gedenktag an jene, die für die Liebe zum Leben und zu den Menschen, für eine Welt ohne Terror und Unterdrückung gekämpft haben. **G. S.**

Dieser Monat gehört wieder den großen Jubiläen. Während die Zahl jüngerer Mitglieder ständig zunimmt, ehren wir die Generation der Vorkämpfer.

Unser Glückwunsch gilt den Genossinnen und Genossen, die ihr 80. Lebensjahr vollenden:

**Hannelore Müller** aus Halle (10. Mai),

**Hans Grunow** aus Berlin (21. Mai) und

**Hannelore Stand** aus Croton-on-Hudson, N. Y., USA – Mutter unseres in den USA widerrechtlich eingekerkerten Freundes Kurt Stand – (30. Mai).

Ihr 75. Wiegenfest begehen

**Ferdinand Beckmann** (8. Mai) und

**Udo Drückhammer** (29. Mai), beide aus Schwerin.

Der „RotFuchs“ übermittelt seinen verdienten Mitstreitern herzliche Glückwünsche!

## Geburtstagsgeschenk besonderer Art

Liebe „RotFüchse“!

Mit dem Abdruck des lebenswürdigen Glückwunsches meines Freundes Dr. Bernhard Igel, der ihn in die Form einer Rezension meines kleinen Hacks-Buches kleidet, habt Ihr mir eine große Freude bereitet. Dank sage ich aber auch für Eure mich ehrenden Worte, die Ihr zu meinem Siebzigsten fandet. Und daß diese „RotFuchs“-Ausgabe neben vielem, was mich interessiert – ich erwähne nur den Bericht über Hermann Duncker, den „Mit-Esser“ von Manfred Hocke, das Interview mit Erik Neutsch, „Ein ruhmreiches Kapitel“, die Erinnerung an Lotte Förnberg und das Gedenken an Walter Benjamin und den Bericht von Dieter Frielinghaus – auch noch der Sorben in der DDR und in der heutigen BRD gedacht wird, hat mich besonders gefreut, und warum, das will ich Euch gleich sagen.

Als Dramaturg und Stückeschreiber war ich mit dem Deutsch-Sorbischen Volkstheater in Bautzen – und besonders zu der Zeit, als Jörg Liljeberg dort Intendant war – viele Jahre in einer für beide Seiten fruchtbaren Arbeitsfreundschaft verbunden, die von meiner Seite nie aufgekündigt wurde, aber heute wie vieles andere der

Vergangenheit angehört. Daß das erste Gesetz zur Förderung der Sorben am 23. März 1948 – also noch vor Gründung der DDR und zufälligerweise an meinem Geburtstag – verabschiedet wurde, habe ich immer mit besonderer Freude vermerkt. In meinen Regalen stehen viele Bücher sorbischer Autoren – von Jurij Brezan bis Jurij Koch, von Christian Schneider bis Jurij Krawza, von Benedikt Dyrlich bis Kito Lorenc, der 1981 bei Reclam in Leipzig das außerordentlich reichhaltige „Sorbische Lesebuch“ herausgegeben hat, das fünf Jahrhunderte sorbisch/wendischer Literatur bezeugt; nicht zu vergessen die vierbändige „Geschichte der Sorben“ sowie „Meine Landsleute – die Sorben und die Lausitz im Zeugnis deutscher Zeitgenossen von Spener und Lessing bis Pieck“ nicht zu vergessen solche Bücher wie die „Katholische sorbische Lausitz“ oder die „Sorbische Volkskunst“. Das ist bestimmt nur eine kleine Auswahl, die das umfangreiche und interessante Erscheinungsbild der sorbischen Literatur, der Musik und des Tanzes, der Kultur und Religion in der DDR bezeugt, wozu unbedingt die Festivals der sorbischen Kultur gehören.

Und heute? Kein Geld für die sorbische Kultur, Schließung eines der wenigen

sorbischen Gymnasien in Crostwitz, Kürzung der Mittel für das Bautzener Theater, Abwanderung der Jugend aus den alten Wohngebieten, Schrumpfung der sorbischen Bevölkerung. Ja, es ist schlimm, daß durch die rigorose, leider notwendige Braunkohleförderung in DDR-Zeiten auch eine Anzahl sorbischer Dörfer weggebaggert wurde und auf diese Weise alte Siedlungen und altes Kulturgut unwiederbringlich verlorengegangen sind; Jurij Koch hat in seinem Buch „Jubel und Schmerz der Mandelkrähe“ voll Trauer und ohne Beschönigung darüber berichtet. Aber warum geht der Prozeß der Ausdünnung und der Vernichtung der Grundlagen sorbischen Lebens in der reichen Bundesrepublik heute so rasant vorstatten?

Sieghard Kosel und Euch sei Dank, daß Ihr auf die beiden sehr unterschiedlichen Traditionen in der Minderheitenpolitik hingewiesen habt, und das, liebe Freunde, war für mich ein Geburtstagsgeschenk besonderer Art.

Mit herzlichem Gruß,

Euer Armin Stolper

## Erinnern an Joachim Knappe

Der schon fast vergessene Schriftsteller Joachim Knappe wurde am 16. Mai 1929 in Zeitz geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er den Beruf eines Elektroinstallateurs und war später in einer Medizinglas-Großhandlung tätig. Seine ersten Gedichte schrieb er bereits mit elf Jahren. Nach Kriegsende arbeitete Knappe in verschiedenen Berufen. In einer Betriebszeitung wurden seine Gedichte zum ersten Mal gedruckt. 1954 sandte er seine Erzählung „Der Sonntagsbettler“ an den Schriftstellerverband. Knappe wurde eingeladen und durfte seine neue Geschichte „Stine Gruber“ vorlesen, die als seine erste Prosaveröffentlichung in der „NDL“ gedruckt wurde. Daraufhin war es ihm möglich, 1956 bis 1959 am Literaturinstitut in Leipzig zu studieren. Als Student absolvierte er ein mehrwöchiges Praktikum im Chemiekombinat Bitterfeld. Danach leitete er eine Betriebszeitung in Eisenhüttenstadt. Im Volksverlag Weimar erschien 1961 sein erstes Buch „Bittere Wurzeln“. Erlebnisse im Reifenwerk in Fürstental gaben den Anstoß für seinen Roman „Mein namenloses Land“ (1965). Er handelt in den fünfziger Jahren von dem siebzehnjährigen Stephan Beck, der sich von seinen Eltern lossagt. Der Untertitel des Entwicklungsromans, der im entstehenden Eisenhüttenstadt spielt, lautete „Eine Jugend im Dickicht der Jahrhundertmitte“. In jedem seiner folgenden Romane gaben solide Tatsachen den Urgrund von Knappes Fabulieren, so die Romantrilogie „Der Aufstieg der

Toten“ mit den Teilen „Die Birke da oben“ (1970), „Frauen ohne Männer“ (1975) und „Abschied von Maria“ (1980). Den Autor drängte es Mitte der sechziger Jahre, „die Geschichte von drei Kindern zweier Familien zu erzählen“, die gemeinsam aufwachsen und sich in ihrer Lebenssphäre voneinander entfernten. Im ersten Band der Trilogie erzählte er über die aus dem Krieg zurückkehrenden Väter. Im zweiten Band stellt er Maria Berger, verheiratete Neumann, in den Mittelpunkt, die nach dem Tod von Runewskis Frau dessen Kinder zu sich nahm. Im dritten Band zeichnete er „das Bild einer Zeit, in der Entscheidungen

reiften“. Die Trilogie zählt zu den besten Werken des Schriftstellers. Der Regisseur Peter Vogel verfilmte 1979 die Geschichte des Schlossers Max Runewski (Uwe Zerbe) „Die Birke da oben“ für das Fernsehen. Der Tribüne-Verlag brachte 1989, im Jahr des 60. Geburtstages des Autors, „Die Birke da oben“ in der „Edition Horizonte“ mit einem Geleitwort von Eberhard Panitz heraus.

Für Knappe war Literatur „Zeit festhalten“, denn sie „reißt Gedanken auf, man findet einen neuen Lebensinhalt“. Seine Stärke lag in seiner poetisch verdichteten, genau beobachtenden und manchmal lakonischen Erzählweise. Ihm gelangen in seinen Büchern aussagekräftige und einprägsame Episoden. Seine Romane reflektieren den Lern- und Ablösungsprozeß der Generationen. „Die Birke da oben“ erschien auch in Polen und „Mein namenloses Land“ 1977 in der damaligen BRD. Knappe, der in dem kleinen Dorf Silbach im sogenannten Glockenhaus lebte, war viele Jahre krank. Unter dem Titel „Das Glockenhaus“ (1976) vereinte er Gedichte, Skizzen, Aphorismen und Erzählungen, die während des Schreibens seiner Romane entstanden waren. Dem Bändchen stellte er die autobiographische Skizze „Meine Werkstatt“ voran. Jene „Bekanntnisse und Betrachtungen“ (Untertitel) gewährten Einblicke in die Lebenssituationen und den schöpferischen Arbeitsprozeß des Schriftstellers. Joachim Knappe starb am 3. November 1994 in Schleusingen.

Dieter Fechner

### Heinz Kadgien endlich frei

Nach widerrechtlicher Verurteilung und langer Haftzeit ist der frühere

Militärjurist Genosse Ernst Kadgien endlich auf freien Fuß gesetzt worden. ◆◆◆◆◆◆◆◆◆◆

Der „RotFuchs“ beglückwünscht Genossen Kadgien und versichert ihn erneut seiner Solidarität. ◆◆◆

## Archie zu Pfingsten im Zirkus

# Große Sondernummer

Vorn an der Hecke, zur Straße hin, am Fuße seines großen Pachtgrundstücks klaubte Archie, sich mühselig duckend, die Flaschen, Büchsen, Keksschachteln, Verpackungen jeglicher Art auf, die Schulkinder und Jugendliche seit der „Wende“ zu ihm hemmungslos hinüberwarfen. Der Zaun ist sehr niedrig, und als Archie sich gerade bückte, um ins Gebüsch hineinzukriechen, flog etwas Weißes über ihn hinweg, gefolgt von mehreren kläffenden Hunden. Die Köter scheuchte er mit einer Handbewegung fort, sie kuschten und winselten. Fast alle hatten ihm, als sie Welpen waren, die Füße geleckt, wenn er sie fütterte. Archie mochte Zäune nicht, aber der Nachbar rechts hatte einen gewaltigen Zaun aus Eisenbahnschienen errichtet, um sich gegen den linken Nachbarn und das Tiervolk, das dieser beherrschte, abzugrenzen. Ein großer weißer Hase kam auf ihn zugehinkt und suchte Schutz. Der hinkende Mümmelmann hatte eine Wunde am Hinterlauf, die Archie in Augenschein nahm. „Seltsam“, sagte Archie, „seit kurzem verstehe ich alle Tiere, ich komme mir vor wie Dr. Doolittle.“ „Ach ja“, seufzte der Hase, „wenn Menschen und Tiere in Not sind, verstehen sie einander plötzlich. Aber ein Tierdoktor wäre jetzt nicht schlecht.“ „Viel zu teuer“, meinte Archie und piffte durch die Zähne. Ein verschlafener Igel kam mürrisch aus dem Schuppen, turnte um den Hasen herum, drückte sich an ihn, leckte die Wunde und verschloß sie mit seinem Speichel. Archie verband den Lauf, der Hase machte Männchen und rief erstaunt: „Das ist ja wie Zauberei! Die reinsten Zirkusnummer, der Schmerz ist weg.“ „Ja“, äußerte sich Archie zufrieden, „das ist unsere Igel-Akupunktur! Schon an mir ausprobiert, als ich beim Ostereieraufhängen von der Leiter fiel. Und was für Menschen gut ist, sollte es auch für Tiere sein. Aber was weißt du vom Zirkus?“ „Eine ganze Menge“, sagte Meister Langohr verschämt und ließ ein Ohr hängen und eins stehen. „Ich war beim Zirkus. Der Direktor war ein dicker Mann mit Spitzbart und Glatze, sprach einen seltsamen Dialekt, aber hatte viel für Tiere übrig und für Menschen auch. Mit einem Zauberer bin ich aufgetreten. Das war eine Glanznummer. Hast du einen Zylinder?“ „Einen Hut meinst du“, fragte Archie leicht einfüchtig. Der Hase nickte und ließ erwartungslos die Ohren hängen. „Gut, daß ich nichts wegwerfe, klopfte sich Archie an den Kahlkopf“, rannte zur Hütte und kam mit einem alten, verstaubten Chapeau claque zurück, neben ihm ein Waschbär, auf der Schulter ein Papagei, der krächzte: „Na, ihr Schnapsdrosseln, geht endlich mal was los? Und du, Angsthase, gibst du einen aus?“ Archie zum Hasen: „Hör nicht auf ihn, er hat sein halbes Leben in einer Kneipe in Kreuzberg verbracht.“ Er nahm

dem Waschbär den Klappzylinder weg, als dieser den Mechanismus ausprobierte. „Bravo“, klatschte der Hase Beifall, „jetzt kann es losgehen!“ „Was, um Gottes willen?“, fragte Archie ängstlich. „Na, du zauberst mich aus dem Zylinder raus und wieder rein, oder umgekehrt. Geschicklichkeit ist keine Hexerei.“ „Aber heute nicht mehr“, sagte Archie erleichtert, als er einen Blick auf die sinkende Sonne warf, „kommt erst mal in die Hütte zur Stärkung.“ „Endlich mal Leben in der Bude“, rief der Papagei, „wo sind die Löwen und Affen? Warum bist du eigentlich nicht im Zirkus geblieben?“ „Ich wollte in die Freiheit, in die unendliche Freiheit des Waldes“, mummelte Mümmelmann niedergeschlagen. „Ja, ja, das süße Wort Freiheit“, trompete der Papagei, „und was ist draus geworden?“ „Sie haben mich alle nur gejagt“, sagte der Hase und lag ganz flach am Boden. „Da sind wir ja Leidensgenossen“, säuselte plötzlich der bunte Vogel, flog Archie auf die Schulter und beknabberte dessen Ohr, „die Freiheit allein macht es nicht. Es gibt immer Leute, die noch freier sind als du, dich kaufen und in einen Käfig sperren.“ „Wem sagst du das“, hüstelte der Hase ärgerlich, „jetzt ist man sogar so frei, Wald zu kaufen und einzuzäunen. Es ist alles nur eine Frage der Zeit, bis du zur Strecke gebracht wirst. Ach ja, eigentlich möchte ich zurück zum Zirkus. Da hatte ich Arbeit, glaubt mir, Zaubern ist harte Arbeit, Anerkennung und Obdach, und habe den Leuten Freude gebracht. Jetzt bin ich nur noch überflüssig und habe gelegentlich nichts zu heißen.“ Archie saß da, hörte zu, trank einen Mümmelmann-Jagdlikör und sagte plötzlich laut: „Ich habe eine Idee!“ Er holte ein altes tragbares Feldtelefon herbei, leierte daran herum und sprach in einer fremden Sprache in ein Monstrum von Hörer, nickte befriedigt und legte auf. Ab nächsten Morgen ließ er sich von Hasi Osterwald, wie er den weißen Hasen nannte, die große Zylinder-Nummer beibringen, schweißtreibend, bis zum Umfallen, unter Einbeziehung anderer Tiere. Am Pfingstsonntag fuhr er mit seinem Trabant-Kübel und allen Tieren in die Kleinstadt zum großen Zirkuszelt. Ein Mann in Livree kam herbeigerannt, sagte kurz und unfreundlich: „Aber nur als Zugabe zum Schluß! Hoffentlich gibt es keinen Ärger mit euch!“ „Was kann schon passieren“, entgegnete Archie, „wenn es nicht klappt, bin ich der Trottel und die große Lachnummer!“ Als die Zugabe angesagt wurde, trat ein unsäglich trauriger Clown in die Manege mit Naturglatze und struppigen Randhaaren, mit weißgetünchtem Gesicht, großen roten Ohren und mit einem grünen Plaste-Ei als Nase. Ein langes Gewand mit weiten Falten hing bis zu den Füßen. Er zog einen Klappzylinder hervor, warf ihn hoch wie eine Scheibe, und der Zylinder landete aufgeklappt auf seinem Kopf. Applaus!

Das Orchester ging vom Trommelwirbel zum Tusch über. Der Clown nahm den Zylinder ab, auf seinem Kopf saß ein Igel. Applaus und Tusch! Er setzte den Zylinder wieder auf, dann wieder ab, der Igel war weg. Er warf den Hut in die Höhe, fing ihn auf, zeigte ihn her. Das Ding war leer, kein Igel mehr. Danach holte er ebenso hintereinander aus dem Zylinder Papagei, Waschbär und Hasen und ließ sie wieder verschwinden. Auch zauberte der Clown viele, viele bunte Pfingstrosen aus dem Zylinder, die die Zirkusdiener im Publikum verteilten. Zum Schluß saßen, von tosendem Beifall begleitet, der Igel auf seinem Kopf, der Papagei und der Waschbär auf seinen Schultern, Hasi hielt er im Arm. Hätte man das Gesicht des Clowns aus der Nähe sehen können, hätte man bemerkt, daß er Tränen in den Augen hatte. Waren es Tränen der Freude, der Rührung oder des Schmerzes? Zu Pfingsten litt der Clown oft unter Hexenschuß. Auch war sein rechtes Knie schrecklich überanstrengt. „Nachher gibt es einen Pfingst-Likör als Belohnung“, wisperte ihm der Papagei ins Ohr, „durchhalten, alte Schnapsdrossel!“ Oder wußte er, daß dies eine einmalige, nicht wiederholbare Clownsnummer war? Die Leute blieben stehen und hörten nicht auf zu klatschen. Der Zirkusdirektor im Frack trat vors Publikum und rief mit weit ausholender theatralischer Geste: „Meine Damen und Herren, das war die große Sondernummer und Pfingst-Einlage von dem berühmten, international bekannten Clown Archie mit seinen Tieren!“ **Manfred Hocke**



**Sollte sie dennoch gewählt werden, schwant unserem Schweriner Grafiker Karlheinz Effenberger Arges.**

## Leserbriefe an RotFuchs



Ich habe zufälligerweise die Ausgabe Nr. 74 des „RotFuchs“ in die Hände bekommen und war absolut begeistert. Zwar wurde mir von meinen Eltern schon einiges über Marxismus-Leninismus und Kommunismus gesagt, aber ich fand die Ausführungen außerordentlich aufschlußreich. Ihr habt in vielen Fragen endlich die Wahrheit ans Licht gebracht. Eure Zeitschrift ist um Längen besser als jedes Geschichtsbuch, das uns den Kapitalismus einhämmern will. Ich habe schon lange nach einer solchen Zeitung gesucht und sie nun endlich gefunden. Auch viele meiner Bekannten und Verwandten waren von ihr immens angetan. Nun weiß ich, daß es noch viele andere Menschen gibt, die gut über unser ehemaliges DDR-System sprechen. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich den RF monatlich erhalten könnte – ich scheue auch größere Wege nicht, um an dieses „Geschenk des Himmels“ heranzukommen. Ich bin zwar erst 16, aber trotzdem hoffe ich, daß Ihr meine Bitte erfüllt. **Torsten Scheller, E-Mail**

Ich will endlich vom Konsumenten des „RotFuchs“ zum aktiven Förderer seines Projekts hier in der Region Aachen werden, denn eine bessere Plattform für Kommunisten und Sozialisten (der nichtopportunistischen Richtung) findet sich derzeit in Deutschland nicht. Und auch in der westlichsten Großstadt des Daimler-Henkel-Reiches soll es bald einen „RotFuchs“-Unterstützerkreis geben. Ich will mich darum bemühen und dies unter Kommunisten und sich revolutionär-demokratisch Orientierenden auch versuchen. Daher bitte ich Euch, mir für den Anfang monatlich fünf RF-Exemplare zuzusenden. **Jens-Torsten Bohlke, Aachen**

Der Beitrag von Klaus Steiniger im RF 75 zur „Europa-Lüge“ hat sehr grundsätzliche Bedeutung und sollte darum für längere Zeit in den Mittelpunkt der theoretischen und ideologischen Arbeit einer interessierten Leserschaft gerückt werden. Denn die europäische Konzernallianz erhebt immer frecher ihre Forderungen. So hat der „Europäische Runde Tisch“ (ERT) im Februar brieflich vom amtierenden EU-Ratsvorsitzenden Ahern (Irland) gefordert, daß „die Europäische Union die Wettbewerbsbedingungen ... unverzüglich zu verbessern hat und ihre Anstrengungen mit größerer Entschiedenheit darauf konzentrieren muß, aus Europa einen attraktiveren Platz für die Wirtschaft zu machen“.

Der ERT ist ein exklusives Gremium, dem die Chefs der 45 führenden europäischen Großkonzerne angehören. Der derzeitige Vorsitzende ist der Thyssen-Chefmanager G. Cromme. Wörtlich heißt es in dem ERT-Brief: „Neu aufkommende Wirtschaftsregionen außerhalb der EU bieten mit hochgebildeten Arbeitskräften und attraktiven neuen Märkten bedeutend günstigere Möglichkeiten als im EU-Raum, in dem die Arbeitskosten nach wie vor zu hoch sind.“ So lägen die Stundenlöhne für einen Industriearbeiter in Indien bei 0,40 Dollar, in China bei 0,60 Dollar und in Estland bei 1,60 Dollar. Dagegen betrügen sie in den USA 21,20 und in Deutschland 24,10 US-Dollar. (...)

Es überrascht, wenn man große Teile des ERT-Briefes fast wörtlich in Schröders Regierungserklärung vom 25. März wiederfindet. Bisher hat er die Forderungen des Finanzkapitals noch mit eigenen Worten zum Ausdruck gebracht. Läßt er nunmehr alle Tarnung fallen oder wurde seinem Redenschreiber jegliche Eigenmächtigkeit

gegenüber dem ERT untersagt? Haben wir es mit einem neuen „Rat der Götter“ zu tun?

**Prof. Kurt Tiedke, Frankfurt/Oder**

Um was geht es eigentlich bei dem medienwirksamen Theater, wer Herr im Schloß Bellevue werden soll? Die Repräsentation der Mehrheit der Bevölkerung der BRD scheint mir nicht das vordergründige Anliegen zu sein. Dann hätte man einen anderen Kandidaten gefunden. Herkunft und Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Schicht bestimmen die Auswahl. In zurückliegenden Jahrzehnten wurde das Präsidentenamt mit Personen besetzt, die wohl kaum die humanistischen deutschen Traditionen verkörpern konnten. Der eine stimmte im Reichstag namentlich für Hitler, andere waren bis fünf nach zwölf für ihn als Wirtschaftsführer im Rüstungskonzern, als Konstrukteur und Bauleiter oder als Offizier der Wehrmacht aktiv. Rufe ich mir herausragende Tage ihrer Amtszeit in Erinnerung, dann übermannt mich nicht Stolz auf „mein“ Staatsoberhaupt. Da ist nicht nur Heinrich Lübke in Erinnerung geblieben. Auch Roman Herzog, der den Deutschen den „Ruck“ verordnete, hatte sich selbst nicht den Ruck geben können, sich von seinem Mitautor bei Rechtskommentaren, einem unverbesserlichen Faschisten, zu trennen.

**Herbert Rubisch, Berlin**

Neben der „Europa-Lüge“ hat mir besonders der Beitrag „Durch Vernunft zum Frieden“ von Prof. Dr. Horst Schneider gefallen. (...) Wichtig ist m. E. auch, mehr über Herrn Köhler („Der Superhai“), den designierten Präsidenten der BRD, zu schreiben. Mit diesem Mann nimmt das Präsidentenamt qualitativ neue Züge an. Zum einen ist der Heimatvertriebene (aus Polen) und Republikflüchtling (aus der DDR) als Sprecher dieser Gruppen gedacht. Er wird sicher in der erweiterten EU für die „Rechte“ der Vertriebenen kämpfen, wie er schon heute gegen die Anerkennung der Folgen der Bodenreform in der DDR auftritt. Der „Sherpa“ von Altkanzler Kohl wird Politik machen, statt süßliche Reden zu allen möglichen Anlässen zu halten. Zum anderen ist Herr Köhler (wie auch der Bundeskanzler) der Vorzeigetyp des Emporkömmlings aus den armen Schichten ins hohe Staatsamt, die deutsche Mär von Tellerwäscher und Milliardär eben. Hinter diesen Nebelvorhängen aber wird ein knallharter Banker und Manager, der Topmanager des internationalen Finanzkapitals, die Fäden spinnen.

**Richard Georg Richter, Cloppenburg**

Den Beitrag unseres Mitreiters Peter Franz „Zur Glaubensfrage“ (RF 75) finde ich außerordentlich interessant. Was er schreibt, steht m. E. tatsächlich nicht im Widerspruch zu Vera Butlers Artikel über das Verhältnis von Religion und Atheismus (RF 72). Vera Butler geht es um die grundsätzliche Abgrenzung zwischen Atheismus und Religion, während Peter Franz die Gemeinsamkeiten von Sozialisten und Kommunisten mit gläubigen Menschen, vor allem Christen, im Auge hat. Unter ihnen gibt es viele, die unsere Weggefährten im Kampf für Frieden und Fortschritt sind. Nicht wenige bekennen sich zum Sozialismus und sehen darin – historisch richtig – keinen Widerspruch zu ihrem Glauben. Erinnert sei auch an das Christentum, dessen soziale Grundlage der Protest der „Mühseligen und Beladenen“ gegen ihr Schicksal war. Demzufolge verkündeten die ersten christlichen Gemeinden, daß alle Menschen Brüder seien. Solche Grundsätze griffen herausragende Vertreter der Reformation wie Thomas Müntzer, Huldrych Zwingli oder Michael Gaismair auf, die wir in der DDR zu den Trägern revolutionär-demokratischer Traditionen zählten.

Im „RotFuchs“-Verein und unter den Lesern haben wir übrigens mehr christliche Anhänger des Sozialismus, als vielleicht bekannt ist. Wir legen großen Wert auf Menschen mit solchen Überzeugungen. Für diejenigen, die ihrer Weltanschauung nach Atheisten sind, gibt es indes

keinen Platz für religiösen Glauben, wohl aber für Toleranz, die wir nachgerade einfordern.

**Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Poppenhäuser**

Ich stimme dem „fiktiven Interview mit Lenin“, das Genosse Dr. Rudolf Dix geführt hat, voll zu. Nebenbei gesagt erinnert es mich an ein Ereignis – nicht in der „Morgenröte“ des Sozialismus, sondern am Vorabend der Konterrevolution –, als er und ich im Parteiarchiv der Berliner SED-Bezirksleitung ehrenamtlich arbeiteten. In jenen verworrenen Tagen las ich in einem der damals zahlreichen Flugblätter, daß eine linke Pastorin die Worte auf ihren Tisch gestellt habe: „Niemand kann den Sieg des Kommunismus verhindern, außer den Kommunisten selbst! (Lenin)“ Da dies auch meiner Auffassung entsprach, stellte ich ebenfalls dieses Zitat auf. Am nächsten Arbeitstag fand ich Rudi Dix hinter einem Berg von Lenin-Werken sitzend und eifrig die Quelle suchend. Er wollte das Zitat unbedingt ergänzen – Band?, Seite? Allerdings hat er leider nichts dergleichen gefunden. Ich nehme an, besagte Pastorin hat den Ausspruch wahrscheinlich nur sinngemäß wiedergegeben.

**Eberhard Bock, Berlin**

Was Dr. Waltraud Neumann im RF 74 über das Leben der Frauen in der DDR schrieb, deckt sich mit gleichen oder ähnlichen Erfahrungen, die ich sammelte. Siebzehnjährig im Jahr 1946 aus dem polnisch gewordenen Niederschlesien ausgesiedelt, ergab sich für mich schon bald die Möglichkeit, eine Ausbildung zur Schulamtsbewerberin (mit Stipendium) zu absolvieren. Nach bestandenen Staatsexamen war ich 42 Jahre lang als Lehrerin tätig. Die Ausbildung kostete mich keinen Pfennig. Ich erhielt vielmehr – auch später bei meinem Studium zum Fachlehrer für Musikerziehung der Klassen 1 bis 10 – ein Stipendium. (...)

1949 wurde meine erste Tochter geboren, in den folgenden Jahren kamen noch zwei Mädchen hinzu. Auch in unserer kleinen Stadt gab es die ersten Kinderkrippen und Kindergärten, wo meine Töchter liebevoll betreut wurden. 1955 erkrankte ich an Lungentuberkulose. Meine Kinder konnten in einem Heim untergebracht werden. Ein Jahr lang wurde ich in einer TBC-Heilstätte behandelt. Anschließend durfte ich mich ein weiteres Jahr zu Hause erholen. Neben dem Krankengeld erhielt ich einen monatlichen Betrag von meiner Gewerkschaft. Gesund, setzte ich die Tätigkeit im Schuldienst fort. Undenkbar, daß mir mein Arbeitsplatz wegen langer Erkrankung hätte verlorengehen können.

Solche Fürsorge kam allen berufstätigen Müttern (und Frauen) in der DDR zugute. So habe ich mich auch nie als Flüchtling gefühlt. Ich hatte eine neue Heimat gefunden. Die lasse ich mir von niemandem schlechttreden. In dem mir gegen meinen Willen übergestülpten Staat BRD fühle ich mich heimatlos.

**Helga Buschow, Schwerin**

Mein Vater war Oberingenieur für Werkstoffprüfung und Härtereiewesen. (...) Nach dem Krieg bewarb er sich um eine Stelle als Neulehrer. Zu seinen Schülern gehörte auch ich, was mir nicht immer gefiel. Ab September 1947 besuchte ich eine neu eröffnete Internatsschule in Schnepfenthal bei Gotha. Die sechs Jahre an dieser Einrichtung formten meinen künftigen Lebensweg und meine Weltanschauung. Die humanistischen und antifaschistischen Ideen unseres ersten Schulleiters Otto Nabielek, das uns dargebotene materialistische Weltbild, das sich auf den Marxismus-Leninismus aufbaute, prägten mein Denken. 1955 trat ich aus der evangelischen Kirche aus. Große Begeisterung weckten in mir und vielen meiner Kameraden die Ansichten des sowjetischen Pädagogen Makarenko über die Schülerelbstverwaltung. Das Gedankengut der Marx'schen Lehre und Schriften Lenins wie „Staat und Revolution“, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ u. a. trugen entscheidend dazu bei, daß aus einem ehemaligen Hitlerjungen





Epidemie

Grafik: Klaus Parche

In der **Berliner Regionalgruppe** stellt

## Dr. Joachim Mitdank

DDR-Botschafter  
in Finnland und  
Großbritannien/Irland,  
sein Buch zur

**Berlin-Problematik** vor.

Er war viele Jahre Leiter  
der Abteilung Westberlin im MfAA.

Die Veranstaltung findet am **14. Mai**, um  
16.30 Uhr, in der Begegnungsstätte der  
Volkssolidarität, Torstraße 203–205, statt.

Gäste sind willkommen.

Wir laden Freunde,  
Sympathisanten und Interessenten  
für den **15. Mai**, 10.00 Uhr,  
zu einer

## RF-Leserkonferenz

in den Seniorenklub Karl Stöffen,  
Siedlungsstraße 39, in **Prenzlau** ein.

In Gegenwart von  
Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger**  
und Vertriebsleiter **Armin Neumann**  
wird über die Arbeit der Zeitung  
und über die Bildung einer  
**Regionalgruppe Schwedt/Prenzlau**  
des Fördervereins diskutiert.

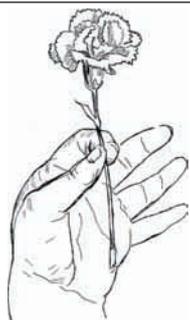
## Die Regionalgruppe Rostock

führt am **14. Mai**, um 17.00 Uhr,  
eine Veranstaltung mit dem langjährigen  
Botschafter der DDR in der VR China,  
**Rolf Berthold** (stellvertretender  
Vorsitzender des RF-Fördervereins) durch.

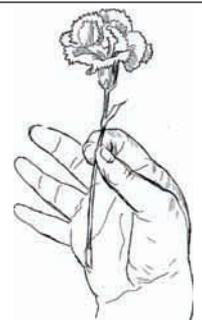
**DAS THEMA LAUTET:**

## Die Volksrepublik China gestern und heute

Ort der Zusammenkunft, zu der Mitglieder,  
Leser und Interessenten erwartet werden,  
ist die **Begegnungsstätte der Volks-  
solidarität Rostock, Bremerstraße 24.**



*Herzliche revolutionäre Grüße  
allen Leserinnen und Lesern  
zum 1. Mai!*



## IMPRESSUM

**Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe  
Berlin Nordost begründet, ist seit dem  
1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige  
kommunistisch-sozialistische Publikation.**

### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
☎ 030/561 3404, Fax 030/5649 3965  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

### Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki  
Rolf Berthold  
Isolda Bohler (Valencia)  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Dr. sc. Gerhard Feldbauer  
Bernd Fischer  
Walter Florath  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Dr. sc. Kurt Gossweiler  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Werner Hoppe  
Prof. Dr. Ulrich Huar  
Dieter Itzerott  
Gerda Klabuhn  
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)

Dr. Hans-Dieter Krüger

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)

Dr. Norbert Pauligk

Prof. Dr. Werner Roß

Rainer Rupp

Gerhard Schmidt

Prof. Dr. Horst Schneider

Fritz Teppich

Herbert Thomas

Dr.-Ing. Peter Tichauer

Prof. Dr. Ingo Wagner

Stefan Warynski (Warschau)

Prof. Dr. Günter Wilms

### Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger

Arno Fleischer

Heinz Herresbach

Klaus Parche

SHAHAR

### Internet-Redakteurin:

Iris Rudolph

### Webmaster der Vereinsseite:

Dr. Hartwig Strohschein

E-Mail:

rotfuchs.berlin@t-online.de

### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann

Salvador-Allende-Straße 35

12559 Berlin ☎ 030/6545634

arminneumann@web.de

Marianne Ahrens,

Sonja Brendel, Bruni Büdler,

Sylvia Feldbinder,

Bernd Koletzki